

Vorankündigung

Sozialdemokratie und Lateinamerika

Teil I

Politik und Geschichte

- Tilman Evers:** Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika — Offensive oder Flucht nach vorne?
- Stefan Saarbach:** Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-Politik der Sozialdemokratie
- Frieda Jering:** Zur Geschichte der Sozialistischen Internationale
- Fernando Mires:** Haya de la Torre, oder: Das Bewußtsein des Populismus
- Manfred Faßler:** Gesellschafts- und Emanzipations-Entwürfe der deutschen Sozialdemokratie. Einige historische Thesen

Teil II

Länderstudien

- Nikolaus Werz:** Die venezolanische „Acción Democrática“: Vom Populismus zum Desarrollismus
- Theo Rathgeber:** Sozialdemokratische Solidarität mit Nicaragua und El Salvador
- M. Solís Avedaño,
M. Rojas Bolaños:** Costa Rica: Kommt ein Pakt von Sozialdemokraten und Neoliberalen?
- Luiz Ramalho:** Der brasilianische Trabalhismo: Populismus oder Sozialdemokratie?
- Wolfgang Heuer:** Bolivien: Sozialdemokratie in einer Nation von Cliquen?
- Norbert Ahrens,
Hugo Calderón,
Jaime Ensigna:** Sozialdemokratische Strömungen in Chile

Dieses Buch wird ca. 450 Seiten stark sein und ist zum Preis von DM 29,80 ab Mai 1982 zu erhalten.

Sofortbestellungen sind bis zum 30.4.1982 zum Subskriptionspreis von DM 25,— möglich.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile — Lateinamerika e.V.)
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12. Tel.: (030) 313 50 65

Überweisungen bitte auf das Postscheck-Konto Berlin-West, Nr. 17 69 66 - 104

Ich bestelle Exemplare „Sozialdemokratie und Lateinamerika“ zum Subskriptionspreis von DM 25,—. Ich überweise den Betrag von DM auf das Postscheck-Konto Berlin-West Nr. 17 69 66 - 104.

Vorname / Name: Straße:

PLZ: Ort:

Datum

Unterschrift

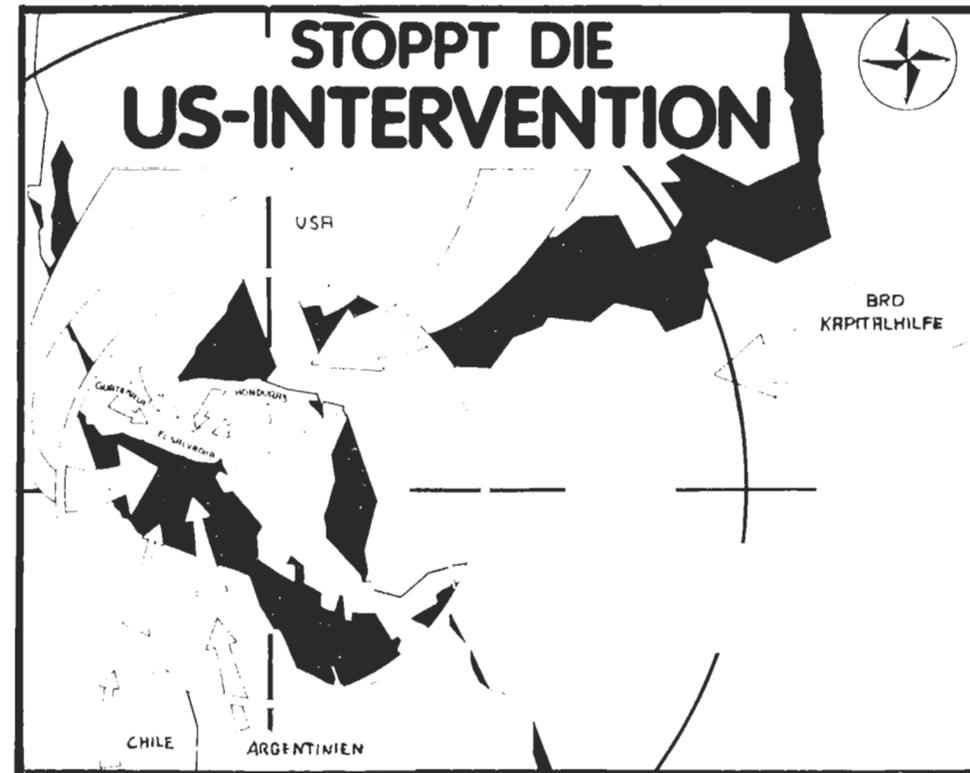
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 101

9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1982

Solidaritätspreis DM 3,-



KEIN 2. VIETNAM IN MITTELAMERIKA!

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

CHILE: Tod von E. Frei — **PERU/BRD:** Werner Herzog bei den Aguarunas — **NICARAGUA:** Leben in einem Barrio — **EL SALVADOR:** Flüchtlingslager — **GUATEMALA:** Wahlfarce

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
I. BERICHTE	4
— BRASILIEN: Der Atomskandal weitet sich aus	4
— MEXICO: Neoliberale Rezepte aus der BRD	8
— NICARAGUA: Alltag in der Revolution	9
— PARAGUAY: Deutsche Landkäufe in Paraguay	18
II. HINTERGRUND	19
— CHILE: Ende eines politischen Projekts?	
Zum Tode von Eduardo Frei	19
Die heile Welt von CAPITAL	23
Die Rolle der Intellektuellen in der Entwicklung einer Alternative für Chile	26
— MEXICO: Das Erdöl — eine glitschige Sackgasse?	29
— PERU: Die Aguarunaindianer über Werner Herzog	33
— GUATEMALA: Wahlfarce	43
Die Guerilla im Befreiungskampf	48
— NICARAGUA: Über die wirtschaftliche Lage	54
— EL SALVADOR: Aus Salvador geflohen, in Honduras gefangen	59
III. SOLIDARITÄT	63
— Stoppt die US-Intervention in Mittelamerika	63
— Gnadengesuch für Brigitte Heinrich	66
— Solidarität mit Genaro Flores	68
IV. ZEITSCHRIFTENSCHAU	69
V. LATEINAMERIKATAGE '82	71
— Terminkalender	74
— Solidaritätskonzert im Tempodrom	76
VI. REZENSION	77

Zu diesem Heft

Zu diesem Heft etwas zu schreiben, heißt zunächst, noch einmal auf das vorige Heft, die Jubiläumsnummer 100 einzugehen.

Da die Mehrzahl der Artikel in Nr. 100 von Autoren stammte, die nicht der LN-Redaktion angehören, hatten sich bei uns so viele Informationen angesammelt, daß diese Heft (Nr. 101) aus allen Nähten zu platzen schien. Das jedenfalls war unsere Befürchtung in den beiden letzten Redaktionsitzungen vor dem Umbruch.

Doch diese allgemeine Einschätzung hatte eine überraschende psychologische Wirkung: bei Redaktionsschluß lagen plötzlich sehr viel weniger Artikel vor, als wir nach den Ankündigungen und Zusagen erwartet hatten. Viele glaubten offenbar: "da wir ohnehin zuviel haben, ist es eher günstig, wenn mein Artikel nicht fertig wird..."

So erklärt sich der relativ geringe Umfang dieses Heftes. Doch zum Inhalt:

Unser Schwerpunktthema ist Zentralamerika, und keiner wird bestreiten, daß das der aktuellen Situation angemessen ist. Angesichts der drohenden militärischen Intervention der USA, besonders in El Salvador und in Nicaragua - sei es direkt oder mit Hilfe von alten Somozisten, honduranischen, guatemaltekeischen oder gar argentinischen Truppen - haben wir nicht nur Berichte über die gegenwärtige Lage in den zentralamerikanischen Ländern, sondern auch Aufrufe zur Aktion und zur Mobilisierung der Solidarität bei uns abgedruckt. So weisen wir besonders auf die Ankündigung des im März in Münster stattfindenden Anti-Interventions-Kongresses hin.

Ebenfalls im März findet ein Ereignis in der BRD statt, das von vielen nicht weiter beachtet werden wird: in unseren Kinos läuft der von Werner Herzog in Peru unter Anwendung äußerst rüder Methoden gegenüber den Aguaruna-Indios gedrehte Film "Fitzcarrald" an. Kurze Notizen über die von Herzog provozierten Konflikte hatten seinerzeit sogar in unserer Tagespresse gestanden. Der hier von uns übernommene Artikel ist die authentische Darstellung der Aguaruna selbst. In Peru ist der Artikel, der zudem eine gute Darstellung ihrer eigenen Geschichte aus ihrer eigenen Sichtweise enthält, von den Aguaruna unter dem Titel: "Wir, die Aguaruna" erschienen.

In Chile verstarb Ende Januar der führende Christdemokrat und ehemalige Staatspräsident (unmittelbarer Amtsvorgänger von Salvador Allende) Eduardo Frei. Wir haben versucht, seiner oft zwielichtigen Rolle, aber auch seiner politischen Möglichkeiten und Grenzen in einer Art Nachruf gerecht zu werden - unser Beitrag zu den zahlreichen Nachrufen auf Eduardo Frei, die in den letzten Wochen in Chile und anderswo erschienen sind.

Zum Schluß noch zwei wichtige redaktionelle Hinweise zum vorigen Heft (Nr. 100):

- Liebe LN-Abonnenten: manche von Euch wundern sich jedes Jahr neu, daß zum Jahresanfang und zur Jahresmitte die Ausgabe-Monate der LN nicht so recht stimmen. Dann wird uns geschrieben: "Ich habe keine Januar-Nummer der LN erhalten!" Wer jedoch die fortlaufende Nummerierung der LN verfolgt, wird sehen, daß alles in Ordnung ist. Da wir im Jahr nur 11 Nummern der LN herausgeben, haben wir einen Monat Luft, so daß wir zum Jahresanfang den Redaktionsschluß der LN immer Ende Januar haben und zur Jahresmitte ebenfalls einen verschobenen Redaktionsschluß.
- Der Beitrag von Klaus Meschkat in Nr. 100 der LN ist eine Übersetzung aus dem Spanischen, die dem Autor vor der Publikation nicht vorgelegen hat. Dies erklärt einige stilistisch bedingte Ungenauigkeiten und folgende sinntstellende Fehler:

S. 45, 9. Zeile von unten muß heißen: Man kann die Rolle der Friedrich-Ebert-Stiftung kaum hoch genug bewerten...

S. 50, 32. Zeile von oben muß heißen: größere Unabhängigkeit von einer einzelnen Führerfigur...

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 9 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18.2.1982

Abo-Preis: DM 35,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel.: 030/3135065

Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:
con Medien- und Vertriebsgesellschaft,
Postfach 106545,
Westerdeich 38, 2800 Bremen

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

BRASILILIEN

Der Atomskandal weitet sich aus

Das brasilianische Atomkraftwerkprogramm, von Anfang an buchstäblich auf Sand gebaut, taumelt von einem Skandal in den nächsten. In einem offenen Fabrikantenkrieg versuchen sich die Herstellerfirmen KWU und Westinghouse gegenseitig die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Derweilen schreiten die Arbeiten an brisanten, militärisch mißbrauchbaren Technologien voran.

Neues Debakel in Angra dos Reys

Die Sensation platzte am 2. Februar in der Tageszeitung "Folha" in Sao Paulo: Brasiliens erstes Atomkraftwerk Angra I, von der US-Firma Westinghouse am malerischen Itaorna-Strand bei Rio errichtet, müsse wegen Korrosionsgefahren im Dampferzeuger noch vor der für dieses Jahr geplanten Inbetriebnahme wieder vollständig auseinandergenommen werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine 'durchgesickerte' Expertise der halbstaatlichen AKW-Betreiber-Firma Nuclebras, die Konsequenzen von Unfällen in vergleichbaren Westinghouse-Reaktoren (San Onofre 1, Indien Point 2 und Surri, alle USA) für die Betriebssicherheit brasilianischer Reaktoren untersuchte.

Im Dampferzeuger wird die vom Reaktor erzeugte Wärme durch einen Primärkreislauf hochradioaktiver Flüssigkeit auf einen sekundären Wasserkreislauf übertragen, der mittels Dampfdruck die Turbinen des Elektrizitätsgenerators antreibt. Korrosionsschäden in der Vorkammer des Dampferzeugers und seiner Rohrleitungen hatten in den amerikanischen Unfallreaktoren zum Austritt von radioaktiver Flüssigkeit und zur Vermischung mit dem Wasser des Sekundärkreislaufs geführt. Von dort wurde Radioaktivität in großen Mengen an die Umwelt abgegeben.

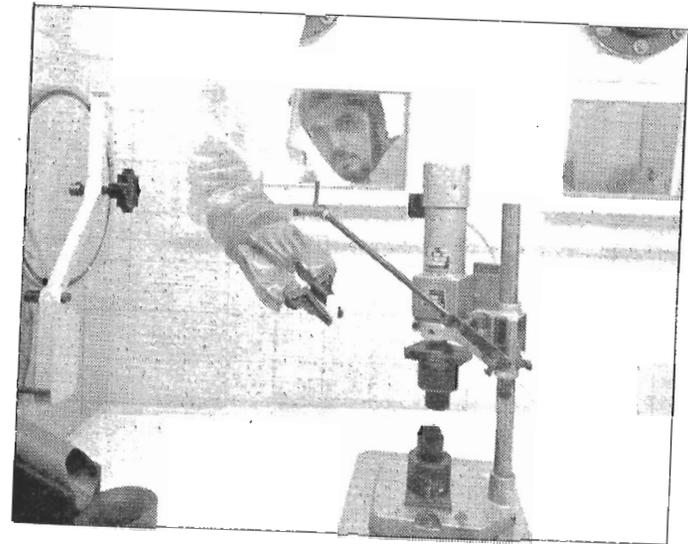
Wegen der Kompaktheit des Westinghouse-Reaktors in Angra müßten beim Einbau eines verbesserten Dampferzeugers vorher sämtliche Beton- und Metallhüllen des Kraftwerkgehäuses wieder aufgeschnitten und große Teile des Reaktors und seiner Fundamente abgetragen werden. Die Arbeiten, deren Kosten überhaupt nicht abzuschätzen sind, würden mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Die katastrophale Nachricht beleuchtet ein Vorhaben, das schon seit beinahe zehn Jahren wegen einer ganzen Kette von Skandalen Schlagzeilen macht. Die Kosten des 1971 bestellten Reaktors sind von veranschlagten 304 Mio \$ auf mittlerweile über 1,5 Milliarden \$ angestiegen. Die Inbetriebnahme, ursprünglich für 1976 vorgesehen, verzögerte sich bis heute. Auf die brasilianische Öffentlichkeit wirkte es nur noch wie bitterer Hohn, wenn Nuclebras in einem zweiten, diesmal offiziellen Kommuniqué die Verantwortung für die neue Panne auf die zuständige Betreiberfirma Furnas und Westinghouse schob und zugleich hervorhob, die Reaktoren Angra II und III, die unter ihrer eigenen Verantwortung von KWU gebaut werden, hätten die bewußten Risiken nicht.

Physikprofessor Jose Goldenberg von der Universität Sao Paulo, der mit anderen Kollegen seit Jahren vor den Risiken des Atomprogramms gewarnt hatte, vermutet einen 'Fabrikantenkrieg' zwischen Westinghouse und KWU und betont: "Schließlich ist ein Reaktor wie ein Automobil. Man kann nicht behaupten, eine bestimmte Marke

sei definitiv sicherer oder besser als Andere, denn schließlich haben alle Modelle Mängel und erst recht ein Unfallrisiko." Sein Kollege Rogerio de Cerqueira Leite erinnerte an grundlegende Mängel des Standortes am engen Sandstrand von Itaorna. Schon früh nämlich hatte sich herausgestellt, daß der nachgiebige Untergrund kein sicheres Fundament bietet, und schon gar nicht für drei AKW's auf einmal. Das KWU-Projekt Angra II wurde durch kostspielige Pfahlgründungen verzögert.

"Und in der Tat" schreibt Leite in der 'Folha' "wurden die Fundamente von Angra I durch die Pfahlgründungen für den direkt benachbarten KWU-Reaktor beeinträchtigt, die eine Absenkung um zehn Millimeter hervor rief. Für Rotoren von großen Gewicht und hoher Geschwindigkeit kann eine Achsverschiebung um Bruchteile von Millimetern große Probleme aufwerfen und nicht wenige haben sich über den Mut gewundert, mit dem man geplant hatte, einen Reaktor von dieser Größenordnung in Betrieb zu nehmen... Der mit Fabrikations- statt mit Standortmängeln begründete Stopp von Angra I könnte Nuclebras von der lästigen Verantwortung und den unabsehbaren Risiken befreien, die mit der Einschaltung eines Reaktors von zweifelhafter Sicherheit verbunden wären und überdies das gesamte brasilianische Atomprogramm gefährden könnten."



Brasilianischer Austauschwissenschaftler in der KFA Karlsruhe

Daß auch die KWU, auf ihren Baustellen Angra I und II selber mit fünf Jahren im Rückstand, in das neue Gaunerstück verstrickt ist ergibt sich schon aus der Tatsache, daß sie als 25%-Partner von Nuclebras in der Atom-Planungsfirma Nuclei das gesamte brasilianische Atomprogramm verantwortlich mitkoordiniert. In diesem Gremium, wo sie über eine Sperrminorität in allen wichtigen technologischen Fragen verfügt, wußte sie die Konzerninteressen des Hauses Siemens offenbar recht wirkungsvoll zu vertreten. Schon im April 1981 stellte das renommierte Journal do Brasil bitter fest: "Die Bemühungen der KWU-Aufsichtsräte zielen offensichtlich darauf ab, den Verkauf für die westdeutsche Atomindustrie wieder zu beleben. Sie drängen ihre Vorstellungen der Planung des brasilianischen Energiesektors auf, insbesondere hinsichtlich der Planung des Elektroenergiebedarfs und ihrer zukünftigen Nutzung durch die Industrie." So wurden Projekte zur Übertragung von Strom aus südbrasilianischen Wasserkraftwerken nach Rio und Sao Paulo wegen Budgetkürzungen aufgeschoben, während riesige Summen für die Planung des dritten und vierten KWU-Atomkraftwerks aufgewendet wurden.

Die dringend benötigten Milliarden für Bewässerungsprojekte in den Trockengebieten des Nordostens, aus dem immer mehr verzweifelte Bauern in die Slums der Großstädte ziehen, werden - wenn überhaupt - erst in zehn bis fünfzehn Jahren zur Verfügung stehen. Das Debakel mit dem Atomvertrag, dessen Kosten von ursprünglich 18 auf jetzt 36 Milliarden \$ gestiegen sind, ohne daß sichtbare Fortschritte bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie gemacht wurden, belastet das Image der deutschen Multis inzwischen auf's schwerste.

Eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Untersuchung über das Deutschlandbild der Brasilianer hat laut Bericht des "Journal do Brasil" die Vorstellung von der Deutschfreundlichkeit des Brasilianers krass wiederlegt. Danach wurden Präpotenz, Perfektionismus und Rassismus als prägende Merkmale des "hässlichen Deutschen" genannt. Dieses Bild wird, wie Analytiker des deutschen Entwicklungshilfeministeriums hervorhoben "zur Zeit in großem Maße von Multinationalen Unternehmen wie VW und Siemens bestimmt" und insbesondere damit, "daß der Atomvertrag zwischen Deutschland und Brasilien inzwischen in der brasilianischen Öffentlichkeit heftig umstritten und ein ständiger Stein des Anstoßes ist." (epi 10/81)

'Sensitive' Technologie als Unterpfand des Atompaktes

Die deutsche Seite weiß, daß sie trotz aller Proteste solange am Ball bleibt, wie die "strategischen" Prioritäten des Atomprogramms überwiegen. Bei seinem letzten Brasilienbesuch hat Minister Lambsdorff klargestellt, daß die von der KEWA GmbH, Hannover (zu je 25% in der Hand von NUKEM, GELSENBERG, HOECHST und BAYER) zu liefernde Wiederaufbereitungsanlage in Aracruz und die Urananreicherungsanlage Resende nur unter der Voraussetzung geliefert werden, daß auch die acht geplanten AKW's abgenommen werden. Die Anreicherungsanlage, die nach dem so genannten Trenndüsenverfahren von STEAG arbeiten und eine geplante Endkapazität von 300 Tonnen/Jahr ab 1986 erreichen soll, war von Beginn an "das entscheidende Objekt für die gesamte Zusammenarbeit zwischen Brasilien und der BRD geworden", wie in einer internen Aktennotiz der STEAG vom 8. Oktober 1974 festgehalten wurde. Die Firma legt heute Wert auf die Feststellung, daß die Anlage spaltbares Uran 235 nur bis zu einem Konzentrationsgrad von 3,2 % anreichern könne. Somit könne sie nicht zur Herstellung von 'waffenfähigen' Uransprengstoff (ab ca. 50 % Konzentration) mißbraucht werden. "Die Physik des Verfahrens läßt keine höhere Anreicherung zu" versichert die STEAG-Pressestelle. Dies hat jedoch einen anderen Erwerbendes Trenndüsenverfahrens, den Apartheid-Staat Südafrika, nicht daran hindern können, das physikalische know how für die Herstellung von Atomgranaten zu nutzen.

Riesige Mengen konventioneller Energie werden benötigt, um das mit Hexafluor-Gas vermischte Uran mit Druck durch die unzähligen Trenndrüsen zu drücken. Die noch völlig unausgereifte Großtechnik, die von der BRD nicht gefördert wurde, soll jetzt zu Lasten des brasilianischen Steuerzahlers entwickelt werden. Geschätzt der Kostenpunkt mindestens 1 Milliarde DM. So teuer wird das Lieblingsprojekt der Militärs die Brasilianer zu stehen kommen, daß die Lieferanten STEAG, GÜTEHOFF NUNGSCHÜTTE und MESSERSCHMIDT/BÜLKOW/BLOHM es vorzogen, den Preis schon im Angebotsstadium herunterzumogeln. "Prof. Becker hat" (dem brasilianischen Partner d.R.) "vorläufig 200 Trennstufen als notwendige technische Ausstattung genannt und die Investitionen mit 200 Mio \$ angegeben", heißt es in der schon erwähnten STEAG-Aktennotiz von 1974. "Er weiß, daß diese Zahlen unrealistisch niedrig sind und veranschlagt das Objekt selbst mit 300 Stufen und 300 Mio. DM. Selbst diese Zahlen dürften beim heutigen Stand der Entwicklung zu niedrig sein."

Eine 'Pilotanlage', die nur der Erprobung der Technik dienen soll, aber in die spätere Großanlage integriert wird, ist im Rohbau fertig und soll 1983 in Betrieb gehen. Den regionalen Atomwaffensperrvertrag von Tlatelolco hat das brasilianische Militärregime zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert. Zudem hält es durch abweichende Interpretation von Artikel 18 des Vertrags den Anspruch auf Zündung

von Atomsprengkörpern "zu friedlichen Zwecken" aufrecht. Das mit der Internationalen Atomenergiekommission in Wien vereinbarte Abkommen über Sicherheitskontrollen hat ebenfalls einen Haken: es unterwirft nur aus dem Ausland bezogene, nicht aber sämtliche Atomanlagen der Kontrolle und schließt den unkontrollierten Fluß von Spaltmaterial zwischen den beiden Bereichen nicht wirksam aus (Artikel VII).

In einem Interview mit 'O Estado de Sao Paulo' vom 23. Juni 1981 bestätigte Oberst Hernani Amorim, Chef des Instituto de Pesquisas Energeticas e Nucleares, sein Institut verfüge über einen Vorrat von 100 Tonnen Uran, der sich den Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation entziehe. Sein Land baue außerdem an einer zweiten Wiederaufbereitungsanlage, die ebenfalls nicht den Kontrollen unterliege.

Wie gut die Bundesregierung die friedliche Nutzung der Atomtechnik in den Händen von Militärs dennoch aufgehoben sieht beweist ein anderes Projekt wissenschaftlicher Zusammenarbeit.

Seit 1971 betreiben die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) und die brasilianische Centro Tecnico Aeroespacial (CTA) ein gemeinsames Raketenprogramm. Auf dem Testgelände Barreiro do Inferno in der Nähe von Natal wird zur Zeit die Höhenforschungsrakete SONDA III, die bis zu 60 kg Nutzlast tragen kann, ausprobiert. Dabei "werden auch die auf dem Startplatz installierten Anlagen einschließlich der zugehörigen Rechnerprogramme zur Flugplanberechnung, zur Positionsbestimmung und zur Voraussage des Aufschlagpunktes weiterentwickelt und erprobt." Die erreichten Gipfelhöhen betragen 600 km, die theoretische Reichweite würde bis zur Karibik langen. Man könnte es auch schlicht Zielschiessen nennen.



Brasilianische Höhenforschungsrakete SONDA III

Quellen:

Folha de Sao Paulo 4.2.82
Die Neue
Tageszeitung
Latin American Weekly Report 26. Juni 81
KWU Presseinformation 18.2.81 und Auskünfte
BMZ: 10 Jahre Zusammenarbeit BRD-Brasilien
Ashok Kapur, International Nuclear Proliferation, 1979

MEXICO

Neoliberale Rezepte aus der BRD

Die gehätschelten Kinder des Regimes, Mexicos Unternehmer, halten es angesichts der gegenwärtigen politischen Konjunktur und der drohenden Rezession für angebracht, ihre Vorstellungen von Wirtschaftspolitik zu definieren und in diesem Zusammenhang die Regierung unter Beschuß zu nehmen. Zu diesem Zweck veranstalteten sie Mitte Januar in Guadalajara den Kongreß "Atalaya 82".

Das ganze wäre uns eigentlich keine Zeile wert, wenn nicht zwei Bundesdeutsche Experten dort zu Wort gekommen wären, deren Äußerungen in der mexikanischen Öffentlichkeit großes Befremden ausgelöst haben.

Horst Albach, Professor zu Köln und Berater zahlreicher Bundesminister führte aus, daß "nur die multinationalen Unternehmen groß genug sind, um künftig die knappen ökonomischen Mittel über nationale Grenzen effektiv einsetzen zu können". Die mexikanische Tageszeitung "uno más uno" schreibt dazu in einem Kommentar am 17.1.82: "Dieser keineswegs neue Vorschlag bedingt notwendigerweise, daß die Nationalstaaten heutzutage ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung sind und daß die protektionistische Wirtschaftspolitik bzw. diejenige, die ausländischen Investitionen Bedingungen auferlegt, die wirtschaftliche Expansion einengen. Diese universelle Sicht einer Welt ohne nationale Grenzen entspringt der imperialistischen Logik der großen multinationalen Unternehmen."

Ulrich Erler, ehemaliger Beauftragter der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstellte Organisation) und Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko, qualifizierte sich durch Inhalt und Form seiner Darlegungen: Es sei "gefährlich", die Sozialleistungen in einem Lande zu übertreiben, da sonst das "soziale Netz" zur "Hängematte" geraten könne, in dem sich ein Volk ausruhe ohne zu arbeiten. Es sei "leicht", Sozialleistungen aufzubauen, aber diese würden kontraproduktiv, denn wenn erst mal alles so leicht gemacht würde, dann könne man es den Leuten nicht mehr wegnehmen. Erlers subtile Allegorie: "Es ist leicht, einem Hund einen Knochen mit Fleisch zu geben, aber tödlich, es ihm wegzunehmen."

Das Anwachsen der staatlichen Bürokratie bilde ebenfalls eine "Gefahr" für die Aktivitäten und die Produktivität der Unternehmer, da dies eine Art von Sozialismus sei, der "durch die falsche Tür" hereinspaziere.

Unter Hinweis auf die bundesdeutsche Tarifautonomie kritisierte er die staatliche Festlegung von Mindestlöhnen. Abgesehen davon, daß die staatlichen Mindestlöhne in Mexiko weit unter dem Existenzminimum einer Familie liegen und diese auch ständig unterlaufen werden, wäre ihre Aufhebung angesichts der hohen lohndrückenden Arbeitslosigkeit katastrophal für die mexikanische Bevölkerung.

Die Vorschläge der deutschen "Experten" sind entlarvend für die neoliberalen Positionen: es ist das Zurückfallen in den *laissez-faire* Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Zu solchen Repräsentanten im Ausland können wir uns nur gratulieren!

NICARAGUA

Alltag in der Revolution: Basisorganisation in einem Barrio Popular von Managua

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Berichtes des Instituto Geográfico Americano. Das "tägliche Leben des Barrios, seine Aktivitäten, Sorgen, Freuden und Beschränkungen", die Probleme im Umgehen mit dem somozistischen Erbe und die Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung eines revolutionären Prozesses sollen aufgezeigt werden. Die Reise geht eine Woche lang durch die verschiedenen Basisorganisationen; es wurden jeweils typische Sitzungen ausgewählt. Die Struktur, Funktionsweise und die Aufgaben der Basisorganisation als Instrumentarium der Betroffenen zur Umgestaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Barriobewohner wird dargestellt.

„Open 3“

Bei seinem Entstehen im Jahre 1970 verpaßte man diesem Viertel, das sich im Westen Managuas an der Ausfahrtstraße nach Leon befindet, den Namen "OPEN 3". Die "3" infolge einer Nummerierung, bei der bereits zwei gleichartige Elendsquartiere im Osten der Stadt mit den Nummern 1 und 2 geprägt wurden; "OPEN", paradoxerweise, denn von Anfang an war dieses Siedlungsgebiet ein "offener" Platz für Terror und Willkürpolitik, ausgeübt von den Grundbesitzern dieses Territoriums.

Schon bald jedoch formierte sich dadurch bei den immer zahlreicher zuströmenden Obdachlosen (durch eine Überschwemmung 1970 und durch das große Erdbeben 1972 aus anderen Teilen Managuas Vertriebene) Widerstand. Dieser kam zum Ausdruck in den wiederkehrenden Kämpfen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen, im Kampf für eine Wasserversorgung, für ein Transportwesen oder für die Anlegung eines Friedhofs.

Nach dem 19. Juli 1979 erhielt das Barrio den Namen Ciudad Sandino. Heute leben hier 72000 Menschen, ungefähr so viele wie in Nicaraguas zweitgrößter Stadt Leon. Es gibt eine einzige teilweise gepflasterte Straße. 3 Telefone sind über das Barrio verteilt. Es gibt in allen Zonen fließend Wasser und elektrisches Licht, aber keine Kanalisation. Zur Zeit existiert im Viertel kein bedeutendes Produktionszentrum. Die meisten Menschen müssen zum Arbeiten in andere Teile Managuas. Die Häuser hier sind zumeist aus Holz. Es hat für

das Barrio keine zentralen Urbanisationspläne gegeben. So ist ein neues Viertel entstanden, gebaut nach der privaten Initiative eines jeden Bewohners. Das einzige homogene Kriterium ist das ökonomische Niveau der Bewohner. Ein sehr niedriges. Die Armut hat die Menschen von Ciudad Sandino in der Vergangenheit geeint.

Montag: Versammlung eines CDS (Verteidigungskomitees)

Die CDS (Comites de Defensa Sandinista) sind nach Wohnbereichen organisiert. Es gibt in jedem Häuserblock, das sind etwa 40 Familien, ein Verteidigungskomitee, das sich mit verschiedenen Problemen des Stadtteils beschäftigt.

Bei der wöchentlichen Versammlung, an der wir teilnehmen, sind ungefähr 25 oder 30 Personen anwesend, das ist ziemlich viel. 3/4 davon sind Frauen. Alle Bewohner über 14 dürfen oder sollen an den Versammlungen teilnehmen, pro Familie sollte eine Person anwesend sein.

Zunächst wird über die Instandsetzung der Straßen gesprochen. Die ungepflasterten Straßen werden durch den Regen beschädigt und die Bewohner müssen sie ständig einebnen. Dann werden die Schichten des nächtlichen Wachtdienstes für die Woche eingeteilt und danach die nächste Gesundheitskampagne am kommenden Sonntag organisiert. Es gibt dafür generelle Orientierungen, die aber auf die Verhältnisse des jeweiligen Häuserblocks übertragen werden müssen. Einige Nachbarn sind beunruhigt wegen des Mangels an Zucker und Bohnen. Der Koordinator (1) gibt dazu eine längere allgemeine Erklärung ab, in der er die Ursachen des Problems darstellt: Die Zunahme des Konsums von Grundnahrungsmitteln seit der Revolution und die Spekulation der Zwischenhändler, die Produkte horten und zu überhöhten Preisen verkaufen. Man hofft, daß sich die Versorgungssituation verbessern wird, wenn der neue Markt in Ciudad Sandino fertig ist, an dem zur Zeit gebaut wird. Die Bewohner diskutieren mit großer Begeisterung über dieses Thema. Bisher gab es in Managua nur den Mercado Oriental, eine Art Marktstadt mit 20000 Kleinhändlern. Für die Bewohner von Ciudad Sandino bedeutet das, daß sie über zwei Stunden Fahrt in Kauf nehmen mußten, um dort einzukaufen (wobei es im ganzen Stadtteil nur zwei Buslinien gibt). Für die, die das nicht konnten gibt es eine Reihe kleiner Verkaufsstellen, sog. "ventas", die vor allem Grundnahrungsmittel in kleinen Mengen auf dem großen Markt einkaufen und im Stadtviertel weiterverkaufen. Die nicaraguanische Regierung will die Märkte dezentralisieren. Zur Zeit werden in mehreren Stadtteilen Managuas neue Märkte gebaut. Es sind moderne Bauten, die hygienischere Bedingungen als der Mercado Oriental bieten. Außerdem werden dadurch die Anfahrtswege für die Käufer verringert und Arbeitsplätze innerhalb der Wohngebiete geschaffen. Und nicht zuletzt soll damit den privaten Zwischenhändlern begegnet werden, die den Mercado Oriental noch beherrschen und dort die Preise hochhalten.

Die Versammlung ist schon fast zuende, als jemand vorbeikommt, um die Bewohner einzuladen, sich dem Produktionskollektiv anzuschließen, das in dem Viertel geplant ist. Auf den Feldern, die Ciudad Sandino umgeben soll mit dem Anbau von Bohnen begonnen werden. Das Projekt wird von der Regierung und vom Agrarreforminstitut INRA unterstützt und erhält neben dem Land auch Werkzeuge und Saatgut. So werden 200 neue Arbeitsplätze geschaffen, und da viele der Bewohner Ciudad Sandinos ländlicher Herkunft sind und die landwirtschaftlichen Techniken noch vollständig beherrschen, dürfte es ihnen nicht schwerfallen, mitzumachen. Aber obwohl die Planungen schon einige Monate dauern, ist es bis jetzt schwierig gewesen, genügend Interessenten zu finden. Es herrscht, wie bei vielen neuen Vorschlägen, zunächst ein Mißtrauen innerhalb der Bevölkerung. Im CDS, das wir besuchen haben sich einige dem Projekt angeschlossen. Sie wollen arbeiten und sind bereit, dieses "neue Abenteuer" einzugehen. Wir sprechen mit einigen von ihnen und sie betonen, daß es jetzt sehr wichtig sei, anzufangen und den Mißtrauischen zu zeigen, daß das Produktionskollektiv ein Fortschritt für die Mitglieder und für das ganze Viertel sei. Sie sind sicher, daß dann bald alle Arbeitsplätze besetzt sein werden. Wenn das Projekt gut läuft, sollen außer den Bohnen auch Gemüse und Mais angebaut werden, Geflügelzucht angefangen und eine Werkstatt für Kunsthandwerk eingerichtet werden.

Die Versammlung geht zuende. Der Unterstützungsbeitrag wird eingesammelt. Er ist gering, fast symbolisch, ein Cordoba (20 Pfennig) pro Woche pro Familie, aber doch wichtig für viele Aufgaben der CDS.

Die Beteiligung der Mitglieder an der Diskussion war sehr unterschiedlich, insgesamt aber zur Zeit noch gering. Die Diskussionsstruktur ist noch sehr einseitig von den Verantwortlichen bestimmt. Es ist schwer zu sagen, inwieweit sich die anderen in der Versammlung repräsentiert gefühlt haben. Aber es ist ermutigend zu wissen, daß es in Ciudad Sandino zur Zeit 200 solcher Komitees gibt, eine gute Form, die demokratische Teilnahme der Bevölkerung anzuregen.

Dienstag: Erwachsenenbildung

Wie an allen Abenden in der Woche zwischen 6.00 und 8.00 Uhr treffen wir die CEP (Colectivos de Educacion Popular), die alle zu Alphabetisierenden der Zonen 5 und 6 (2) zusammenfaßt, in voller Arbeit an. Die CEP sind ständige Gruppen, die während der Semester jeden Tag geplanten Unterricht abhalten. In jedem CEP sind ungefähr 15 Companeros, die von einem Volkslehrer unterrichtet werden. Für jede Zone des Viertels gibt es außerdem einen Promotor, der einem Direktor der normalen Schule entspricht. Er ist verantwortlich für die wöchentliche Ausbildung der Koordinatoren. Dies sind im allgemei-

nen junge Leute, die sich in den ersten Jahren der Sekundaria befinden; die 5. oder 6. Klasse beendet haben. Ihre Arbeit ist wie die der Promotoren unentgeltlich. Außer der täglichen Arbeit nehmen die Volkslehrer wöchentlich an einem vierstündigen Kurs für Planung, pädagogische Ausbildung und Diskussion der Probleme des Lernens und des Lehrens teil. Im allgemeinen finden diese Kurse am Samstag Abend statt. Der Promotor, der die Aufgabe hat, die Koordinatoren zu unterrichten, nimmt außerdem an einem anderen wöchentlichen Kurs teil, wo er seine Ausbildung und Beratung für die Woche erhält. Die Promotoren der 10 Zonen werden von einem Berater betreut und kontrolliert, der der Verantwortliche der Aufgaben im gesamten Viertel ist.

Die CEP sind in drei verschiedene Stufen eingeteilt:

- a) Die Einführungsstufe faßt alle Companeros zusammen, die gerade mit ihrem Lernstoff anfangen. Man benutzt für ihre Alphabetisierung dasselbe Material wie während der Alphabetisierungskampagne von 1979.
- b) Die erste Stufe entspricht der ersten und zweiten Klassenstufe der normalen Grundschule.
- c) Die zweite Stufe, die für dieses Semester seit August geplant ist, entspricht der dritten und vierten Klassenstufe der normalen Grundschule.

Im ganzen Viertel funktionieren 54 Kollektive für Volksbildung. Es gibt 12 CEP der Einführungsstufe; 15 CEP der ersten Stufe mit 152 Schülern und 27 CEP der zweiten Stufe mit 290 Schülern. Die Mehrheit der Teilnehmenden am Unterricht sind Erwachsene, vor allem Frauen. Aber es gibt auch eine beträchtliche Anzahl von Kindern, die am Tag z.B. als Verkäufer von Zeitungen und EBwaren arbeiten.

Mittwoch: Versammlung einer christlichen Basisgemeinde

Wir nehmen an der am stärksten aktiven Gruppe der Gemeindeteil. Jeden Mittwoch versammelt sich um 5.00 Uhr nachmittags eine Gruppe von ungefähr 13 oder 14 Personen, in der Mehrzahl Frauen. Diese Gemeinde, so erzählen sie, haben sie vor einigen Monaten in der Zone 6 aufgebaut. Mit einem kleinen Bibeltext beginnt man die allgemeine Diskussion. Davon ausgehend kommt man auf speziellere Probleme des Viertels zu sprechen, z.B. das Verhältnis zu den Nichtkatholiken im Viertel, die Bedeutung der Teilnahme der Christen an den politisch-organisatorischen Aufgaben des Viertels, allgemeine Probleme der nicaraguanischen Kirche, z.B. warum der Bischof die Geistlichen und Priester absetzt, die von den Leuten des Viertels erwünscht sind u.s.w. Die Teilnahme an der Versammlung ist sehr rege. Das sieht man auch, als man beim zweiten Teil anlangt, wo konkrete Aufgaben bestimmt werden und an ihrer Verteilung auf die Mitglieder der Gemeinde. Man bestimmt eine Gruppe, die die Kapelle in dieser Woche rei-

nigen wird, diejenigen, die die Kranken im Viertel besuchen werden, diejenigen die sich um den Verkauf von Broschüren in der Messe kümmern werden. Die intensivste Diskussion gibt es, ob die Kapelle auch für nicht-religiöse Versammlungen genutzt werden soll. Nicht alle scheinen sich über die Bedeutung im klaren zu sein, daß es eine Form der Nächstenliebe ist, das Volk organisieren zu helfen. Einige stehen hinter dem Grundgedanken: Christentum und Revolution sind kein Widerspruch, und beteiligen sich an einigen revolutionären Aufgaben wie Gesundheitskampagnen u.s.w. Die meisten aber haben Probleme mit der konkreten Umsetzung dieses Gedankens auf das tägliche Leben. Andere wehren sich gegen eine Verweltlichung der Kirche. Sie haben gewisse Ängste, ihre traditionelle Sichtweise von dem, was Kirche und Christentum bedeutet, aufzugeben. Es fällt uns schwer, daran zu denken, daß einige, die jetzt Ängste haben, als Christen am Aufstand gegen die Diktatur teilgenommen haben. Das damals, war klar und überzeugend. Doch das hier, ist der Wiederaufbau, dieser scheint noch schwieriger.

Diese kirchliche Realität stellt sich zunehmend komplexer dar und spitzt sich zu in dem Widerspruch zwischen christlichen Gruppen, die mit allen Kräften die Integration in die Sandinistische Volksrevolution vorantreiben, im wahrhaft christlichen Sinne, und anderen Gruppen, die durch ihre Praxis ihre Integration in den Prozeß in Frage stellen.

Donnerstag: Gespräch mit den Companeras der Frauenorganisation

Am Donnerstag abend besuchen wir eine Sitzung der Frauenorganisation AMNLAE (Asociacion de Mujeres Nicaraguenses Luisa Amanda Espinoza, benannt nach der ersten Frau, die 1970 als FSLN-Guerillakämpferin fiel). Im Haus der AMNLAE-Verantwortlichen dieser Zone haben sich 15 Frauen verschiedenen Alters versammelt. Wenig, könnte man denken, für eine Zone von 8000 Einwohnern. Es gibt bisher auch nur 4 Zonen, in denen die Frauenorganisation funktioniert, in den übrigen sind die Gruppen noch im Entstehen. Für die noch geringe Beteiligung gibt es vor allem zwei Gründe: mangelnde Unterstützung oder sogar Widerstand der Ehemänner, die während der Abwesenheit der Frau nicht auf die Kinder aufpassen wollen oder ihrer Frau sogar verbieten, das Haus zu verlassen, um an den Versammlungen teilzunehmen. Andere Frauen, die von ihren Männern bzw. Gefährten verlassen wurden (immerhin sind in Nicaragua 60 % aller Mütter alleinstehend), haben niemanden, bei dem sie ihre Kinder lassen könne. Erster Diskussionspunkt ist heute der neue Gesetzentwurf über die elterliche Erziehungsgewalt. Mit dem neuen Gesetz sollen die Väter mehr zur Verantwortung gezogen werden (so müssen sie z.B. in Zukunft Unterhalt für ihre Kinder zahlen) und eine gleichberechtigte Rechtslage für Männer und Frauen, was die

Rechte und Pflichten gegenüber ihren Kindern angeht, geschaffen werden (bisher lag die Erziehungsgewalt allein beim Mann, der Frau kam höchstens eine ergänzende Rolle zu). Eine lebhaftige Diskussion kommt in Gang, da sich fast alle Frauen aus eigener oder den Erfahrungen ihrer Freundinnen betroffen fühlen. Schließlich entscheidet man sich, das Thema auch im CDS vorzubringen, um mit allen, einschließlich der Männer, darüber zu sprechen.

Dan gelangt zum 2. Thema: Gesundheitskampagne. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitszentrum hat die Frauenorganisation großen Anteil an den Aufgaben im Gesundheitsbereich. Beim Gesundheitstag, der am kommenden Sonntag stattfinden soll, geht es um die Bekämpfung der Malaria und der Dengue (fiebrige Infektion, die erst vor kurzem erstmals in Kuba auftauchte und sich nachweislich auf einen bakteriologischen Anschlag der USA zurückführen läßt und neuerdings auch den Nicaraguan zu schaffen macht). Anhand einer Broschüre wird noch einmal über diese Krankheiten gesprochen und dann die Organisierung der konkreten Arbeiten geplant.

Freitag: Revolutionäre Nachtwache

Wir begleiten eine Gruppe, die die Nachtwache in der Freitagnacht durchführt, eine Aufgabe, die von den Verteidigungskomitees ins Leben gerufen wurde und nun in jeder Nacht von 3 oder 4 Freiwilligen, die unbewaffnet den Häuserblock ablaufen, durchgeführt wird. Es gibt zwei Schichten, die sich ablösen. Die Wachgruppen der verschiedenen Bereiche stehen untereinander durch Pfeifsignale in Verbindung und 2 bis 3 mal nachts kommt eine Kontrollgruppe von der CDS oder der freiwilligen Polizei vorbei; die den Wachdienst aller Gruppen koordiniert.

Da es sich um einen armen Stadtteil handelt, sind die Kriminalitätsprobleme beträchtlich; es kommt laufend zu Diebstählen und Überfällen, was durch die schlechte Straßenbeleuchtung noch begünstigt wird. Als wirksame Schutzmaßnahme hat die Nachtwache großen Anklang bei den Bewohnern des Viertels gefunden und die Beteiligung ist auch bei Leuten, die nicht in den Verteidigungskomitees organisiert sind, sehr hoch.

Samstag: Training der Milizen

Wir gehen zum Ausbildungszentrum der Milizen. Es hat den Namen "Mauricio Hernandez" und ist nur ein großes, brachliegendes Terrain, auf dem einige Lichtmasten aufgestellt sind. Ungefähr 100 Leute sind zusammengelassen, in der Mehrzahl Frauen, die sich, in alte Sachen gekleidet, auf einen 50 km langen Nachtmarsch vorbereiten. Dieser Marsch ist Bestandteil der dreimonatigen Aus-

bildung der Milizsoldaten. Er soll auch das Vertrauen der Leute in ihre eigenen Kräfte stärken.

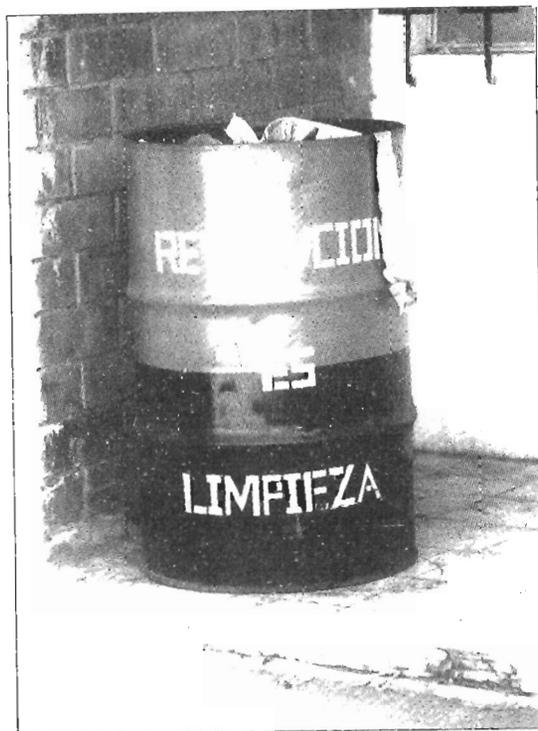


In Ciudad Sandino haben sich bereits zwei Reservebataillone mit jeweils 600 Männern gebildet, die eine Spezialausbildung erhalten haben und jederzeit für Verteidigungsaufgaben im ganzen Land einberufen werden können. In der nächsten Zeit werden weitere Bataillone, ein weiteres mit Männern und ein Frauenbataillon das Viertel verlassen. Der Eintritt in die Miliz ist eine völlig freiwillige Entscheidung und geschieht, wie immer betont wird, im Rahmen eines Verteidigungs- und nicht Angriffskonzeptes. Im Gespräch mit einigen Genossen von der Miliz sehen wir, daß sie es nicht als Aufgabe ansehen, ein anderes Volk oder Land anzugreifen, sondern die Verteidigung dieses Prozesses und seine Fortdauer zu garantieren.

Ein Fest

Zurückgekehrt vom Ausbildungscamp gehen wir zur Wohnung einer Frau des Viertels, die heute ihren Geburtstag feiert. Viele junge Leute sind zusammengelassen, von denen die meisten tanzen. Diese Tanzfeste finden sehr häufig statt und werden von den CDS oder Privatleuten veranstaltet, nicht zuletzt, weil

sie fast die einzige Freizeit- und Vergnügungsaktivität im Stadtteil darstellen. Im ganzen Viertel gibt es ein Kino und von Zeit zu Zeit wird ein Zirkus aufgebaut. Die Schaffung einer kreativen, bewußteren kulturellen Alternative ist noch ganz in den Anfängen. Es gibt allerdings schon ein Zentrum der Volkskultur, in dem Jugendgruppen Werkstätten eingerichtet haben und auf der Ebene von Theater, Musik und Folklore arbeiten. Einige Musikgruppen der Schulen beteiligen sich in diesen Bildungszentren. Das Ziel, eine Volkskultur zu schaffen, die an die täglichen Erfahrungen und an das Alltagsleben der Menschen anknüpft, ihre darin entwickelten Fähigkeiten entdeckt, fördert und orientiert, bleibt eine Aufgabe, die sich nicht von heute auf morgen verwirklichen läßt.



Sonntag: Tag der Arbeit und Sauberkeit.

Um 6.00 Uhr morgens erwacht das Leben im Stadtteil. Im Rahmen der Gesundheitskampagne wurde dieser Sonntag zum Tag der Sauberkeit erklärt, mit dem Ziel, die Malaria und die Dengue wirksam zu bekämpfen (Beide Krankheiten werden von Moskitos übertragen). Brigaden mit jeweils 3 Leuten gehen von Haus zu Haus, um die Wasserdepots zu kontrollieren, eine entsprechende Dosis Desinfektionsmittel einzufüllen und Ratschläge für die Sauberkeit im Haus und für die Müllaufbewahrung und Sauberhaltung der Latrinen zu geben. Andere

Revolution ist Sauberkeit

Gruppen arbeiten intensiv mit Schaufeln und Macheten an der Säuberung der brachliegenden Gelände und bringen die Abfälle des Viertels zu einem Müllhaufen, der anschließend von Lastwagen, die von der Regierung bereitgestellt wurden, abtransportiert wird. Die Kampagne findet im ganzen Land statt, auf Initiative der Verteidigungskomitees und mit Unterstützung der Regierung, die mehrere hundert LKW's zur Verfügung stellte. Die Beteiligung der Nachbarschaft ist insgesamt gut, aber es gibt noch viele Leute, die sich ausschließen. Die Beteiligung ist freiwillig, da die Gesundheit aber eine der wichtigsten Prioritäten ist, und gerade die Präventivmaßnahmen die Mitwirkung der ganzen Bevölkerung erfordern, versucht man, den Leuten klarzumachen, daß diese Arbeit für Sauberkeit und Gesundheit, auch wenn sie von den CDS organisiert wurden, allen gleichermaßen zugutekommen, gleichgültig, ob sie dem revolutionären Prozeß positiv oder ablehnend gegenüberstehen.

- (1) Jeder CDS wählt einen Koordinator und Verantwortliche für verschiedene Bereiche, wie Gesundheit, Verteidigung etc. Die Koordinatoren treffen sich wiederum untereinander, um Probleme, die mehrere Häuserblocks betreffen, zu besprechen und wählen Vertreter für die nächsthöhere Ebene.
- (2) Das Viertel ist in 10 Zonen eingeteilt.



PARAGUAY

Deutsche Landkäufe in Paraguay

Anfang November veranstaltete die "Ludwig-Frank-Stiftung für ein Freies Europa" in Asunción ein Auslandsseminar unter dem Thema "Ist Europa vor dem Kommunismus zu retten?" Geleitet wurde dieses Seminar von so bekannten Persönlichkeiten und Streitern gegen das Vordringen des Kommunismus wie G.Löwenthal und H.G.Pilbinger. Die Gruppe von etwa 50 Teilnehmern wurde wie Staatsgäste empfangen, mit Polizeieskorte und Blaulicht an ihren Bestimmungsort gefahren, und General Stroessner ließ es sich nicht nehmen, sie zu seinem 70. Geburtstag persönlich einzuladen.

In Wirklichkeit war das Seminar ein getarntes Unternehmen zur Tätigkeit von Landkäufen großen Stils, und die meisten Teilnehmer fuhren dann auch als stolze Grundbesitzer oder auch Großgrundbesitzer mit Aufenthaltsberechtigung in Paraguay wieder nach Hause. Anstatt sich irgendwelche antikommunistischen Ergüsse von Löwenthal und Pilbinger anzuhören, ließen sich die deutschen Besucher tagtäglich mit Militärmaschinen in die abgelegensten Gebiete des Landes transportieren, um dort die feilgebotenen Ländereien zu besichtigen. Zahlreiche Immobilienhändler hatten das Seminar gleich mitgebucht, um beim Abschluß von Käufen behilflich zu sein, wenn sie sich nicht, wie der "schöne Konsul" Weyer, bereits im Lande aufhielten.

Nicht nur dank der persönlichen Sympathien des deutschstämmigen Diktators Stoessner genießen deutsche Kaufwillige besondere Förderung, sondern weil für sie auch alles interessant ist: Urwaldgebiete am Paraná, Wüstenflächen im Chaco, Villen in Asunción und Umgebung. Die einheimischen Großgrundbesitzer und Militärs, denen der überwiegende Teil des Bodens gehört, veräußern ihr Land in zunehmendem Maße, weil die Nachfrage von Käufern aus der BRD und anderen Ländern die Preise in die Höhe getrieben hat. Die Motive der bundesdeutschen Landkäufer sind vielfältig: Flucht vor der Steuer, Angst vor dem Sozialismus, Angst vor einem Atomkrieg usw. Auf jeden Fall ist Paraguay als Anlagegebiet beliebt.

Täglich wird im Radio verkündet, jeder Paraguayer habe die Chance, Land zur Kolonisierung zu erhalten. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus, wie die Vorgänge in Caaguazu und anderen Teilen des Landes beweisen. (1) Das Instituto de Bienestar Rural unter dem korrupten Dr.Frutos enthält den Campesinos die landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete vor und verweist sie auf abgelegene Urwaldregionen in den unwegsamsten Teilen des Landes. In solchen Gebieten richtet sich der Ausbau der Infrastruktur ganz nach den Wünschen der Großgrundbesitzer, während die Kolonisten ihrem Schicksal überlassen werden: sie haben keinerlei Kredite oder staatliche Hilfe zu erwarten. Gefördert wird dagegen die Kolonisation durch brasilianische Siedler entlang des Paraná-Flusses, die hauptsächlich deutscher oder italienischer Herkunft sind, während die Indiobevölkerung fast ganz auf die Steppengebiete des Chaco zurückgedrängt worden ist.

- (1) Am 8.März 1980 in Caaguazu hatten Mitglieder der Ligas Agrarias Campesinas einen Bus entführt, um auf illegale Übereignung ihres Landes an ausländische Landkäufer aufmerksam zu machen. Sie wurden damals vom örtlichen Militär in einem blutigen Massaker getötet oder gefangengenommen.

CHILE

Ende eines politischen Projekts?

Zum Tode von Eduardo Frei

Wenn man die Zahlenangaben über die Anteilnahme der Bevölkerung von Santiago an den Beerdigungsfeierlichkeiten für Eduardo Frei ernst nimmt - die verschiedenen Meldungen sprechen von mindestens 500.000, einige sogar von über 700.000 Menschen -, ist man geneigt zu sagen: seine größte politische Wirkung hat er erst nach seinem Tod erzielt. Aber das gilt wohl nur für die Jahre nach 1973. Insgesamt würde es weder dem Politiker Frei noch der Christdemokratischen Partei Chiles gerecht, deren starken konservativen Flügel er angeführt hat und der er als langjähriger Parteivorsitzender und als chilenischer Staatspräsident auch in ihrer Gesamtheit seinen Stempel aufgedrückt hat. So wie er selbst natürlich auch ein ebenso eloquenter wie demagogisch begabter Repräsentant jener in den 50er Jahren entstandenen lateinamerikanischen Christdemokratie gewesen ist, die, zumindest in den 60er Jahren, als neue politische Kraft eine erhebliche Ausstrahlung auf weite Teile der Mittelschichten und vor allem der Bauern, Kleinbauern und Landarbeiter ausübte.

Auf der traditionellen katholischen Soziallehre fußend, hat sich die DC unter Frei in ihrem Partei- und in ihrem Wahlprogramm stets als reformerische Kraft der Mitte, als "dritter Weg" zwischen Kapitalismus (d.h. seinen extremen, in Lateinamerika überall sichtbaren Auswirkungen) und Kommunismus/Sozialismus anpreisen können. Sie fand dabei die nahezu vorbehaltlose Unterstützung der katholischen Kirche. Und so war es keine allzu große Überraschung, daß der Kandidat der DC, Eduardo Frei, bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1964, nur sieben Jahre nach der Gründung der chilenischen DC, mit der absoluten Mehrheit von 59,7% der Stimmen zum neuen chilenischen Staatspräsidenten gewählt wurde. Niemals zuvor hatte ein Präsidentschaftskandidat so viele Stimmen auf sich vereinigen können. Die finanzielle und politische Unterstützung durch einige europäische Christdemokratische Parteien, besonders durch die CDU, hatte freilich auch zu diesem überraschenden Wahlerfolg beigetragen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die CDU bei den Trauerfeierlichkeiten jetzt nur durch ihren ehemaligen Generalsekretär, den früheren Bundesminister und Chile-Experten ("Im Stadion von Santiago scheint doch fast immer die Sonne..."), aber unterdessen völlig von der politischen Bildfläche verschwundenen Bruno Heck vertreten war.

Frei's „Revolution in Freiheit...“

Im Wahljahr 1964 hatte die katholische Kirche Chiles ein "Evangelisierungsjahr" durchgeführt, dessen soziale Schwerpunkt auf fallende Ähnlichkeiten und Parallelen zu Freis Wahlprogramm aufwies. Frei kündigte in diesem Programm seine Reformpolitik als "Revolution in Freiheit" an - ein Wortbeispiel für seine demagogischen Fähigkeiten, stellte doch dieser Begriff eine geschickte Verbindung her zwischen der in Chile und in ganz Lateinamerika damals schon sehr weit verbreiteten Überzeugung von der Notwendigkeit und Unabwend-

barkeit revolutionärer Veränderungen und der ebenso weit verbreiteten, besonders in den Mittelschichten um sich greifenden Furcht vor Enteignung, Zwang und Gewalt.

Doch in der politischen Realität erwies sich bald, daß die "Revolution in Freiheit" äußerst schwierig durchzuführen und daß der "dritte Weg" gänzlich unpassierbar war.

Betrachtet man im Nachhinein die Reformvorhaben Frei, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie - besonders im Bildungs- und Sozialbereich sehr schungvoll begannen, dann aber stecken blieben. Der Grund hierfür lag mindestens ebenso sehr an der internationalen politischen Konstellation und an den ausländischen Wirtschaftsinteressen wie an der chilenischen Klassenstruktur und den daraus resultierenden inneren Machtverhältnissen. Aber das nicht erkannt und überhaupt nicht berücksichtigt zu haben, zeigt die Grenzen von Frei's eher sozialdemokratisch anmutendem Reformprogramm deutlich auf.

Seine eher vorsichtige Agrarreform stieß in den USA und in Westeuropa überwiegend auf eine geradezu feindselige Ablehnung. Die 'Chilenisierung des Kupfers' - vielmehr schon der erste Schritt in eine solche Richtung - wurde von den USA mit einer künstlich herbeigeführten Senkung des Kupferpreises auf dem Weltmarkt (durch Verkauf eines Großteils der US-Reserven) beantwortet. Dadurch wurden dann letztlich auch die anderen Reformvorhaben nicht mehr finanzierbar.

Frei und die chilenische Linke

Angesichts dieser wachsenden Schwierigkeiten hat sich Frei in seiner Zeit als Präsident nie nachhaltig um die Unterstützung der chilenischen Linken bemüht. Er hat sogar immer wieder betont, daß die Stoßrichtung seines politischen Programms gegen die Ausbreitung des Kommunismus zielt. So gesehen entbehrt es nicht einer gewissen Tragikomik, daß ausgerechnet Frei während der Kampagne zum Verfassungsvertrag "Plebizit" im August und September 1930 von der Junta und der chilenischen Rechten als derjenige beschimpft wurde, der Chile an die Kommunisten ausgeliefert hätte.

Doch wie waren die Vorgänge im Herbst 1970, als es um die Wahl Allendes im chilenischen Kongreß ging, da er die Präsidentschaftswahlen nur mit einer relativen Mehrheit gewonnen hatte?

Als das linke Parteienbündnis der Volkseinheit, der Unidad Popular, für seinen Kandidaten Allende die relative Mehrheit von 36,3% der Stimmen erzielte, während der Kandidat der Rechten, Alessandri, knapp geschlagen (er errang rund 34% der Stimmen) zweiter wurde, bot die Rechte den Christdemokraten einen Handel an, um die Präsidentschaft Allendes doch noch zu verhindern:

Die DC sollte im Kongreß, der angesichts der relativen Mehrheit Allende oder Alessandri zum Präsidenten wählen konnte, für den Kandidaten der Rechten stimmen; dieser würde dann kurz nach seiner Wahl zurücktreten, um so in den erforderlichen Neuwahlen für eine erneute Kandidatur Frei's (der nach der chilenischen Verfassung nicht unmittelbar nach Ablauf seiner ersten Amtsperiode wiedergewählt werden konnte) Platz zu schaffen. Dieser Handel kam nicht zustande.

Wir wissen nicht, ob Frei zu jenem Zeitpunkt moralische Skrupel vor einem solchen Handel hatte; er hätte aber auch politisch nicht funktionieren können: Weder hätte die um ihren Sieg betrogene Linke sich dieses Manöver gefallen lassen, noch hätte es sich damals in der Christdemokratischen Partei durchsetzen lassen. Während der Wahlkampfes hatte sich die DC stärker gegen rechts als gegen links abgesetzt. Die DC bestätigte im Parlament dann auch tatsächlich die

Wahl Allendes. Die Junta Nacional der DC stimmte im Oktober 1970 mit Zweidrittelmehrheit dafür, daß die Abgeordneten der DC im Parlament für die Präsidentschaft Allendes votieren sollten - gegen die Zusicherung einer Reihe in die Verfassung aufzunehmender Garantien.

Sehr schnell setzte sich danach der rechte Flügel um Frei in der DC wieder durch. Schon bei Parlamentsnachwahlen im Mai 1971 einigten sich die Rechten und die DC auf gemeinsame Kandidaten, und die DC verschärfte zusehends ihren Oppositionskurs gegen die Regierung Allendes. Bei den allgemeinen Parlamentswahlen im März 1973 strebten die rechte Nationalpartei und die DC die Zweidrittelmehrheit an, um Allende verfassungsmäßig absetzen zu können. Frei kandidierte dabei für die zweite Kammer, den Senat, in Santiago.

Die Rechte errang zwar die Mehrheit, verfehlte aber ihr politisches Ziel, die Zweidrittelmehrheit: innerhalb der parlamentarischen Spielregeln kam sie nicht an die Macht, sie konnte freilich Obstruktionspolitik betreiben. Frei, mit großer Mehrheit gewählt, wurde Präsident des Senats und übernahm die Führung der Opposition.

Im Mai 1973 entschied die DC in einer Abstimmung (53:47); die Regierung Allendes frontal zu bekämpfen; der unterlegene Flügel sah voraus, daß das Bündnis mit der Rechten die demokratische Staatsform zerstören würde.

Frei übernahm die politische Vorbereitung des Putsches: die politische Polarisierung zwischen Rechts und Links wurde unüberbrückbar. Die parlamentarische Opposition erklärte, die Regierung breche die Verfassung und sei illegal, sei aber parlamentarisch nicht zu stürzen - die Aufforderung an die Streitkräfte, "ihre Pflicht" zu tun, war eindeutig. Sie, so das Kalkül der von Frei repräsentierten Bourgeoisie, würden die notwendige "Ordnung" schaffen und deren Rückkehr an die Macht ermöglichen. Frei hat also den Putsch gewollt, und er hat ihn politisch gerechtfertigt. In einem Brief vom 8.11.73 an den italienischen Christdemokraten Mariano Rumor schreibt Frei: "Die Streitkräfte, so sind wir überzeugt, haben nicht aus Ehrgeiz gehandelt; mehr noch: sie haben sich lange geweigert, es zu tun. Ihr Scheitern jetzt wäre das Scheitern des Landes, und das würde uns in eine Sackgasse führen..."

Zeit zu reden und zu schweigen...

Diese Haltung ändert sich erst, als die Militärs alle Versuche des Frei-Flügels, eine Zusammenarbeit zu erreichen, ablehnen, als die DC suspendiert bleibt (während die linken Parteien natürlich verboten sind und ihre Anhänger verfolgt werden), die ihr gehörenden Massenmedien zensiert werden und schließlich auch die Partei selbst verboten wird. Es ist festzuhalten, daß es durchaus führende Christdemokraten gibt, die den Putsch von vornherein ablehnten, die Militärdiktatur kritisierten und freiwillig ins Exil gingen. Frei dagegen schweigt.

Seine Christdemokratie sthet vor einem nicht lösbaren Dilemma: sie hat kein politisches Konzept für die gegebene Situation. Da die Militärs und die wirtschaftliche Rechte die Macht nicht teilen wollen, da die Christdemokratie Frei aufgrund ihrer antikommunistischen Haltung ein Zusammengehen mit der marxistischen Linken ablehnt, hat sie weder Programm noch die Kraft als politische Alternative. Es stellt sich sogar die Frage, ob dieser Flügel der DC in diesem Moment die Alternative sein will: in Gesprächen, die 1974 der damalige Parteivorsitzende Alywin mit dem damaligen Innenminister Bonilla führte, zeigt sich, daß die DC durchaus bereit war, die Diktatur ein paar Jahre als unvermeidliche Notwendigkeit zu ak-

zeptieren (vgl. Chile-Nachrichten Nr. 48, 1974, S. 31 ff.)

In den folgenden Jahren, als die DC in eine oppositionelle Rolle gedrängt wird, weil die Diktatur keinerlei Kritik akzeptieren will, bleibt Frei die große politische Gestalt im Hintergrund und schweigt.

Die Junta weist christdemokratische Politiker aus - sowohl den kollaborationswilligen Aylwin als auch seinen Nachfolger Zaldívar. Frei verweigert sich allerdings auch demonstrativ der Diktatur, als Pinochet ihn in seiner Funktion als Ex-Präsident in seinen "Staatsrat" beruft, dem Pinochet, wann es ihm beliebt, Gehör schenkt. Erkennbare Impulse gehen von Frei nicht aus, ohne ihn, an ihm vorbei geht offenbar auch nichts. Nur dreimal in den Jahren der Diktatur äußert er sich vernehmlich innerhalb Chiles: Ende 1975, vom damaligen Juntamitglied Leigh in Abwesenheit Pinochets autorisiert, darf eine Schrift von ihm in einer Auflage von tausend Exemplaren zirkulieren, in der er die Politik der Diktatur kritisiert (vgl. Nr. 34 u. 35/76); 1978, als Pinochet sich in einer Volksbefragungsfarce als Verteidiger der nationalen Souveränität bestätigen läßt; und im Sommer 1980, als Pinochet unter den Bedingungen der Diktatur über eine neue Verfassung einschließlich aller Übergangsbestimmungen, die dieselbe Verfassung für acht Jahre gar nicht erst in Kraft treten lassen, abstimmen läßt, ergreift Frei das Wort. Vor allem sein öffentlicher Auftritt im Teatro Caupolicán im August 1980 wird ein eindrucksvoller Akt, der auch zahlreiche ausländische Beobachter beeindruckt.

Es ist die einzige von der Diktatur tolerierte Veranstaltung gegen das Plebiszit. Da die Linke nicht öffentlich auftreten kann, wird diese Veranstaltung im Teatro Caupolicán mit Frei zu einem Moment der gemeinsamen Opposition gegen die Diktatur, Frei wird zu der Figur, in der sich diese Opposition symbolisiert (vgl. LN 85 u. 86). Aber sie bleibt eben auch nur eine symbolische Geste.



Chile: die Heile Welt von CAPITAL

In der Januar-Nummer stellt uns die Zeitschrift CAPITAL ein Land vor, in dem die (Wirtschafts-)Welt noch in Ordnung ist: Chile! Unter der Herrschaft der Militärs hat Chile einen bemerkenswerten marktwirtschaftlichen Aufstieg erzielt... In der Tat scheint Chiles Aufstieg unglaublich. Die Chilenen zimmerten sich eine Wirtschaft nahezu nach Schweizer Vorbild. Und weiter: In einer weltweiten Rezession verzeichnet Chile einen anhaltenden Aufschwung, der in etwa dem Deutschlands nach 1948 vergleichbar ist."

Allerdings scheint solche Einschätzung auch unter Kapitalisten nicht unbestritten: Das Wall Street Journal, gewiß keiner anti-kapitalistischen Tendenzen verdächtig, betitelt einen längeren Bericht auf Seite 1 "Frayed Miracle": Verschlissenes Wunder. "Der Sprung dieses Landes in eine freie Marktwirtschaft ist in ernsthafter Bedrängnis, der schlimmsten, seit das Experiment vor acht Jahren begann." (Wall Street Journal, 19.1.82)

Die Erklärung für die euphorische Bilanz des CAPITAL-Report scheint so simpel wie peinlich: Der Bericht ist um ein gutes halbes Jahr überholt. Was bis Mitte des Jahres 81 aus kapitalistischer Perspektive (ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Folgen) erfolgversprechend ausschauen mochte - ein Boom auf Pump -, ist im zweiten Halbjahr in eine dramatische Krise geraten, deren Ende keineswegs abzusehen ist. (Vgl. dazu auch den Beitrag eines chilenischen Mitarbeiters in LN 99.)

Wir stellen im folgenden einigen markanten Daten aus CAPITAL solche aus dem WALL STREET JOURNAL (vom 19.1.82) und der internationalen Ausgabe des chilenischen MERCURIO, einem großbürgerlichen Anhänger des herrschenden Systems, gegenüber.

CAPITAL -Report

Und, der Peso ist in der Relation 39 zu 1 an den Dollar fest gebunden, gewissermaßen eine monetäre Radikalkur, die zweierlei bewirkt: hoher Schutz für ausländische Einlagen, Druck auf die heimische Inflation. Denn der eherne Außenwert des Peso macht die Importe immer preiswerter und zwingt die chilenische Wirtschaft so, kostengünstiger zu produzieren, dies bei steigenden Löhnen und dennoch außerordentli-

chen Gewinnen. Daß diese Geldpolitik bei den Unternehmensbossen auf Bedenken stößt, leugnet de la Cuadra nicht. Ihnen ist der Peso überbewertet.

Dies ist der Peso in der Tat. Und die Last der Auslandskonkurrenz, die sich damit ergab, konnten nur stabile Unternehmen aushalten. Diverse Betriebe, meist unsolid finanziert, mit kaum noch modernen Produkten am Markt, allein bei Übernachfrage lebensfähig, gingen denn auch prompt zu Bruch. Bei jeder Insolvenz sehen Kritiker der Regierung das Wirtschaftssystem in Frage gestellt.

Der künstlich hohe Peso schadet doppelt: Er macht Chiles Produkte im Ausland teurer, wobei er viele wegen ihrer Preise aus dem internationalen Handel drängt, und er macht die Importe billiger, indem er Chiles heimische Industrie unterbietet." (Wall Street Journal)

Der Finanzminister spricht von der Alternative für die Arbeiter, Lohninbußen von 5-10% oder Entlassungen hinzunehmen. (nach MERCURIO 17.-23.12.81)

"In den letzten Wochen haben Baustahl-, Werkzeug-, Konserven-, Keramikfirmen und Betriebe im Agrobusiness, für Forstprodukte und Fruchlexport geschlossen. Zahlreiche andere haben Konkursverfahren eingeleitet, eingeschlossen der größte Produzent von Radio- und Fernsehgeräten, der größte Textilhersteller und der letzte übriggebliebene Hersteller sanitärer Anlagen. Wenn dieser letzte Betrieb schließt, wird jeder Betrieb in dem im Süden gelegenen Penco gescheitert sein. Daß 150 km entfernte Chillán mit seiner Agrobusiness-Zone, das einst 14 Fabriken hatte, wird jetzt ein industrieller Friedhof genannt." (Wall Street Journal)

Von Januar bis Oktober 81 wurden in Chile über vierhundert Konkurse angemeldet, über 200 im ersten Halbjahr, weitere 209 bis Oktober. Damit zeichnete sich ab, daß die Zahl von 427 für 1980 übertraffen und der "Rekord" von 1962 übertroffen würde. (MERCURIO, 21.-27. Januar 82, S. 4)

CAPITAL-Report

Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 13,5% in Santiago im Dezember 81; bei Bauarbeitern auf 26,9% im Dezember 81 (1980, Dezember: 13,4%) (MERCURIO, 21.-27. Januar 82)

Arbeitslosigkeit 1981: 10 %
(Vorläufige Zahl)

"Die Arbeitslosigkeit steigt schaffr an. Statistiken darüber hinken Monate hinterher, aber Experten sagen voraus, daß die Arbeitslosigkeit sich bis zum Frühjahr verdoppeln könnte, auf wenigstens 20% der Arbeitskräfte." (WALL STREET JOURNAL)
Keine dieser Quellen berücksichtigt die im staatlichen Notstandsprogramm für 330 Dollar monatlich Beschäftigten. (LN)

Wie Chile Investoren gewinnt

Ausländische Unternehmer sind in Chile gefragt, schon deshalb, weil der Zuwachs an Produktion der privaten Wirtschaft vorbehalten ist. Überdies, so will es die Regierung, sollen sie den Chilenen Leistungsvorbild sein."

Landwirtschaft und Fischerei, früher eher unterentwickelt, repräsentieren heute knapp zehn Prozent der chilenischen Wirtschaftsleistung, und entsprechend wächst der Export: rund 650 Millionen Dollar jährlich mit steigender Tendenz.

Das bringt Nachschub für den zunehmenden Export: Schnittholz, Zellulose, Zeitungspapier

Novitäten im chilenischen Angebot, mit zunehmender Nachfrage, sind Molybdän und Lithium.

Vom Januar bis November 81 fiel der gesamte Export um 14,8%, während die Importe um 16,7% stiegen im Vergleich zu 1980. Laut Bericht der Zentralbank sind die geringeren Exporte bedingt durch den Abfall im Verkauf von Bergbauprodukten - besonders Kupfer - Holz, Zellulose, verarbeiteten Kupfer und Molybdän. "Der Zelluloseexport fiel um 15,1 %..."

Der Holzexport fiel um 44,3%. "Molybdän... 29,8% weniger als im Vorjahrszeitraum".

"Der Bereich, der eine positive Veränderung zeigte, waren Landwirtschafts- und Meeresprodukte, deren Export um 6,1% und von 328,8 Mill. auf 348,8 Mill. Dollar anstiegen."

Bis November 81: Export: 3.601,8 Mill. Dollar
Import: 6.039,4 Mill. Dollar
Defizit: 2.437,6 Mill. Dollar.

(Angaben nach MERCURIO, 7.-13. Januar 82, S.4)

Und wen es in das CAPITAL -Wunderland zieht - hier eine Perspektive...

Am Run um lukrative Anlage in Grund und Boden beteiligt sich zunehmend der Mittelstand aus der Bundesrepublik. Jorge Spencer, Generaldirektor des 1906 gegründeten Immobilienunternehmens Tattersall AG: „Wir können uns vor Anfragen kaum noch retten.“ Gesucht wird: Waldbesitz und Bauernhöfe, Fundos.

"Bauern waren hohe Schulden eingegangen beim Versuch, Farmen wieder aufzubauen, die von den Marxisten übernommen worden waren; jetzt, vom Importwettbewerb, hohen Zinsen, steigenden Kosten und sinkendem Bodenwert zerquetscht, sind sie gezwungen, ihr Land zu verkaufen, um ihre Schulden zu bezahlen. Die Preise sind über Nacht von 1 600 Dollar pro acre (0,4 ha) auf 400 Dollar gefallen, ohne irgendwelche Käufer." (Wall Street Journal).

CAPITAL nimmt aber nicht nur Daten der letzten Monate nicht zur Kenntnis, gleiches gilt für die länger zurückliegende Vergangenheit. So heißt es, kein Präsident sei seit Arturo Alessandris Verfassungsreform in den zwanziger Jahren mit absoluter Mehrheit gewählt worden; tatsächlich wurde 1964 FREI mit 56% der Stimmen gewählt.

Empörend wird die Verfälschung der Tatsachen im politischen Bereich. Für die Zeit vor dem Putsch 73 werden als Gewährsleute Mitglieder der bekannt reaktionären deutschen Koloniezitiert. CAPITAL läßt sich folgendes als Wahrheit andienen: ein Geldbündel, mit dem Brot bezahlt wurde, sei "genauso schwer" wie das Brot gewesen...

Der Putsch wird so dargestellt:

Als das Militär dann doch zuschlug, rührte sich zur Verteidigung des Präsidenten Allende kaum ein Chilene. Den Blutzoll, den der Aufstand (!!!) kostete, leisteten vornehmlich Kubaner und Argentinier. Sie waren herbeigeeilt, einen Sozialismus zu schützen, den das Land nicht mehr wollte. "Zehn Millionen Chilenen ließen es sich gefallen, von 30 000 Uniformierten entmündigt zu werden."

Wirtschaftswunder.

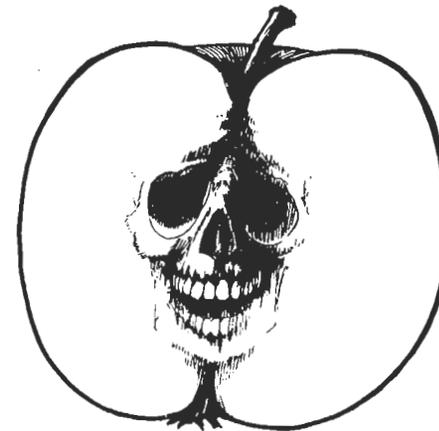
Frayed Miracle

Chile's Economy Runs
Into a Load of Trouble;
Junta Sticks to Policies

The Growth Rate Plummets
As Many Companies Fail
And Joblessness Climbs

High Peso's Double Damage

KAUFT KEIN OBST AUS CHILE



Die Rolle der Intellektuellen in der Entwicklung einer Alternative für Chile

Alfonso Gonzales Dagnino/Annemarie Wiedmaier Burgos

Vor acht Jahren geschah in Chile ein politisches Ereignis von überragender Bedeutung: eine legal gewählte Volksregierung, die das Ziel hatte, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten, und die über alle Mittel der exekutiven Macht (und die sind in Chile beträchtlich) und über die immense Unterstützung der organisierten Massen - vor allem der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei - verfügte, wurde innerhalb weniger Stunden durch einen Militärputsch gestürzt, den man seit langer Zeit kommen gesehen hatte. Dies war eine der größten Katastrophen in der Geschichte der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt.

Diese Niederlage war nicht nur die Folge der Unfähigkeit der politischen Volksparteien Chiles, die revolutionäre Gewalt anzuwenden, sondern auch ihrer Unfähigkeit, einen revolutionären Prozeß unter den Bedingungen einer hoch entwickelten Demokratie wie Chile und im Rahmen eines Rechtsstaates zu führen. Das ist eine Tatsache; sie gehört der Geschichte und es bleibt uns nichts anderes übrig, als sie so zu akzeptieren.

Im chilenischen Kontext hing der Erfolg der Revolution zu einem beträchtlichen Teil von intellektuellen Faktoren ab: technische und administrative Effizienz, politische Klarheit, genaue Kenntnis der Sozialwissenschaften und der Handhabung ihrer Instrumente und vor allem Beherrschung der aktuellen Erkenntnisse über Ideologie, die zum Bestehen im ideologischen Kampf notwendig ist. Diese Faktoren erfordern von den Verantwortlichen Kultur und intellektuelle Redlichkeit, eine realitätsgerechte Sicht der chilenischen Gesellschaft, eine Arbeits- und Organisationsmethode auf der Höhe der Komplexität eines modernen Staates und eine gewisse Kenntnis einiger philosophischer Gebiete (wie sonst wäre man in der Lage, die Wichtigkeit des Subjektiven zu verstehen?). Leider erweisen sich die Methoden und Strukturen der Volksparteien und ihrer Führer diesen Anforderungen nicht gewachsen. Die Leichtigkeit, mit denen sie sich von ihnen abwandten, beweist das.

Trotzdem gingen die Parteien aus dem hundertfachen Opfer seltsamerweise mit den gleichen alten Methoden und Strukturen und den gleichen Verantwortlichen hervor. Daher kommt es, daß im Exil auf makabre Weise die Fehler der Vergangenheit weitergeführt und wiederholt wurden. Die Versuche der Selbstkritik einiger Parteileitungen waren Ventile für die Unzufriedenheit der Basis und die Forderungen der Weltöffentlichkeit; diese Selbstkritik wurde aber schnell wieder abgebrochen, da ihr Ziel nicht der Beginn einer kreativen Reflexion sondern das Gegenteil war: Bewahrung der Parteien mit ihren Strukturen, Konsolidierung der Macht der Führungscliquen (oder "Apparate") und die Bildung von Gruppen von Personen (oder Persönlichkeiten), die ausschließlich diesen Überlebensbedürfnissen entsprechen. So hat sich eine tragikomische Fauna des Exils entwickelt: der "reisende politische Kader", der "Solidaritätsfunktionär", der "engagierte Intellektuelle", der "bejubelte Held" (nach der verlorenen Schlacht) etc., die zu einem guten Teil an der Marginalisierung vieler aktiver Parteimitglieder schuld sind. Die Erfahrung eines jeden Exilierten beweist dies. In seiner Substanz ist das politische Projekt, das die Parteien im Exil anbieten, nichts anderes als die Rückkehr zu dem Parteiensystem, das 1973 in die Krise geriet. Es wurde bisher noch keine wirkliche Alternative entwickelt. Die Aktiven (und die Nicht-Aktiven) im Exil sind die Halbwahrheiten, die ingeniosen Erklärungen, die nur verdeckte Lügen sind, die falschen Logiken (z.B. daß es eine Unterstützung des Feindes ist, diese Wahrheiten zu sagen) müde. Sie wollen nicht mehr manipuliert werden, sie wollen selbst denken und die Dinge bei ihrem Namen nennen.

Die Krise der Parteien des chilenischen Exils steht im Zusammenhang mit der Krise

der Linken in der ganzen Welt, exakter: mit der Krise der marxistischen Linken. Der Grund dafür ist das Scheitern des "realen Sozialismus" in Europa. Heute besteht nicht mehr die geringste Aussicht (wie 1918-20, 1930-33 und 1944-47), daß sich die Massen Westeuropas dem "sozialistischen" Modell der UdSSR und Osteuropas zuwenden. Diese Analysen führt zu Fragen an die Praxis des Marxismus: Funktionsweise der Strukturen der marxistisch-leninistischen Parteien, Ausschaltung der "Apparate", demokratische Wahl der Vertreter und Beschränkung ihrer Amtszeit; schließlich muß man endgültig feststellen, daß der Stalinismus, der Maoismus, der Pol-Potismus, der Kim-Il-Sungismus etc. etc. keine "Perversionen" eines perfekten Sozialismusmodells, das noch keine historische Existenz hat, sondern die folgerichtige Konsequenz des Einparteiensystems mit pyramidenförmiger Hierarchie. Diese Überlegungen führen auch zu Fragen an die Basis des Denkens von Marx, Engels und Lenin: wie kann man die Trennung in herrschende und beherrschte Klassen überwinden - selbst bei der Verstaatlichung der Produktionsmittel - ohne die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, die erste gesellschaftliche Arbeitsteilung, zu überwinden? Wie können die Produktionsmittel vergesellschaftet werden ohne in etatistisch-bürokratische Entfremdung zu verfallen; wie ist die Selbstbestimmung, die noch so unpräzise und unvollständig ist, zu verwirklichen? Wie kann man die Planung mit der individuellen Initiative vereinbaren, die für die Wirtschaftsentwicklung und die intellektuelle und künstlerische Produktion sowie für die technologische Innovation unverzichtbar ist? Wie kann man die Diktatur des Proletariats praktizieren und dabei einen echten Pluralismus beibehalten? Wie kann man die Demokratie in der Gesellschaft mit Hilfe einer Partei durchsetzen, die die Demokratie in ihrem eigenen Schoß verbietet? Schließlich: wie kann man ein Regime sozialistisch nennen, das den Pluralismus und die individuellen Freiheiten unterdrückt und damit den Gehalt des Denkens von Marx leugnet, für den der Sozialismus zur freien und allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit führt, was notwendig den Pluralismus der Meinung, des Ausdrucks und der Lebensanschauung voraussetzt?

Im Exil (und natürlich in Chile) haben die Chilenen gelernt, Freiheit und Demokratie einen neuen Wert beizumessen, nachdem sie sie in den vorangegangenen Jahren als gegeben und alltäglich unterschätzt hatten; sie versprachen sich, für Chile niemals ein Regime der Stiefel zu akzeptieren. Dadurch sehen sie sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, sowohl den Kapitalismus wie den "realen Sozialismus" zurückzuweisen. Die Forderung nach einer Alternative ist vordringlich. Von Marx wissen wir, daß sich die Menschheit nie Probleme stellt, die sie nicht zu lösen vermag: die Alternative kann entwickelt werden.

Es ist möglich, daß in Chile die Kritik am Sozialismus und seiner Praxis, die notwendig ist zur Ausarbeitung einer Alternative zu beiden Systemen, durch die Kritik am Kapitalismus, am nordamerikanischen Imperialismus, an der Diktatur in den Hintergrund gedrängt wird. Die Nähe des Feindes, die Erfahrung seiner Grausamkeit, die ständige physische Gefahr erzeugen andere Prioritäten, bewirken eine andere Dynamik des Denkens und der Aktion. Aber es gibt keinen Zweifel, daß der Moment kommen wird, an dem sich das Problem auch dort in seiner ganzen Größe stellt.

Es handelt sich also um eine theoretische Herausforderung an die Linke in der ganzen Welt, eine Herausforderung, die dort dramatisch wird, wo der Kapitalismus als Diktatur herrscht und die Menschenrechte und demokratischen Freiheiten niedertrampelt. (Natürlich stellt sich die Herausforderung auch den fortschrittlichen Sektoren im "realen Sozialismus", aber wir können uns hier nicht damit beschäftigen.) Das wird nicht leicht und nicht kurzfristig möglich sein. Zahlreiche Intellektuelle in Europa haben das Problem aufgegriffen, wenige in Lateinamerika und sehr wenige in Chile. Dieses Problem kann keinesfalls zur Seite geschoben werden, nicht nur weil es das Spezifikum der Intellektuellen, die "theoretische Praxis" berührt, sondern weil - in unserem Fall - die chilenischen Politiker sich niemals mit Theorie auseinandergesetzt haben, und - nach den bisherigen Exiljahren zu urteilen - es wird sich daran auch nichts ändern.

Wir müssen schnell darauf hinweisen, daß die theoretische Ausarbeitung und die

und die praktische Aktion zwei Seiten einer einzigen Realität sind. Wir beziehen uns hier nicht auf die Rolle der Praxis, auf die Aktion des Volkes, weil dieser Artikel die Rolle der Intellektuellen, ihre spezifische Rolle, behandelt. Und der Artikel tut das, weil die chilenischen Parteien die Praxis zuungunsten der Theorie unverhältnismäßig vergrößerten und dabei die Theorie mit dem gesunden Menschenverstand und einem erklärten Empirismus verwechselten.

Aus der theoretischen Arbeit der chilenischen Intellektuellen, die durch Beiträge der fortschrittlichen Intellektuellen der ganzen Welt bereichert wird, werden die Grundzüge einer Alternative für Chile entstehen; diese Alternative wird der Diktatur und dem Regierungssystem, das 1973 in die Krise geriet, überlegen sein. Wir wollen hier nicht die zahlreichen, komplexen und langwierigen Arbeiten aufzählen, die dazu nötig sind. Wir sagen lediglich, daß ohne die Ausarbeitung eines solchen Projekts wir dem chilenischen Volk nichts anzubieten haben. Der einfache Aufruf zu kämpfen und die Diktatur zu beenden - so berechtigt und nötig er sein mag - reicht nicht aus: auch das chilenische Volk will nicht zur Vergangenheit zurückkehren, zum früheren System, denn auch diese System trug - obwohl es demokratisch und freiheitlich und dadurch der Diktatur weit überlegen war - die Ungerechtigkeiten und die Ausbeutung des Kapitalismus in sich. Selten zuvor hing die Zukunft des Vaterlandes so sehr von seinen klügsten Kindern ab wie heute. Nur eine zutiefst ethische, revolutionäre und demokratische Alternative wird das Volk faszinieren und mobilisieren und damit sein derzeitiges Leiden abkürzen.

An dieser Arbeit müssen alle teilnehmen können, die ihren Beitrag leisten wollen, vorausgesetzt daß sie dies frei tun. Wir rufen also zu einem schwierigen Werk auf. In der Geschichte Chiles sind die Intellektuellen von den Politikern manipuliert worden und mit einigen Ausnahmen - Bilbao, das intellektuelle Gestirn der Freiheit - haben sie nie politische Situationen geschaffen. Die Katastrophe von 1973 und die folgenden Jahre verlangen die Partizipation der Intellektuellen, ihren Sprung über die politischen Führungsgremien hinweg, sie verlangen die freie Arbeit auch in der politischen Theorie, ihr Recht, ohne Einschränkungen über nationale und internationale Vorgänge nachdenken zu können, wobei darauf zu bestehen ist, daß die Ausarbeitung der unterschiedlichsten Thesen zum Wesen einer authentischen Suche gehören. Wer, wenn nicht die Intellektuellen, ist in dieser Stunde fähig zu denken, in der das Denken so notwendig ist?

Dieser Versuch erfordert eine Koordination der chilenischen Intellektuellen inner- und außerhalb des Landes, eine Bewegung für ein Zusammenfinden, einen Austausch, das gemeinsame oder individuelle Erarbeiten von Problemen und die Verteidigung gegen alle Angriffe.

Diese Bewegung muß Tribünen haben, sich Zugang zu Zeitschriften verschaffen, zu den Verlagen, damit das, was erarbeitet wird - was auch der Inhalt sein mag, der hoffentlich reich und widersprüchlich sein wird - allen Exilierten und den Chilenen im Land selbst bekannt wird und eine kollektive Diskussion befruchtet. Vielleicht wäre der erste Schritt auf diesem langen Weg ein Treffen der chilenischen Intellektuellen (wie bescheiden es auch wäre) in einem Ort in Europa, bei dem die Prämissen dieser Arbeit akzeptiert würden.

Den vorstehenden Beitrag hatten wir für unsere Nummer 100 erbeten; leider erreichte er uns erst nach Redaktionsschluß der vorigen Nummer.

MEXICO

Das Erdöl — eine glitschige Sackgasse?

Seit Ende Januar kostet ein Faß mexikanisches Erdöl auf dem Weltmarkt 1 Dollar weniger als zuvor. Der Preisrückgang ist eine Reaktion auf die Verschlechterung der Absatzbedingungen auf dem internationalen Erdölmarkt, die schon früher Mexico gezwungen haben den Erdölpreis herabzusetzen.

Bereits im Juli 1981 wurde der Exportpreis des mexikanischen Erdöls um 4 US \$ verringert. Was damals Empörung und Skandal ausgelöst hat mit der Folge, daß der damalige Pemexdirektor Jorge Díaz Serrano als Verantwortlicher für die Preisänderung abgesetzt wurde, ist heute als Notwendigkeit anerkannt worden: Nach dem drastischen Preissturz vom Juli hatten die Mexikaner einen zaghaften Versuch unternommen, den Preis zu erhöhen. Jetzt hat sich das staatliche Erdölunternehmen Pemex, diesmal unter der Leitung von Julio Rodolfo Motezuma Cid, wieder dazu gezwungen gesehen, noch eine Preisreduktion mit im Kauf zu nehmen, um den Erdöllexport zu fördern.

Mexico — das neue Erdölland

Was für Konsequenzen ergeben sich an den Preisänderungen des mexikanischen Erdöls?

Das Erdöl hat für Mexico im Laufe der siebziger Jahre sehr an Bedeutung gewonnen, zudem avancierte das Land zu einem der wichtigsten Erdölexporteure auf Weltmaßstab. Mexico ist jetzt der viertgrößte Exporteur nach Saudi Arabien, UdSSR und den USA, und Nr. 5 im Bezug auf ihre potentiellen Reserven. Diese Rolle ist für Mexico neu und gar nicht selbstverständlich. Sie hängt mit relativ kurzfristigen politisch-ökonomischen Entscheidungen zusammen, die allerdings langfristige strukturelle Konsequenzen mit sich bringen. Die Deformation der mexikanischen Wirtschaftsstruktur hin zu einer ausgeprägten Weltmarktabhängigkeit ist bereits weit vorangeschritten. Es bleibt fraglich, ob diese Entwicklung abwendbar gewesen ist.

1970-76: das Erdöl als sozio-ökonomisches Schmiermittel

Erst Ende 1973 wurde festgestellt, daß Mexico über große Erdöl- und Naturgasreserven verfügt. Mexico, bis dahin Öleinfuhrland, konnte schon 1974 den Eigenbedarf durch heimische Ölquellen decken. Unter der Präsidentschaft Echeverría (Dez. 1970 - Dez. 1976) bewirkten die Ölfunde keine grundsätzliche Änderungen der Ziele des staatlichen Ölunternehmens Pemex: am wichtigsten blieb weiterhin die Selbstversorgung des Landes mit Energie, und die Förderung der industriellen Entwicklung durch Subventionierung der Energieträger.

Das Erdöl wurde zu Preisen verkauft, die kaum den Produktionskosten entsprachen, nämlich zu 30-25% des Weltmarktpreises. Pemex sollte kein Profitgeschäft sein. Im Gegenteil. Der Staat hat durch seine Preispolitik Geschenke verteilt: an die private mexikanische und ausländische Industriekapitalisten, die durch billige Energie ihre Kosten vermindern und entsprechend größere Profite realisieren konnten, an die Transportindustrie mit der Hoffnung, den Personen- und Warenverkehr zu verbilligen und nicht zuletzt an die "motorisierte" Mittelklasse.

Diese Politik endete 1976 mit einer großen Wirtschaftskrise. Das expandierende Defizit des öffentlichen Haushalts hat dazu beigetragen. In diesem Zusammenhang hat nicht zuletzt die teure staatliche Unterstützungspolitik der privaten Unternehmen ihre Bedeutung gehabt. Die Kapitalisten haben allerdings durch ihren Investitionsstreik und ihre Kapitalflucht am meisten zu dieser Krise beigetragen. Die übrigen Teile der Politik von Echeverría, verstärkte Staatsaktivitäten, die Gewährung von realen Lohnsteigerungen und Gewerkschaftsaktivitäten, wurden von ihnen nicht toleriert.

1976: das Erdöl als Motor der Entwicklung

Der nachfolgende Präsident, José Lopez Portillo veränderte den Kurs der Erdölpolitik grundlegend. Beeinflusst vom Internationalen Währungsfond, IWF, mit dem er wegen notwendigen Kredite zur Überwindung der mexikanischen Krise drei Jahre eine Vereinbarung eingehen mußte, verfolgte er eine ganz andere Linie: Befriedigung der Kreditoren (das ausländische Bankkapital), Verbesserung des Investitionsklimas (die Lohnsteigerungen bremsen) Begrenzung des Wachstums der Staatsausgaben, (Minimierung der Ausgaben für soziale Programme). Die ernsthaften Versuche, die es trotz allem zwischen 1970-76 gegeben hatte, die Probleme des Landes durch eine Entwicklung des eigenen Produktionsapparats zu überwinden, wurden verlassen. Dagegen sollten ungeheuer die Probleme des defizitären Staatshaushalts, der stagnierenden Produktion und Export, der Auslandverschuldung und der fehlenden Kreditwürdigkeit überwunden werden.

Im März 1977, 3 Monate nach seiner Übernahme der Präsidentschaft, erklärte José Lopez Portillo: "Es ist dringend erforderlich aus dieser (Krisen- d. Red.) Situation zu kommen, indem wir die Ressourcen des Landes, die unmittelbar verfügbar sind, und die in großer Menge vorkommen, ausnützen... Wir können und wir müssen mehr produzieren. Es ist möglich und notwendig mehr zu exportieren. Das heißt, daß wir unsere Naturressourcen ausnützen müssen, rational aber intensiv."

Gut ein und halbes Jahr später wurde das Erdöl nicht länger als ein unmittelbares Mittel zur Überwindung der Krise betrachtet, sondern vielmehr als das langfristige Mittel zur Überwindung der Unterentwicklung:

"Wir sind der Meinung, daß das Erdöl für Mexico die historische Möglichkeit bietet, den Sprung von der Unterentwicklung bis zur Entwicklung zu machen." (So Portillo November 1978). Der Prozeß sollte folgendermaßen zum Erfolg führen: "Was uns vor ein paar Jahren als ein unerreichbares Ziel vorgekommen ist - allen Mexikanern Beschäftigung zu schaffen - das können wir uns als ein realistisches und objektives Ziel für den Anfang des nächsten Jahrzehnts vornehmen. Wir werden deshalb unsere Wirtschaft in diese Richtung steu-

ern und den Überschuß, den die Ölexporte und deren Nebenprodukte uns schaffen, werden wir als Hebel betrachten" (Portillo, September 1978).

Die Eigendynamik des Erdölsektors

Seit 1976 sind deshalb die staatlichen Investitionen besonders für Ölsuche und Bohrungen gestiegen, und alles ist auf der Förderung der Ölexporte gesetzt worden. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß der Erdölbereich heute die wichtigste Treibkraft der mexikanischen Wirtschaft ist. Deshalb kann Mexico heute in Gegensatz zu fast allen anderen Ländern in Lateinamerika ein scheinbar hohes wirtschaftliches Wachstum aufweisen.

Jährliche Wachstumsraten (in %):

	1978	1979	1980
Brutto Inlandsprodukt	7,9	8,5	8,1
Erdölsektor	28,2	25,2	30,9
Außer Erdölsektor	7,0	7,6	6,7
Landwirtschaft	4,4	-0,7	5,3
Verarbeitende Industrie	9,0	8,6	5,6

Quelle: Latin America Regional Reports Mexico & Central America, 25. Okt. 1981.

Als Hebel der gesamten Entwicklung des Landes wirkt der Erdölsektor aber nur, wenn wir die allgemeine Wachstumsrate des Inlandsprodukts betrachten.

Die expansive Erdölpolitik hat kaum Raum gelassen für die Entwicklung anderer Bereiche der mexikanischen Gesellschaft: Die Landwirtschaft wird weiterhin vernachlässigt und zu sozialen Reformen ist es nicht gekommen. Die Erdölpolitik und die ganze Strategie, deren Bestandteil sie bildet, ist durchaus volksfeindlich.

Mit solchen allgemeinen Wachstumsraten ist Mexico aber wieder in internationalen Finanzkreisen kreditwürdig geworden. Die Kreditaufnahme konnte fortgesetzt werden, und besonders Pemex machte regen davon. 1980 kam 44% der Finanzierung aus dem Ausland. Ein Fünftel der gesamten Einnahmen von Pemex wurde für Rückzahlung und Zinsen ausgegeben, und ein Viertel wurde wieder in Pemex investiert. Die großen Investitionen und die damit verbundene Verschuldung sind jetzt so weit getrieben, daß die riesigen Anlagen in Campeche, Tabasco, Veracruz, Chicontepec unter anderem, so viel produzieren und exportieren müssen, daß sie sich amortisieren und damit irgendwann die Auslandskredite zurückgezahlt werden können.

Die Erdöllexporte sind entsprechend gewachsen: machten sie 1976 noch 16% der mexikanischen Exporte aus, so betragen sie 1980 ganz 67% des Exportvolumens. 1980 wurde 71% der Produktion von Pemex ausgeführt. Wegen der Größe der Exporte ist Pemex und damit die ganze mexikanische Wirtschaft sehr abhängig vom internationalen Erdölmarkt und besonders von den USA, die 75% der Exporte abnehmen. Eine Zeit lang bot der Weltmarkt günstige Bedingungen: steigende Preise und sichere Absatzmärkte. Jetzt aber haben Energiesparmaßnahmen in den Abnehmerländern eine ständig steigende Produktion der Lieferländer zu abnehmender Nachfrage und stagnierenden Preisen geführt. Die sinkende Preise haben schon 1981 ein Verlust

für Mexico von 6.000 Millionen US \$ bedeutet. Das Defizit der Zahlungsbilanz wurde deshalb 1981 größer als je zuvor: 10.800 Millionen US \$. Obwohl Pemex die größte und bedeutendste Einnahmequelle des Landes werden sollte, hat es bis jetzt wegen der überzogenen Politik keinen Überschuß erwirtschaften können.

Die schlechten Aussichten haben jetzt dazu geführt, daß die Investitionspläne des staatlichen Erdölkonzerns um 20% gekürzt worden sind. Das heißt, daß die Aktivitäten sich auf die existierenden Anlagen konzentrieren, und daß die Suche nach neuen Quellen eingestellt wird.

Hinzu kommt, daß die bisherige inländische Preispolitik anfang Januar geändert worden ist um die finanzielle Lage von Pemex zu verbessern: die Benzin- und Dieselpreise auf dem Binnenmarkt wurden verdoppelt. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Energiesparmaßnahmen eingeführt, weil die niedrigen Benzinpriese (1 L für DM 0,25) einem stark steigenden Inlandsverbrauch beigetragen haben. Mit nunmehr 0,50 DM für 1 L Normalbenzin und DM 0,90 für Super sind die Preise zwar international gesehen immer noch sehr billig, für die mexikanische Bevölkerung ist diese Erhöhung allerdings eine spürbare Belastung.

Für die Industriekapitalisten bedeutet die Erhöhung geringere Subventionen. Betroffen werden in erster Linie die mittleren und kleineren mexikanischen Industriekapitalisten, während die Großkapitalisten, öfters ausländische, ihre Verluste eher ausgleichen können. Steigen werden auch die Transportkosten und die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, die schon vorher eine steigende Tendenz aufwiesen haben. Für die Besitzer mit niedrigen Einkommen werden größeren Transportausgaben ein erhebliches Problem darstellen. Für die Mittelschichten sind höhere Benzinpriese kein essentielles Problem, sie stellen aber eine Bedrohung der bisherigen Privilegien dar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es Proteste von den betroffenen Gruppen geben wird.

Die Sackgasse

Eher als eine Quelle des Reichtums und der Entwicklung ist die Expansion des Erdölsektors in Mexico mit erheblichen gesellschaftlichen und politischen Kosten verbunden gewesen: die Vernachlässigung anderer Bereiche im Land, ökologische Katastrophen, Abhängigkeit vom Weltmarkt, von ausländischer Technologie und Ausrüstung für den Erdölsektor und Abhängigkeit vom ausländischen Bankkapital. Was 1976 noch als Alternative in Betracht gezogen wurde, ist jetzt in den achtziger Jahren vielmehr ein Zwang: Die Erdölproduktion und besonders die Erdölexporte müssen steigen, um so mehr, je schlechter die Bedingungen auf dem Weltmarkt sind.

Quellen: Comercio Exterior, vol 31, Nr. 4, 1981.
Proceso, 4. Jan. 1982, Ciencia y Desarrollo, Nr. 36.
Estrategia, Nr. 25, 1979, LAWR und LARR.

PERU

Die Aguarunaindianer über Werner Herzog

Am 5. März kommt Werner Herzogs Film "Fitzcarrald" in die bundesdeutschen Kinos. Der Film behandelt den Einbruch der westlichen Kultur in die Indianergesellschaft der Aguaruna durch die Ankunft der Kautschuksammler und des Kautschukhändlers Fitzcarrald. Herzogs rücksichtsloses Vorgehen bei den Dreharbeiten im Gebiet der Aguaruna hat in Peru und anderswo zu heftigen Kontroversen Anlaß gegeben. "Daß Fitzcarrald so viele Leute gekränkt hatte, ist kein Grund dafür, jetzt alles im Spiel zu wiederholen" meint Evaristo Nugkuag, der Präsident des Rats der Aguaruna- und Huambisaindianer, von dem die folgenden Ausführungen über Geschichte, Lebensweise, Selbstorganisation und das Problem Herzog stammen.

Unsere Geschichte

Mit der Ankunft der ersten Kautschuksammler zu Beginn des 20. Jahrhunderts beginnen die ersten Kontakte der Aguaruna-Welt mit der westlichen Kultur, die die sozialen, wirtschaftlichen und traditionellen Strukturen verändern und in einigen Fällen zerstören.

Auf der anderen Seite brachten die Abenteurer eine Technologie zur Abholzung mit Hacken und Macheten aus Eisen mit, die sehr viel wirksamer war, als die einfache der Ureinwohner und die für eine bessere Ausnutzung der Wälder in kürzerer Zeit sorgten. Die Ausländer suchten auf dem Land der Aguaruna Rohstoffe, die wir Ureinwohner geringgeschätzten oder nicht kannten, und die nun zu einem Tauschobjekt wurden, über die wir zu den Gegenständen der Weißen kamen. Auf diese Weise wurde für immer die wirtschaftliche Unabhängigkeit unserer Brüder Aguaruna und Huambisa gebrochen.

Die besagten Kautschuksammler brachten nicht nur Macheten und Hacken, sondern verschenkten auch Fäden, Nadeln, Spiegel, Glasperlenketten und andere unbedeutende Gegenstände, um das Mißtrauen abzuschwächen, mit dem sie von den Ureinwohnern empfangen wurden. Durch diese Geschenke wurden neue Bedürfnisse geweckt, die die Aguaruna versuchten, mit größeren Lieferungen von Kautschuk zu befriedigen. Das stärkste Bedürfnis war wohl das nach Gewehren als Waffe für den Krieg und jedes Gewehr wurde mit 3 bis 4 großen Gummiballen von ca. 50 kg pro Stück bezahlt.

Diese Situation dauerte über viele Jahre an, bis die Angriffe von den Jivaros und der Niedergang des Kautschuks langsam aber sicher zur unwiderruflichen Zerstörung der Wirtschaft führte. Gegen Ende der 30er Jahre kehrten die kleinen christlichen Gruppen und die Weißen selbst auf der Suche nach neuem Land in die Cordillere des Kondor zurück und Jahre später - durch den Weltkrieg sehen sich die Verbündeten außerstande, die asiatischen Pflanzungen zu erreichen - eröffnen die großen Kautschuk-

Firmen ihre Büros auf dem Land der Aguaruna und in anderen Teilen des Amazonasgebiets, wo sie den Tausch von Waren zentralisieren und Waren verteilen, die mit Kautschuk bezahlt werden müssen. Zusammen mit den bereits geschilderten Waren taucht auch der Zuckerrohrschnaps auf.

Einige Aguaruna werden Angestellte der Kautschukfirma gegen Bezahlung in rationaler Währung oder Bezahlung in Form von Waren. Diese entdecken den Wert ihrer Arbeit und der hergestellten Güter und das Geld als Tauschobjekt. Mit der Ansiedlung der Kautschukfirmen im Umkreis von Santa Maria de Nieva, einem Ort nur aus Händlern, Jesuiten, Priestern und Spaniern bestehend, entsteht die Möglichkeit, für die Christen zu arbeiten. Die Aguaruna werden als Kautschuksammler, Landarbeiter oder als Aufpasser für Kinder oder als Diener angestellt und verdienen auf diese Weise Geld, um ihre wachsenden Bedürfnisse zu befriedigen; dazu gehören bald an erster Stelle die Medikamente zur Heilung der von den Weißen eingeschleppten Krankheiten: Tuberkulose, Grippe, Schnupfen, Malaria, Parasiten etc., gegen die die traditionelle Medizin machtlos ist. Mit dem Ende des Weltkrieges wird endgültig die Ausbeutung des Gummis im peruanischen Amazonasgebiet beendet, obwohl es einzelne Versuche gab, sie fortzusetzen, die jedoch das Jahr 1960 nicht überdauerten.

Seitdem kommen neue Agenten des Wandels. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts erhalten sich im allgemeinen die traditionellen Strukturen der Aguaruna-Bevölkerung. Erst mit dem Auftauchen des ILV (Instituto Linguístico de Verano) und der Anwesenheit von Funktionären des Staates beginnt eine grundlegende Veränderung der sozialen Organisation der Aguaruna und Huambisa. Seit 1953, als die erste zweisprachige Schule am Ufer des Chiriaco eröffnet wurde, entsteht eine starke Migrationbewegung in Richtung auf die Schulen, und auf diese Weise werden ganze Gebiete im Innern des Regenwaldes und an den Flußquellen entvölkert, wo traditionell die Ureinwohner lebten.

Wie wir leben

Die Aguaruna lebten traditionell am Ufer von Bächen im tiefen Urwald in verstreuten Behausungen, die teilweise mehrere Stunden voneinander entfernt liegen. Auch wenn manchmal die Mitglieder einer Familiengemeinschaft, die im allgemeinen aus 8 Erwachsenen mit ihren Kindern besteht, ein sehr viel kleineres Gebiet bewohnen, um sozio-ökonomische Beziehungen zu ermöglichen. Darüber hinaus läßt sich sagen, daß diese Verstreuung - die in keiner Weise Uneinigkeit bedeutet - das angepaßte Modell für eine rationale Nutzung der vorhandenen Natur darstellt und es allen erlaubt, über ausreichend Land im Umkreis ihres Hauses zu verfügen, und die notwendigen Felder zugänglich zu machen. Dieses Kriterium des Zugangs ist in tropischen Gebieten unentbehrlich, da wegen der schwierigen Bedingungen für das Haltbarmachen von Nahrungsmitteln das Sammeln eine Dauerbeschäftigung und das Reinigen der Felder von Unkraut eine tägliche Arbeit ist.

Was die Wirtschaftsform der Aguaruna angeht, so ist sie eine Subsistenzwirtschaft, in der jedes Produkt in den allgemeinen Verbrauch der wirtschaftlichen Einheit (der Familie) eingeht. Der Mann und die Frau können mit ihrer Arbeit alle lebensnotwendigen Bedürfnisse befriedigen. Diese Selbstständigkeit bedeutet nicht, daß sie nicht auf vielfältige familiäre Hilfe angewiesen sind, sondern das Ergebnis ihrer Arbeit erhält die Einheit der Familie.

Die Technik ist sehr einfach und wird von der gesamten Gruppe geteilt, d.h. daß die Aguaruna keine weitere Spezialisierung als die von Alter und Geschlecht geschaffen haben. Das System ist am besten bekannt als das der Brandrodung von nur kleinen Landstücken, was einen besseren Schutz gegen die Auswirkungen der Erosion bedeutet. Die Werkzeuge sind einfach. In 30 Jahren wurde die Steinhacke durch die Metallehacke ersetzt. Dazu die Machete. Tatsächlich haben die Kolonisationsprogramme, die Notwendigkeit des Zugangs zur Vermarktung und vor allem die Schulen, zu einer sehr starken Umsiedlung in Richtung auf die Ufer der befahrbaren Flüsse geführt und auf diese Weise entstanden Siedlungen von etwa 350 Personen, was sich negativ auswirken beginnt durch Mangel und der Entfernung von bebaubarem Land. Erschöpfung der Vorräte des Waldes, Infektionskrankheiten und Konflikte. Die am häufigsten angebauten Produkte sind Yuca, Camote, Bananen, Mais, Erdnüsse und Reis. Die Männer haben jetzt die Aufgabe, die Produkte auf dem Markt zu verkaufen, um die Ausgaben für die von der nationalen Gesellschaft hergestellten Produkte auszugleichen.

Die Straßen

Während dieser Entwicklung entstand das berühmte Straßentauprojekt zur Erschließung des Amazonasgebietes der Regierung und vorheriger Regierungen. Wie bereits zu Beginn erwähnt, leben die Aguaruna an den Ufern der Flüsse Marañon, Cenepa, Nieva etc., und ebenso die Huambisa am Ufer des Santiago. Der Marañon hat drei sehr enge und gefährliche Strudel, die seine Befahrbarkeit mit Booten erschweren. Den Bewohnern der Flüsse Cenepa, Nieva, Marañon und Santiago fehlen daher Transportwege. Bis heute ist der einzige Zugang zum Marañon die Straße von Olmos, die bis zum Ort Chiriaco geht und dann bis zum Militärposten der Kolonisation. Seit 1978 wird durch eine Ölgesellschaft eine Straße vom Pazifik zum Atlantik gebaut. Diese Straße soll in wenigen Monaten eröffnet werden, um den Handel zwischen der Küste und Iquitos zu ermöglichen. Die Wirtschaft der Eingeborenen-Dorfsgemeinschaften hängt von der Lösung dieses Problems der Vermarktung unserer Produkte ab.

Das ganze Gebiet wurde von Händlern ausgebeutet, die nach Imacita kamen und eine Zwischenstation in Nieva hatten und heute in Salameriza leben. Die Händler kontrollieren den Handel im Gebiet der Aguaruna. Mit ihren Lastwagen und Booten befahren sie den Marañon zu günstigen Jahreszeiten und zwingen uns sehr niedrige Preise für unsere Produkte auf. Inzwischen ist das Handelsproblem durch die Organisation "Consejo Aguaruna y Huambisa" gelöst worden, die Vermarktungszentralen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte an jedem Fluß errichtet hat. Unsere Infrastruktur für den Handel muß sich auf die Organisation der Aguaruna stützen. Die Dorfgemeinschaften sind im Hinblick auf diese Zentrale in einem regionalen Wirtschaftskomitee organisiert.

Der Consejo Aguaruna y Huambisa

Der Consejo entstand aus der Notwendigkeit, die Aktivitäten der Aguaruna zu koordinieren zugunsten ihrer Unabhängigkeit und Entwicklung. Wir erkannten, daß individuelle oder getrennte Aktivitäten keine Grundlage für eine Einheit und auch nicht für gemeinsame Vorgehensweisen sein können. Nach verschiedenen Versuchen wurde der Consejo 1977 mit der Beteiligung von Delegationen von Cenepa, Marañon, Nieva und Santiago einschließlich der Huambisa gegründet. Seine Ziele sind folgende: In dieser ersten Phase der Konsolidierung des Consejo besteht seine Aufgabe darin,



konkrete Ziele festzulegen, die aus der gemeinsamen Diskussion entstehen:

1. Gemeinsame Aktivitäten aller regionalen Einheiten der ethnischen Gruppen in Bezug auf die sozioökonomische Entwicklung;
2. Untersuchung und klare Aussage über die eigentlichen Bedürfnisse der Aguaruna, um mit eigenen Kriterien die Prioritäten festzulegen und auf diese Weise unsere Naturvorkommen und die Hilfe von außen zu analysieren;
3. Übertragung von positiven Erfahrungen und Analyse der negativen Erfahrungen, die jede Dorfgemeinschaft erlebt hat, um Fehler zu vermeiden.
4. Einleiten neuer Schritte für die gemeinsame Entwicklung in den Fällen, in denen die Zusammenarbeit notwendig und/oder möglich ist;
5. Festlegen von Entwicklungskriterien, die von Hilfsorganisationen befolgt werden müssen;
6. Der Stärkung der eigenen ethnischen Identität und Wiederherstellung der Würde der Gruppe zu dienen;
7. Vertreter der Außenwelt gegenüber zu sein, um die Rechte der Aguaruna zu verteidigen und ungebetene Vermittler auszuschalten;
8. Informationsnetz für jede organisierte Einheit zu sein, um unter besten Bedingungen mit den gewonnenen Erfahrungen und den erreichbaren Techniken Fortschritte zu erzielen.

Das Problem Herzog

Im Februar 1979 kamen Vertreter der Filmgesellschaft "Wildlife Films Perú S.A." zur Siedlung Wawaim und gaben ihre Absicht bekannt, dort einen Film über den Kautschukhändler Fitzcarrald zu drehen. Dafür würden sie etwa 1.000 Männer, vorzugsweise langhaarig, Lebensmittel, Platz für das Lager usw. benötigen. Es sollte ein Weg, 10 Meter breit und 2,5 km lang gebaut werden, welchem Hütten, Gemüsegärten und Kakaoanlagen zum Opfer fallen würden. Das Dorf Wawaim hat 2.648 Hektar, die durch eine Verfügung vom 8.11.1975 zugesprochen worden sind. Die Deutschen der Filmgesellschaft hatten bereits 1978 das Dorf überflogen, um Aufnahmen zu machen und waren bei einer zweiten Flug im Hubschrauber gelandet. Sie hatten das Gelände abgesehen, um den Verlauf

des geplanten Weges zu bestimmen. Wir wurden nicht um Erlaubnis für das Projekt gefragt....

Am 5.7.1979 trafen die Leute der "Wildlife Films" zur Durchführung des Projekts ein. Als sie nach Unterkunft fragten, stellte man sie zur Rede. Herzog wurde vor den Einwohnerrat gerufen, um sein Anliegen zu erklären und verschiedene Fragen zu beantworten... Der Herr Herzog beantwortete, wer Fitzcarrald war, was er in der Region gemacht hat, über die getöteten Bewohner der Gegend etc. Er sagte, daß er nur einen Film machen wolle und dafür die Hilfe des Dorfes benötigte. Dafür bot er Tageslöhne von 1.000 Soles an ... (ca. 45.-- IM)

Die Gemeinschaft faßte den Entschluß, jede Hilfeleistung an Herzog abzulehnen, dieses mit folgender Begründung:

1. Die Gemeinschaft besitzt die Landtitel über 2.648 ha Gemeinschaftsland und wird vom Gesetz Nr. 22175, 13. Artikel geschützt.
2. Daß Fitzcarrald so viele Leute gepeinigt hatte, ist kein Grund dafür, jetzt alles im Spiel zu wiederholen.
3. Der Film würde ein falsches Bild von den Aguaruna und den Urwaldeinwohnern ins Ausland tragen.
4. Das Eintreffen von über 1.000 Leuten in der Siedlung (300 Einwohner) und der Bau des Weges würde das gesamte normale Leben behindern.

Daraufhin schlugen Herzog und seine Gruppe ihr Lager in 1,5 km Entfernung, außerhalb des Landes vom Dorf Wawaim, auf. Sie warben Arbeitskräfte aus den benachbarten Dörfern an. Sie boten einen Anfangslohn von 1.000 Soles und spätere Aufbesserung an. Als die Leute zu arbeiten begonnen hatten, verlangten sie die Lohnaufbesserung, erhielten sie jedoch nicht. Außerdem mußten sie ihre eigenen Buschmesser bei der Arbeit benutzen und erhielten weder Unterkunft noch Verpflegung. Sie arbeiteten bei der Filmgesellschaft, ohne die Autoritäten ihrer Dörfer um Einverständnis gefragt zu haben.

In Anbetracht dieser Situation beschloß eine Versammlung der Aguaruna-Dörfer der Umgebung, daß diejenigen, die bei der Filmgesellschaft ohne Genehmigung arbeiten würden, nicht mehr in ihr Dorf zurückkehren dürften, da sie 10 Monate lang für die eigene Tasche arbeiten würden, ohne an den Gemeinschaftsarbeiten, der Landbestellung sowie der Erziehung teilzunehmen... Viele kehrten daraufhin wieder in ihre Dörfer zurück, um die Sache mit dem Dorfrat zu klären. Die Deutschen mißverstanden dieses ... und sie sprachen von Todesdrohungen an die Arbeiter, die mit ihnen arbeiteten.

Am 13.7. wurde eine Generalversammlung für Wawaim einberufen. Die Leute der Filmgesellschaft führen zu einer naheliegenden Militärniederlassung und verlangten Hilfe. Es kamen 1 Hauptmann, 1 Offizier und zwei Soldaten. Sie stürmten in den Raum und brüllten: "Wer ist der Mann, der sich der Filmgesellschaft widersetzt? Welche Autorität weist diese Projekte zurück?" Es wurde auf jemanden gezeigt - der Hauptmann griff ihn an den Hals und zerriete ihn beiseite. Die Soldaten gaben Schüsse auf die Decke ab. Da ergriffen alle, außer 4 oder 5 Personen die Flucht. Der beschuldigte junge Mann wurde mit Gewehren bedroht. Er sollte mitgenommen werden, doch seine Mutter warf sich weinend dazwischen, zuletzt ließ ihn der Hauptmann frei.

Der Hauptmann setzte zusammen mit einem Mitglied der Filmgesellschaft ein Schriftstück auf, in welchem sich die Gesellschaft

sowie die Gemeinschaft verpflichtet, zusammenzuarbeiten. Männer der Gemeinde Wawaim wurden zur Unterschrift gezwungen. Als sie später dieses Dokument für ungültig erklärten, klagte die Filmgesellschaft die Mitglieder des Gemeinschaftsrates an, ihre Leute unter Druck zu setzen. Es gab verschiedene Festnahmen. Mitglieder der Filmgesellschaft kamen sogar in das Lokal des Rats der Aguaruna-Huambisa und boten Geld für die Zustimmung zum Projekt. Angesichts dieser Situation beriefen die Aguaruna eine Generalversammlung aller Dorfgemeinschaften der Region der vier Flüsse ein. Der gefaßte Beschluß, festgelegt in einem Dokument, datiert am 19.8.1979, welches die einstimmige Position aller Dorfgemeinschaften, die dem Rat der Aguaruna und Huambisa angehören darstellt, war die energische Ablehnung der Filmarbeiten in dieser Region und die Forderung an die peruanischen Autoritäten, die Rechte der Aguaruna geltend zu machen. Zur Begründung wurde u.a. angeführt:

- Die Filmgesellschaft beansprucht Arbeitskräfte und zerstört Waldbestände, beides lebenswichtige und begrenzte Ressourcen. Es besteht außerdem ein internes Verbot, diese begrenzten Rohstoffe an Fremde zu veräußern...
- Während der kurzen Vorbereitungszeit hat die Filmgesellschaft eine zerstörerische Wirkung auf das Leben der Dorfgemeinschaft gehabt ... Durch die Verleumdung der Dorfvorsteher und Delegierten war eine Ungleichheit entstanden.
- Die Aktivitäten der Filmgesellschaft haben den guten Ablauf der gemeinschaftlichen Arbeiten gestört und haben begonnen, in unsere sozialen Beziehungen den Geldaspekt hineinzutragen.
- Die Filmgesellschaft hat die massive und freiwillige Mitarbeit der Bewohner der verschiedenen Dorfgemeinschaften von den Flüssen Cenepa und Marañon sowie kokret die Mitarbeit von 1.500 Einheimischen gewünscht, die das Boot ziehen sollten. Diese Zahl ist in unserer Region (Cenepa) nicht vorhanden.
- Die Filmgesellschaft schaffte mit ihren Anklagen und Intrigen eine Schädigung der gesamten Dorfgemeinschaften und unserer eigenen Organisation, brachte die Delegierten untereinander in Streit und bereitete eine generelle nervöse Stimmung ...
- Wir wollen nicht als Einheimische zu wirtschaftlichen Zwecken dieses Schiff herumziehen, weil in früheren Zeiten unsere Brüder, die Machiguenga und Campa Opfer des Ausbeuters Fitzcarrald waren. "Es scheint, daß Herr Herzog erneut diese Machenschaften benutzt ..."

All dies bedenkend, haben die Unterzeichnenden folgendes beschlossen:

1. Die Aktivitäten der Filmgesellschaft schaden allen Dorfgemeinschaften der Aguaruna und Huambisa.
2. Der "Rat der Aguaruna und Huambisa" als oberstes Organ und Stimme dieser Siedlungen, die sich in dieser außerordentlichen Generalversammlung zusammengefunden haben, weisen total die Arbeiten der Filmgesellschaft in dieser Region zurück.

Wir bitten die Autoritäten, daß sie unsere Rechte, festgehalten im Gesetz Nr. 22175 Art. 23 respektieren helfen.
Napuruka, 19.8.1979.

Herzog dementiert

Am 25.8.1979 erschien ein Dementi von Herzog in vielen nationalen und internationalen Zeitungen. Herzog gab an, von den Aguaruna das schriftliche Einverständnis zu Filmarbeiten in



Dorfgemeinschaft Wawaim am Marañon
"Wir wollen Herrn Herzog nicht"

Wawaim erhalten zu haben. Er sagte weiter, daß anfänglich wohl Probleme bestanden hätten, die aufgrund von Gerüchten, die gegen ihn und sein Team in Umlauf gesetzt worden sind, zustande kamen. Er betonte, daß es falsch wäre, zu behaupten, die Filmgesellschaft würde einen Kanal zwischen die Flüsse Marañon und Cenepa graben lassen.

Weitere Aussagen von Herzog waren, daß der Vertreter der Dorfgemeinschaft von Wawaim, Evaristo Nugkuag nicht Vertreter wäre, nicht dort leben würde und dem Dorf nicht angehören würde, weiter, daß Nugkuag sehr fragwürdige, eigene Interessen vertreten würde... Wir haben das ignoriert, weil es für uns klar ist, daß ein Geldzugang für das Dorf wäre und nicht individuell wäre ... Herzog betont, daß er keine Invasion gegenüber der Aguaruna machen würde, weil diese zu den am besten organisierten Indianerstämmen in Peru gehören würden... Herzog wieder, daß alle Aguaruna auf den Versammlungen (ohne Ausnahme) mit moderner Kleidung erscheinen würden, einige mit T-Shirts mit einem John Travolta-Aufdruck ... Bekannt sind die Aussagen von Herzog "...ich halte es für beschämend, mich auf diese Weise rechtfertigen zu müssen, und hoffe, in Zukunft meine Energie für wichtigere und positivere Aspekte unserer Filmproduktion einsetzen zu können ..."

Der Rat der Aguaruna — Huambisa fordert die Respektierung seiner Rechte

Die Wawaim-Gemeinschaft und der Rat der Aguaruna-Huambisa wandten sich an die zuständigen Ministerien, mit allen legalen Mitteln, mit Eingaben an unsere Abteilungen bis hin zu den Spitzen der zuständigen Ministerien. Aber unsere Stimme wurde nicht gehört... Wir Aguaruna organisierten uns in dieser Zeit aber besser, so

wurden zwei Kommissionen gebildet: eine hatte die Aufgabe, die Reisen nach Lima zu unternehmen, dort die Öffentlichkeit zu informieren ... die andere sollte in andere Städte (Bagua, Chachapoyas etc) fahren, um von den Departmentsautoritäten Sicherheiten für die Dörfer zu gewinnen...

Es vergingen fünf Monate. Das "Herzog-Problem" nahm die gesamte Kraft der Aguaruna in Anspruch, doch die Anstrengungen blieben erfolglos. Währenddessen setzte die Filmgesellschaft die Arbeiten im Lager fort. Außerdem stellte sie einen Antrag an die Regierung, um eine offizielle Zusage für das Projekt zu erhalten. Der Präsident des Rates der Aguaruna-Huambisa (Evaristo Nugkuag) wurde zweimal in den Regierungspalast zu Gesprächen mit Beratern des Präsidenten und einem Vertreter der Filmkompanie geladen. Bei diesen Gelegenheiten versuchte man, ihn zu überreden, alle Vorschläge der Filmgesellschaft anzunehmen ...

Nach all diesen Vorfällen zogen die Aguaruna Bilanz: es war keine Unterstützung durch die Regierung erreicht worden. Zwar besaßen sie genügend physische Energie, um den Kampf noch 20 Jahre fortzusetzen, doch es gab kein Geld mehr für weitere Reisen nach Lima. Deshalb mußten sie ihre Probleme selber lösen ... mit den Mitteln, die in Übereinstimmung mit unseren Überlieferungen stehen und ohne uns auf die Hilfe von den nicht-indianischen Autoritäten zu verlassen ... Genau wie Herzog sagten diese auch immer, daß wir Aguaruna von fremden Agenten manipuliert würden... Bevor wir zur Tat schritten, mußten wir eine Analyse unserer wirtschaftlichen Situation und unserer physischen Energie machen ... Wir haben uns entschieden, das Lager der Filmgesellschaft von Herzog zu räumen ...



Evaristo Nugkuag, Präsident der Aguaruna y Huambisa beim Russell Tribunal, Nov. 1980 in Rotterdam

Im Morgengrauen des Samstag, 10.12.1979 näherten sich ca. 200 Aguaruna ohne Hilfe von einem Weißen dem Lager, um es zu nehmen. Es waren die Alten, die zuerst diese Entscheidung trafen, sie unterwies die Jüngeren hinsichtlich der Methoden und Taktiken, die von unseren Vorfahren schon praktiziert wurden... Sie trafen nach einem Plan am Lager zusammen, mit Angst, weil die Filmkompanie Waffen hatte. Die Aguaruna hatten kaum Waffen dabei, einige hatten Waffen dabei, um im Fall, daß von seiten der Filmgesellschaft geschossen wurde, sich verteidigen zu können. Ohne Gewaltanwendung wurden alle Hütten umstellt und alle Arbeiter der Filmgesellschaft wurden zu den Booten der Gesellschaft gebracht, so auch alle Wertgegenstände der Gesellschaft aufgeladen. Die Aguaruna wollten Herzog sprechen, aber er war nicht anwesend. Der Angriff endete ohne Gewalt, ohne jemanden wirklich anzugreifen... Die Aguaruna haben keine Sachen der Filmgesellschaft angerührt. Es waren, wie ein Arbeiter der Filmgesellschaft später aussagte, Mitglieder der Filmgesellschaft, die einige Sachen ins Wasser geworfen haben, um sagen zu können, daß die Aguaruna das gemacht hätten ... Dann mußten sie in der Booten der Filmgesellschaft zu einem nahegelegenen Dorf flußaufwärts fahren... Die Hütten des Lagers, einfach gebaut mit Blätterdächern, wurden dann angezündet. So endete das tolle Projekt von Herzog bei uns.

Folgen der Selbstverteidigung

Als Folge wurden die Aguaruna verklagt und sollten 25 Millionen Soles Schadenersatz zahlen. Die Regierung schickte zwei Kommissionen, um Nachforschungen anzustellen ... Beide kamen nach genauen Untersuchungen zu keinem Schlußspruch gegenüber den Aguaruna ... Wir erfuhren, daß im September 1980 Herzog mit dem neuen Präsidenten Belaunde eine Unterredung hatte, um eine Genehmigung zu den Filmarbeiten bei den Machiguenga am Fluß Urubamba zu bekommen.

Heutige Probleme der Aguaruna

Im Juni 1980 kamen Verantwortliche der Öl-Gesellschaft PETROPERU, um die unter dem gleichen Präsidenten Belaunde (1968) begonnenen Projekte weiterzuführen ... Auch sind verschiedene nationale und ausländische Firmen interessiert, nach vorhandenen Goldminen zu forschen ... All das beunruhigt uns sehr ... und wir bitten all diejenigen, die die Rechte der Indianer verteidigen, uns auch hier zu helfen, daß unsere Rechte nicht vergewaltigt werden ...

In gewisser Hinsicht haben wir Aguaruna durch das Problem mit der Filmgesellschaft gelernt. Heute fühlt sich der "Rat der Aguaruna und Huambisa" befähigt, sich ähnlichen Situationen erfolgreich entgegenzustellen: Herzog wollte unsere Organisation zerstören, aber er hat mehr dazu beigetragen, daß der Rat der Aguaruna und Huambisa mit verschiedenen Institutionen in Peru und in anderen Ländern Kontakt aufnehmen konnte...

(Anm.d.Übers.: Dieser Bericht wurde aus Platzgründen gekürzt. Der vollständige Artikel ist in der "Revista de Cultura", Nr. 3, Dez. 1980 - TAREA, Lima-Peru unter dem Titel: Nosotros los Aguarunas abgedruckt.)

Aufruf der Solidaritätskomitees in der BRD und West-Berlin
zu Zentralamerika zum

KONGRESS



GEGEN DIE INTERVENTION IN ZENTRALAMERIKA

vom 18. bis 21. März 1982
in Münster/Westf.

„In den USA wird wieder
öffentlich über militärische
Eingriffe zur „Befriedung“
revolutionärer Bewegun-
gen und Staaten in Zen-
tralamerika diskutiert. Die
in solchen Überlegungen
enthaltenen Drohungen
sind bisheriger Höhepunkt
im Umgang der Reagan-
Administration mit dem
Zentralamerikanischen
Raum und der Karibik.
Die Intervention ist be-
reits Realität.“

Die USA versuchen nicht
nur auf militärischer
Ebene, sondern auch mit
wirtschaftlichen und poli-
tischen Mitteln dem
Kampf um eine selbstbe-
stimmte Entwicklung ent-
gegenzutreten. Die Strate-
gie der Reagan-Regierung,
soziale Ursachen von Kon-
flikten zu leugnen und
jedes Vorgehen gegen
„Unruheherde“ mit dem
„Ost-West-Gegensatz“ zu

legitimieren, bestimmt bis-
her die politische Diskus-
sion im Westen.

Eine intensive Diskussion
der Hintergründe der US-
Strategie ist deshalb vor-
dringliche Aufgabe. Das
erfordert allerdings eine
verstärkte Zusammenar-
beit all derer, denen men-
schenwürdige Verhältnisse
und Frieden in aller Welt
nicht gleichgültig sind;
und ohne Information
weiterer Kreise der Öffent-
lichkeit über diese Zu-
sammenhänge wird nichts
verändert werden.

Die Solidaritätsbewegung
zu Zentralamerika bietet
mit dem Kongreß gegen
die Intervention in Zen-
tralamerika die Möglich-
keit zu einem Schritt in
diese Richtung.

Vorträge, Podiums-Diskus-
sionen sowie Arbeitsgrup-
pen sollen u.a. zu folgen-
den Themen stattfinden:

- Globalstrategie der USA
- US-Intervention in Zen-
tralamerika

- Politik der sozialisti-
schen Internationale
und der BRD-Regierung
in Zentralamerika
- Rüstungsexport/Arbeits-
platzsicherung
- Frieden und Befreiungs-
kampf

Das Arbeitsprogramm wird
durch ein ansprechendes
Kulturprogramm ergänzt.

Kommt zahlreich. Alle
brauchen Euch.

Veranstalter sind die In-
formationsstellen El Sal-
vador/Guatemala und
Nicaragua.

Informationen und An-
meldung bei: Sozialwissen-
schaftliche Studiengesell-
schaft Zentralamerika,
Herdingstr. 14, 4400 Mün-
ster.

18.–21. März 1982 in Münster

GUATEMALA

Wahlfarce

Am 7. März veranstaltet das Regime die Parodie einer Wahl, um ihren Führungswechsel vorzunehmen. Die Wahlen dienen in Guatemala schon traditionell zur Lösung der Machtkämpfe zwischen den Fraktionen der Oligarchie. Diesmal erhält der Wahlkampf noch eine besondere Bedeutung, da unter dem Druck der USA der Versuch gemacht werden soll, der guatemalteckischen Diktatur ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, damit die Reagan-Administration das guatemalteckische Heer massiv unterstützen kann.

1977 beschloß Präsident Carter angesichts der systematischen Verletzung der Menschenrechte in diesem Lande, die militärischen Hilfsprogramme einzufrieren. Auf Drängen Reagans autorisierte der Kongress im Juni 1981 die Entsendung von "non-lethal" (nicht-tödlicher) Militärausstattung, die bis dahin auch dem Embargo unterstanden (als ob Truppentransporter und Kommunikationsmittel nicht für die Repression gebraucht würden). Seitdem bemühen sich das State Department und das Weiße Haus bislang erfolglos um die vollständige Aufhebung des Embargos und um die Unterstützung der Diktatur mit Kriegsmaterial. Zahlreiche Besuche von Parlamentariern in Guatemala, selbst von konservativen Kongressabgeordneten und Menschenrechtsgruppen sowie Presseberichte haben klargestellt, daß die politische Verfolgung, die Repression und die Morde keineswegs in letzter Zeit abgenommen haben, sondern daß sie weiterhin zunehmen. Die guatemalteckischen Generäle haben mit der ungeheuerlichen Behauptung, daß jeder Reformansatz eine kubanische Konspiration sei, die selbst im Weißen Haus Hintermänner habe, und mit ihrer ausschließlichen über Leichen gehenden Krisenbewältigung zur Isolierung ihrer Sympathisanten im Kapitol beigetragen. Bei zahlreichen Anlässen hat das State Department Dokumente im Kapitol eingebracht, die eine Wiederaufnahme der Militärhilfe für Guatemala zu rechtfertigen versuchten, bisher blieben diese Versuche jedoch erfolglos. Angesichts dessen hat die Reagan-Administration nunmehr beschlossen, die Verbreitung von unliebsamen Nachrichten aus Guatemala zu behindern. Staatssekretär Alexander Haig äußerte vor einigen Wochen in einem privaten Gespräch gegenüber seinen Beratern, daß es für seine Politik unbedingt notwendig wäre, daß seine Landsleute nichts über die Ereignisse in Guatemala erführen. Gleichzeitig setzten Reagan-Mitarbeiter die guatemalteckische Regierung unter Druck, durch den Wahlkampf den Eindruck eines Abrückens von der jetzigen Politik des Präsidenten General Romeo Lucas Garcia entstehen zu lassen.

Der Wahlkampf wird jedoch durch Ereignisse getrübt, die für die nordamerikanischen Pläne nicht förderlich sein dürften. Das erste und für die nächsten Jahre sicherlich wichtigste Hindernis ist die Entwicklung des revolutionären Prozesses, der sich in der relativen Kontrolle einiger nordwestlicher Regionen und dem Vormarsch der Guerilla in anderen Regionen äußert. Selbst in der Hauptstadt wird ihre Präsenz immer spürbarer. Gleichermaßen haben die Guerillaoperationen an der südlichen Küste - dem Agroexportgebiet - , dem Osten und dem Nordosten zunehmend Erfolg. Dabei galt die Küste bislang als Bastion des Antikommunismus, während die nordöstlichen Gebiete wegen ihrer Erz- und Erdölvorkommen von vitalem Interesse für die Regierung sind. Trotz der intensiven Militärkampagnen und der Perfektionierung der 'counterinsurgency' - Techniken (angeleitet durch nordamerikanische, israelitische und argentinische Berater) sind Fortschritte in den sozialen und revolutionären Kämpfen festzustellen, auch wenn die Einheit der bewaffneten Organisationen sich noch nicht konsolidiert hat. Die Massenbewegungen wie die FP-31 (Frente Popular 31 de Enero: sich auf das Massaker in der spanischen Botschaft am 31.1.1980 berufender Zusammenschluß revolutionärer

* Übersetzung des Artikels "Elecciones: una farsa fraudulenta" von Gilberto Castañeda und Adolfo Aguilar Zinser, erschienen in der politischen Beilage "página uno" der mexikanischen Tageszeitung "Uno más uno" am 24. Januar 1982.

Massenorganisationen. Siehe: 'ila-info' Nr. 52, Januar 1982) und die Aufständischen beabsichtigen die Wahlen zu boykottieren, indem sie die Bevölkerung über den wahren Charakter des Prozesses aufklären und sie außerdem unmittelbar die Einrichtung von Wahllokalen verhindern wollen.

Guatemala ist das reichste Land der Region und seine Reichtümer werden von wenigen Familien kontrolliert. Dennoch häufen sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nicht nur das militärische Potential der Regierung im Kampfe gegen die Opposition schwächt, sondern auch die bereits unbedeutende soziale Basis der Regierung, die die Wahlen legitimieren soll. Im letzten Jahr sind die Investitionsraten und die internationalen Finanzreserven spürbar gesunken, während die Kapitalflucht zugenommen hat. Neben verschiedenen internationalen Faktoren bewirkt dieser Prozeß den beschleunigten Zusammenbruch der inneren ökonomischen Struktur. Das manifestiert sich in dem unaufhaltsamen Preisanstieg und einer Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, von der inzwischen über 50 % der Bevölkerung betroffen sind.

Die politische Krise verschärft sich nicht minder. Das zeigt sich nicht nur im Fehlen gemäßiger Alternativen, sondern auch in der drohenden Spaltung der monolithischen bürgerlichen und oligarchischen Machtstruktur, und es behindert die Entwicklung von Positionen, die von denen der Militärs abweichen. Die Raffgier und Korruption der Militärs, die sich tagtäglich größere Teile der nationalen Reichtümer aneignen, stärkt ihren Willen zur Machterhaltung und verhindert jeden Ansatz zur Überwindung der Krise durch einen breiten Konsens.

Das politische System Guatemalas ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es der herrschenden Klasse an einem Konzept für die Gesellschaft und den Staat mangelt, was sich in einer absoluten Intoleranz gegenüber jeglicher Art von Opposition äußert. Die einzige Aufgabe des Staates besteht in der Instrumentalisierung der Ausplünderung des Landes und des Ressourcenraubes sowie in der gewaltsamen Unterdrückung des Volkes. Die gegenwärtige Machtstruktur wurde mit der Söldnerinvasion der USA von 1954 aufgebaut.

Mit der Abkehr von der laizistischen liberalen Tradition, die für die herrschende Klasse in vorangegangenen Jahrzehnten charakteristisch war, hat das Regime die extremsten konservativen und konfessionellen Positionen aufleben lassen, und die Diktatoren festigten den Einfluß der kirchlichen Hierarchie. Hieraus entwickelte sich eine starre antikommunistische Ideologie und eine Oppositionsfeindlichkeit, die sich sogar gegen zaghaft dissidente Sektoren wendet.

Die Wahlen waren in Guatemala stets eine Farce. Die Wahlenthaltungen nehmen laufend zu, und das offenbaren selbst die offiziellen Statistiken, die trotz aller Vernebelungsversuche nicht die katastrophalen Wahlergebnisse verbergen können. Seit dem Putsch von 1954 hat kein Präsidentschaftskandidat mehr so viele Stimmen wie Jacobo Arbenz 1950 erhalten können. Darüber hinaus konnten die Präsidenten nur einen derart geringen Anteil der abgegebenen Stimmen erhalten, daß sie erst durch den Kongreß in ihr Amt eingesetzt werden mußten. Neben den massiven Wahlenthaltungen äußern viele Guatemalteken ihren Unmut durch die Abgabe ungültiger oder leerer Stimmzettel. (s. Graphik)

Die Wahlfarce ist die reinste Lotterie, bei der mit einigen Zetteln entschieden wird, welche Fraktion mit der Ausübung der Regierungsgeschäfte beauftragt wird. Seit 1974 kann man jedoch den Urnengang nicht einmal mehr als Lotterie bezeich-

Statistik zu den Wahlen in Guatemala

Jahr	Gewählter Präsident	Regierungs- koalition	Eingetragene Wähler
1966	Julio César Méndez Montenegro	PR	944 170
1970	General Carlos Manuel Arana Osorio	MLN - PID	1 190 499
1974	General Kjell Eugenio Laugerud García	MLN - PID	1 448 729
1978	General Fernando Romeo Lucas García	PID - PR - CAN	1 800 025

nen. Die Generalskamarilla ist zum schamlosen Betrug übergegangen, um zu verhindern, daß ihre Rivalen ihnen die Machterhaltung streitig machen. Der General Arana Osorio leitete das Verfahren ein, aus Militärs Oligarchen zu machen, indem er durch einen Wahlschwindel seinen Kandidaten General Kjell Laugerud García 1974 in den Sattel hob, und dieser machte das gleiche 1978 mit seinem Kollegen und Verwandten Romeo Lucas García. Lucas beabsichtigt nun die Macht an den General Aníbal Guevara Rodríguez zu übertragen, dem Ausführenden seiner repressiven Beschlüsse.

Die Wahl Guevaras als Kandidat des Frente Democrático Popular (FDP) ist das Ergebnis einer inneren Auseinandersetzung im Heere, aus der die repressivste Fraktion unter der Leitung von Lucas García siegreich hervorgegangen war. Die Option der Militärs koinzidiert nicht mit dem Interesse des State Department, den Anschein einer demokratischen Wahl zu wecken. Dennoch ist der Gegensatz zu Washington unerheblich, da die guatemaltekische Armee das zentrale Instrument der von der Reagan-Administration geförderten 'counterinsurgency'-Strategie ist und weil deshalb die Nordamerikaner nicht an einem Zivilisten interessiert sein dürften.

Guevaras Amtsantritt kann nur noch durch einen Mißerfolg seines Antiguerilla-kampfes in Frage gestellt werden. Guevara stellt sich den USA, deren Allianz für das Regime unerlässlich ist, als Reformist dar. Genau wie Lucas 1978 steht seine Rhetorik im vollständigen Widerspruch zu seiner Rolle als Verteidigungsminister.

Die herrschende Klasse in Guatemala, die sich aus der grundbesitzende Oligarchie, der an das ausländische Kapital gebundenen Bourgeoisie und der Heeresführung zusammensetzt, versucht eine relative Autonomie gegenüber Washington zu wahren und den USA die Bedingungen der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe aufzuzwingen. Seit Carters Menschenrechtspolitik haben die Militärs auf den Druck Washingtons nach politischen Reformen damit reagiert, daß sie alle Politiker beseitigt haben, die das State Department hätte unterstützen können, so daß jegliche Alternative zu dem gegenwärtigen repressiven Projekt ausgeschlossen bleibt. Die von der Regierung gestützten rechtsradikalen Terrorkommandos wie die "Mano Blanca" haben erfolgreich jede Beteiligung liberaler bis linker Politiker durch Mord und Terror unterdrücken können, so daß selbst die Democracia Cristiana sich nur mit einem MLN-Mann als Präsidentschaftskandidaten traut, an den Wahlen teilzunehmen. Angesichts dieser Tatsachen kann die Reagan-Administration auf keine politische Lösung drängen, die die Kohäsion der herrschenden Klasse gefährden könnte. Deshalb profiliert sich der Expräsident Arana Osorio als Vermittler zwischen den um die Regierungsgewalt ringenden Fraktionen. Er pflegt Beziehungen zum gesamten Parteienspektrum, kandidiert als Abgeordneter und wird mit Sicherheit Präsident des Kongresses. Die internen Widersprüche erlauben jedoch bis heute keine Voraussage über den Ausgang der WahlLOTterie. Der fällige Wahlbetrug könnte die Einheit der machthabenden Gruppen erschüttern, so daß die Möglichkeit eines Staatsstreiches nicht auszuschließen ist.

Das international fast vollkommen geächtete Regime Guatemalas bietet Reagan keine politischen Alternativen zur Legitimation einer militärischen Unterstützung. Deshalb kann der Präsident der USA nur unter Umgehung des Kongresses und der öffentlichen Meinung in Guatemala den "antikommunistischen" Feldzug fortsetzen, den er in El Salvador begonnen hat.

Abgegebene Stimmen	%	Stimmen für den Sieger	%	Ungültige Stimmen	%
531 288	56,27	209 204	22,16	64 060	6,7
640 684	53,82	251 135	21,10	61 360	5,2
727 079	50,19	298 953	20,64	57 059	3,9
764 838	42,49	269 973	15,00	126 723	7,0

GEGENÜBERSTELLUNG DER KANDIDIERENDEN PARTEIEN

Partei	Präsidenten-kandidat	Vizepräsident-schaftskandidat	"Wahlversprechungen" für 1982 - 86
MOVIMIENTO DE LIBERACION NACIONAL (MLN), mit der US-Invasion 1954 entstandene Partei faschistischer Prägung, gegründet von Mitgliedern des 'Ejército de Liberación Nacional'. Sie ist unter den traditionellen Großgrundbesitzern verankert und pflegt Kontakte mit den reaktionärsten Kreisen der USA, Resten der Somoza-Clique und den Diktaturen des südlichen Lateinamerika. Sie charakterisiert sich selbst als "Partei der organisierten Gewalt" ("partido de la violencia organizada") und kontrolliert paramilitärische Banden. Die MLN verlor zwischen 1970 und 1978 an "politischem" Gewicht.	Mario Sandoval Alarcon, oberster Chef des MLN seit den 50-er Jahren. Präsident des Kongresses von 1970 bis 1974, unter Laugerud Vizepräsident. 1978 denunzierte er die Wahlfälschung Lucas'.	Lionel Sisniega Otero, einer der führenden Söldner von 1954, mehrfacher Kongressabgeordneter. Gehört zu der härtesten Fraktion der MLN.	"DIE MILITARISCHE AKTION GEGEN DIE GEWALT HAT PRIORITÄT" "Die politische Gewalt wird in Guatemala durch externe Faktoren verursacht. Das Problem der Subversion muß mit allen Mitteln gelöst werden und dazu haben wir ein geeignetes Mittel: die Armee. Mexiko versorgt Guatemala mit Guerilleros und wenn die MLN an der Macht sein wird, werden wir ihre Lager auf mexikanischem Territorium militärisch angreifen." (Mario Sandoval Alarcon vor der Guatemalteckischen Handelskammer / "La Nacion", 20.10.81)
CENTRAL AUTENTICA NACIONALISTA (CAN), entstanden im Schatten der Präsidentschaft von Arana Osorio (1970 - 1974) als Central Aranista Organizada (CAO). In ihr kommen die Interessen der mit Arana liierten oberen Militärs, Politiker und Funktionäre zum Ausdruck. Die CAN agiert in der Politik ab 1974 als CAO und stellte Abgeordnete und Minister. 1978 konnte sie sich unter Laugerud als CAN konsolidieren, war jedoch nicht Bestandteil der offiziellen Koalition.	Gustavo Anzueto Vielman, in den USA graduiertes Architekt, Minister unter Arana. Er gilt als Gründer und aktives Mitglied der rechtsradikalen paramilitärischen "Mano Blanca".	Luis Alfonso Lopez, Rechtsanwalt und Generalsekretär der CAN seit ihrer Gründung und mehrmaliger Kongressabgeordneter. Er ist eine der wichtigsten legalen Stützen für die "unerklärliche" Bereicherung von Arana und seiner Vasallen, z. T. durch Drogenhandel.	"DAS KAPITAL IST DIE EINZIGE RETTUNG DES LANDES" "Das ausländische Kapital muß ins Land kommen und zusammen mit dem inländischen frei handeln und produzieren. Guatemala muß dem ökonomischen Modell Chiles folgen. Alle staatlichen Unternehmen werden privatisiert. Die Armee ist auf den Kampf mit einer in Libyen und Vietnam ausgebildeten Guerilla nicht vorbereitet." (Gustavo Anzueto Vielman vor der Guatemalteckischen Handelskammer / "La Nacion", 30.9.81)
FRENTE DEMOCRATICO POPULAR (FDP), im August 1980 konstituiert durch die Koalition der Regierungsparteien Partido Institucional Democrático (PID), Partido Revolucionario (PR) und dem Frente de Unidad Nacional (FUN). In ihrem Wahlkampf kritisiert sie den Ausrottungsfeldzug gegen das Volk, der schließlich von der Regierung durchgeführt wird, an der sie beteiligt ist. Die PID ist unter Enrique Peralta Azurdia (1963 - 1966) entstanden und beteiligte sich 1974 und 1978 an der Regierung. Die PR beruft sich auf die Tradition der Revolution von 1944, sie initiierte jedoch mit Julio César Montenegro (1966 - 1970) die anhaltende 'counterinsurgency'-Kampagne.	General Aníbal Guevara Rodríguez, Verteidigungsminister bis August 1981. Er ist ein Garant für die Kontinuität der Diktatur und direkt für die Repression in Guatemala verantwortlich.	Ramiro Ponce Monroy, Anwalt und Mitglied der Arana-Clique. Unter Laugerud (74 - 78) war er Kongressabgeordneter für die CAO, später Wirtschaftsminister.	"EINE NEUE ÄRA: DIE WIEDERENTDECKUNG DER REVOLUTION VON 1944 UND IHRE AKTUALISIERUNG" "Zwei grundlegende Probleme müssen gelöst werden: die Sicherheit und die Wirtschaft. Das Kapital und die Unternehmer brauchen für ihre Entwicklung den sozialen Frieden, und dieser wird erreicht, wenn die Mehrheiten weniger Unzufriedenheiten äußern und weniger Ungerechtigkeiten vorkommen. Die Guerilla darf nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln bekämpft werden, sondern auch durch sozio-ökonomische Aktivitäten. Das Heer steht alleine, häufig ohne Unterstützung durch die Zivilbevölkerung, einer erstarkten Guerilla gegenüber." (Botschaft von Ramiro Ponce Monroy an das Volk von Guatemala / "Prensa Libre", 27.9.81)
UNION OPOSITORA (UNO), im November 1980 entstanden aus einer Allianz der Partido Nacional Renovador (PNR) und der Democracia Cristiana (DC). Die PNR entstand Ende 1977 als Abspaltung des MLN, als sich Sandoval Alarcon einer Kandidatur von Alejandro Maldonado Aguirre widersetzte. Die DC entstand im Zeichen des Antikommunismus nach dem Putsch von 1954 mit Unterstützung der Kirche, sie entwickelte in den 60-er und 70-er Jahren progressive Züge, die sie heute allerdings wieder abgelegt hat.	Alejandro Maldonado Aguirre, Anwalt und Mitglied der MLN bis 1977, als er die PNR als Abspaltung der MLN organisierte. Er war Erziehungsminister unter Arana (70 - 74) und unter Lucas Botschafter an der UNO.	Roberto Carpio Nicolle, Publizist, mit der Zeitung "El Gráfico" verbunden, Mitglied der DC. Es heißt, er sei Leutnant im 'Ejército de Liberación Nacional' 1954 gewesen.	"GEWALT UND REPRESSION FÜHREN NICHT ALLEIN ZUR Zerschlagung der GUERILLA" "Die bewaffnete Subversion muß mit militärischen Mitteln bekämpft werden, aber das Ferment der revolutionären Kriege befindet sich in der sozialen und politischen Unterentwicklung. Es muß vermieden werden, daß die Imperialismen in unserem eigenen Lande herrschen." (Alejandro Maldonado Aguirre vor der Guatemalteckischen Handelskammer / "La Nación", 13.10.81)

Die Guerilla im Befreiungskampf Guatemalas

Falls überhaupt einmal Berichte aus Guatemala in den hiesigen Medien auftauchen, so sind dies meist Meldungen über von der Armee verübte Massaker oder spektakuläre Guerillaaktionen. Es entsteht so der Eindruck, als fände der Befreiungskampf im heutigen Guatemala ausschließlich auf militärischem Gebiet statt.

Dies ist insoweit richtig, als Militär und faschistische "Geheimarmeen" unter Einsatz von Napalm, Massakern, Mord und Folter einen blutigen Krieg gegen etwa 80% des guatemalteckischen Volkes führen. Richtig ist auch, daß aufgrund der starken Repression die meisten antidiktatorischen Aktivitäten von der Guerilla ausgehen.

Es bedeutet aber nicht, daß diese rein oder ausschließlich militärischer Art sind. Vielmehr haben alle vier z.Z. noch weitgehend autonom - wenn auch in ihren Aktionen z.T. koordiniert - agierenden politisch-militärischen Organisationen Guatemalas aus den Fehlern und Mängeln der Guerilla der 60er Jahre gelernt. Diese war nicht zuletzt an ihrer stark militärisch ausgerichteten Strategie (die führenden Kommandanten waren desertierte Armeeeoffiziere), an ungenügender Zusammenarbeit mit der mehrheitlich indianischen Landbevölkerung und an fehlender politisch-ideologischer Klarheit und Einheit gescheitert. Nach ihrer Zerschlagung Ende der 60er Jahre (mit Hilfe nordamerikanischer Antiguerillaexperten) zogen sich die Reste der Guerillabewegung als Stadtguerilla in die Hauptstadt zurück oder gingen "in die Berge", d.h. in das indianisch besiedelte nordwestliche Hochland.

Initiiert von diesen Kadern der alten Guerilla, jedoch mit verändertem organisatorischem und politischem Konzept, entstanden im Laufe der 70er Jahre vier neue, in unterschiedlichen geografischen Regionen agierende Guerillaorganisationen.

Unter ihnen besteht prinzipielle Einheit über die gemeinsame Strategie des "revolutionären Volkskrieges" und über die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern. Da jede der vier politisch-militärischen Organisationen ihre eigene Geschichte, Orientierung und Arbeitsmethoden hat, ist die Frage wie und auf welchem Niveau die Zusammenarbeit praktiziert werden soll noch nicht ausdiskutiert. Die Tatsache, daß die vier Organisationen in Größe und Schlagkraft stark variieren, kompliziert diesen Prozeß der Einigung noch.

Im folgenden wird der Versuch unternommen die vier Gruppen kurz zu charakterisieren, obwohl dies angesichts des z.T. großen Informationsmangels ziemlich schwierig ist, und anschließend den Einigungsprozeß und die vielfältigen Formen des Volkskrieges zu beschreiben.

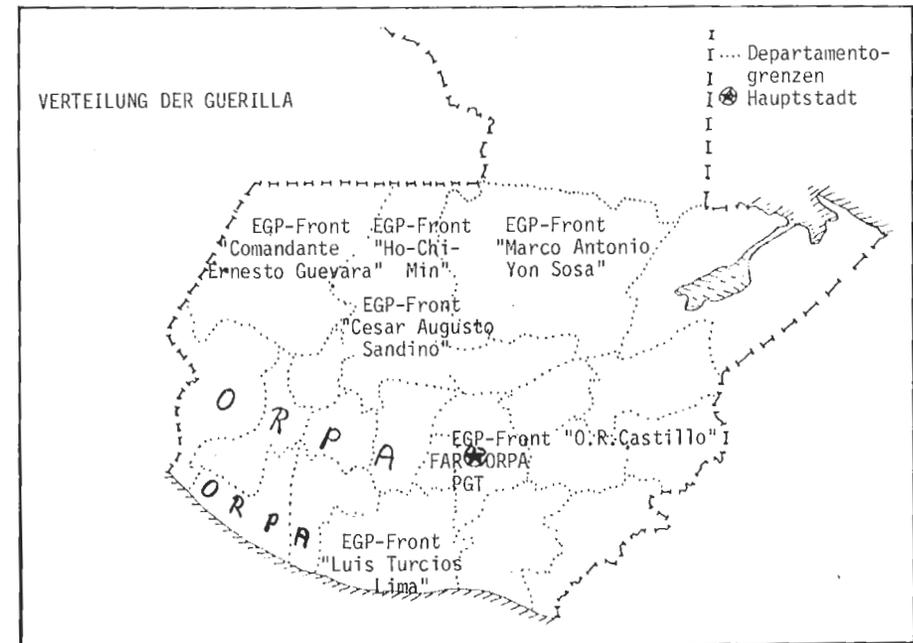


Die vier politisch-militärischen Organisationen

Das 'Ejército Guerrillero de los Pobres', EGP (Guerillaarmee der Armen) wurde Anfang 1972 von Überlebenden der alten 'Guerillafront Edgar Ibarra' und einigen revolutionären Christen gegründet. Ausgehend von einer auf eigenen Sozialstudien basierenden Klassenanalyse, die die traditionelle marxistische Theorie modifizierte, und beeinflusst vom vietnamesischen Experiment, erkannten sie in den armen Kleinbauern (Campesinos) die potentielle revolutionäre Kraft Guatemalas. Der zu 90% indianische Norden des Departamentos El Quiché war dabei zum einen ein ideales Terrain für den Guerillakampf (bewaldetes Bergland) und wurde zum anderen Anfang der 70er Jahre Auffangbecken für vertriebene Campesinos, die sich in der heute als 'Franja Transversal del Norte' bekannten Zone ansiedelten, Kooperativen aufbauten und dann von ausländischen Erdölkonzernen und aus der Armeeführung kommenden Großgrundbesitzern erneut bedroht wurden. Nach ersten Aktionen im Jahr 1975 setzte das EGP noch stärker auf die breite Verankerung im Volk und auf die Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte in Stadt und Land. Den größten Anteil im EGP stellen indianische Campesinos, daneben Arbeiter, Elendsviertelbewohner, Studenten und revolutionäre Christen. Obwohl das EGP den Volkskrieg als Klassenkampf versteht, hat es mit zunehmender indianischer Basis einen starken Akzent auf die soziokulturelle/ethnische Frage gesetzt. Ende der kulturellen Unterdrückung ist als Forderung dem Ende der Ausbeutung gleichgesetzt.

Inzwischen ist das EGP die größte und mit 6 Fronten am weitesten verbreitete Guerillaorganisation (siehe Karte). Seine Aktivitäten reichen von politischer Aufklärungsarbeit über den Aufbau von Selbstschutzverbänden bis hin zu groß angelegten Angriffen auf militärische Anlagen.

Die zweite stark ländlich und indianisch orientierte politisch-militärische Organisation ist die 'Organización del Pueblo en Armas', ORPA (Organisation des Volkes in Waffen). Diese Organisation erwuchs aus dem



'Regional de Occidente', einer Abspaltung der kommunistischen FAR-PGT von 1971. Obwohl dies ihre ursprünglichen Wurzeln sind, entwickelte sich mit der DRPA eine völlig neue Organisation, die in den vorherrschend indianischen Gebieten San Marcos, Totonicapán, Quezaltenango und Solola (Vulkanhochland und Anbaugbiet des Hauptexportproduktes Kaffee) arbeitet.

Beeinflußt von Schriften zur Theorie der nationalen Befreiung (z.B. von Fannon) und ihren eigenen 8-jährigen Untersuchungsergebnissen, entwarfen die Gründer von DRPA eine eigene Analyse der guatemalteki-schen Gesellschaft. Danach sind die Indios die bestimmende soziale Kraft des Landes und müssen demzufolge auch die führende Rolle im revolutionären Prozess übernehmen. DRPA begreift den Befreiungskampf als einen langfristigen Lernprozeß der über verschiedene Etappen des revolutionären Volkskrieges zu einer gerechten, von Ausbeutung und Rassismus freien Gesellschaft führen soll, in der das Land seinen Bearbeitern gehört.

Die Aktionen der im September 1979 erstmals öffentlich in Erscheinung getretenen Gruppe sind häufig "Besetzungen" von Ortschaften oder Fincas (Farmen) in deren Verlauf die jeweiligen Autoritätspersonen entwaffnet und die Kommunikationsmittel zerstört werden. Im anschließenden politischen "Meeting" wird die indianische Bevölkerung der Region in ihrer jeweiligen Sprache über die politische Lage informiert und die Ziele des Widerstands werden diskutiert.

Die 'Fuerzas Armadas Rebeldes', FAR (Bewaffnete Rebellenkräfte) haben eine wechselvolle Entwicklung durchgemacht. 1962 im Sinne einer Einheitsfront aus drei revolutionären, aber ideologisch uneinigen Bewegungen gegründet, nach Zwistigkeiten und Spaltungen Ende der 60er Jahre zerschlagen, zogen sich die Restverbände in die Hauptstadt oder in die schwer zugänglichen Berg- und Urwaldgebiete des Nordens (El Petén) zurück. Angesichts ihrer Erfahrungen im Petén während der frühen 70er Jahre, die durch Isolation und organisatorische Probleme gekennzeichnet waren, kehrten die Überlebenden nach Guatemala-Stadt zurück. Weiterhin ohne klare Strategie konzentrierte man sich hier auf eher terroristische Aktionen, versuchte aber gleichzeitig die Arbeit in der bis dahin stark von Christdemokraten kontrollierten Gewerkschaftsbewegung aufzunehmen. Um 1974, als ihr Konzept klarer und zusammenhängender wurde und unter dem Einfluß radikalisierten, Übergewechselter Christdemokraten, legte die FAR ihren Arbeitsschwerpunkt auf den Aufbau von Massenorganisationen, mit dem Ziel letztlich eine 'Proletarische Partei' zu gründen.

Durch die Arbeit im gewerkschaftlichen Sektor verankerte sich die FAR insbesondere unter den Arbeitern der Industriezonen, den Landarbeitern¹ auf den Plantagen der Südküste und in einigen Gebieten des ladinischen Ostens Guatemalas.

Als 1978/79 klar wurde, daß die demokratische Massenbewegung von den herrschenden Klassen und dem militarisierten Staatsapparat nicht länger toleriert werden würde, fasste die FAR-Leitung den Beschluß, die Arbeit zur Entwicklung einer eigenen Guerillabasis zu reaktivieren; woraufhin einige Mitglieder in den Petén zurückkehrten um die alten Kontakte wiederherzustellen.

Heute propagiert die FAR den revolutionären Volkskrieg auf der Grundlage des Arbeiter-Bauern-Bündnisses, mit den Arbeitern als Avantgarde und den Campesinos als Hauptkraft. Sie operiert derzeit im Petén (um Tikal), an der Südküste und in Teilen des Ostens und Nordostens. Neben der politischen Aufklärung tritt die FAR durch Bombenanschläge auf wichtige Infrastrukturbetriebe (z.B. Elektrizitätswerke), Gebäude (Industriekammer) und Polizeidienststellen in Erscheinung.

¹ Im Gegensatz zu den Indios - auch Indigenas oder Naturales genannt - sind die Ladinos ein Produkt westlicher Akkulturation ohne gemeinsame historisch-kulturelle Identität; ähnlich den Mestizen.

Die vierte der politisch-militärischen Organisationen ist die 'Partido Guatemalteco del Trabajo (nucleo consecuente)', PGT (Guatemalteki-sche Partei der Arbeit - Konsequenter Kern). Obwohl Teile der 1951 gegründeten (moskauorientierten) kommunistischen Partei auch schon in der Guerilla der 60er Jahre kämpften, geht der Kern der heutigen Organisation auf eine spätere Spaltung der PGT zurück. Teile der Basis und mittlere Kader trennten sich 1978 von der Partei, weil deren Führung trotz gegenteiligen Beschluß den bewaffneten Kampf nicht unterstützte und für den bürgerlich-demokratischen Weg zum Sozialismus plädierte. Obwohl die kleinste der vier Gruppen, hat die PGT (nucleo) eine nicht unwesentliche Basis unter den Landarbeitern an der Südküste und innerhalb der Arbeiterbewegung der Hauptstadt. Auch sie propagiert den revolutionären Volkskrieg, beschränkt sich in ihren Aktionen jedoch im wesentlichen auf Bombenanschläge und Attentate im hauptstädtischen Bereich.

Aufschwung und Einigungsbestrebungen der Guerillabewegung

Mit der Bekämpfung und Zerschlagung der alten Guerillabewegung wurde in Guatemala ein "Counterinsurgency-Modell" installiert, dessen Hauptziel die militärische "Befriedung" des Landes mit Unterstützung us-amerikanischer Antiguerrillaexperten und die Durchziehung eines "Nationalen Entwicklungsplans" mit Hilfe des internationalen Kapitals war.

Die Zuspitzung der sozio-ökonomischen Krise und die Zunahme des staatlichen Terrorismus gegenüber der Massenbewegung und der Landbevölkerung unter der seit 1978 im Amt befindlichen Regierung des Generals Lucas Garcia, stär(t)en den bewaffneten Widerstand. Das Scheitern der "Counterinsurgency-Politik" führte Ende der 70er Jahre zur Aufnahme des direkten staatlichen Terrors gegenüber allen oppositionellen Kräften und dabei insbesondere der indianischen Landbevölkerung.

Das Massaker von Panzos (1978), die blutige Niederschlagung des Oktoberaufstandes in der Hauptstadt (1978), die Ermordung der beiden führenden Sozialdemokraten (1979), das Massaker in der Spanischen Botschaft (1980) und die blutige 1. Mai-Demonstration von 1980 sind nur die wenigen auch in "unserer" Presse bekanntgewordenen Beispiele für die Institutionalisierung des Terrors unter General Lucas Garcia. Alle im breiten Oppositionsbündnis "Frente Democrático contra la Represión", FDCR (Demokratische Front gegen die Repression) seit Februar 1979 zusammengeschlossenen Gruppen mußten erkennen, daß der Widerstand gegen die wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten und gegen den Abbau demokratischer Rechte mit friedlichen Mitteln des Protests nicht mehr möglich war. Die Folge war (und ist) der Übergang zu klandestinen Arbeits- und Kampfformen, und damit eine Stärkung der Guerillabewegung.

Dieser Aufschwung förderte gleichzeitig die Verstärkung der Kontakte zwischen den vier politisch-militärischen Organisationen. Die lockere Koordination zwischen EGP, FAR und PST (nucleo) wurde im Oktober 1980 durch den Beitritt der DRPA erweitert und die Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués über die Verstärkung der Zusammenarbeit und Fortsetzung des bewaffneten Widerstandes war der erste Schritt zur Bildung der 'cuatripartita' im Januar 1981. Diese Viererkoalition zielt auf die Bildung eines vereinigten, gemeinsamen militärischen Überkommandos, sowie gegenseitige finanzielle und materielle Unterstützung, koordinierte Aktionen und regionale Aufteilung der Operationsgebiete (siehe Karte). Endziel ist die Aufstellung eines vereinigten nationalen Volksheeres im Rahmen der Strategie des revolutionären Volkskrieges und nach dem Sieg die Bildung einer revolutionären, demokratischen Volksregierung.

Von 'Hit and Run' — Aktionen zum revolutionären Volkskrieg

Verbreiterung der Guerilla, fortschreitender Einigungsprozeß und die damit verbundene verbesserte Koordination, führten im Sommer 1980 zur Intensivierung der Guerillaaktivitäten - insbesondere durch EGP und DRPA - und zur territorialen Ausdehnung der Kampfhandlungen auf 10 der insge-

samt 22 Departamentos Guatemalas. Hatte man sich bis dahin auf Propagandaaktionen, Dorfbesetzungen, Bombenanschläge und Entführungen reicher Persönlichkeiten beschränkt, so gab man nun diese eher defensiven Kampfformen auf und führte erste 'hit and run'-Aktionen gegen kleinere militärische Einrichtungen durch, legte Hinterhalte und unternahm Überfälle auf Militärkonvois. Wichtige Verkehrswege wurden blockiert, Brücken, Telegraphenämter und staatliche Büros zerstört, besonders aufgefallene repressive lokale Vertreter von Polizei und Armee ('jefes militares') erschossen.

Im Juli 1980 griff eine Einheit des EGP erstmals einen festen Armeestützpunkt an: die Militärkaserne in San Juan Cotzal im Dep. El Quiché. Hierbei verlor die Armee 35 Antiguerillaexperten ('kaibiles'), einen Offizier und 2 somozistische Ex-Gardisten.

In dem Maße wie sich der staatliche Terror entwickelte - von Entführungen und selektiven Ermordungen über wahllose Massaker bis hin zur totalen Zerstörung von Dörfern durch Bombardements - verstärkten und verbreiteten sich die Widerstandsformen des Volkes. Immermehr indianische Campesinos "gingen in die Berge", dann wurden ganze Familien, Sippen, Weiler, Dorfgemeinden und schließlich die von der staatlichen Repression am härtesten betroffenen Regionen insgesamt in die Guerilla integriert; wie dies z.Z. in den Dep. El Quiché und Huehuetenango der Fall ist.

Die bewaffneten Zusammenstöße mit dem Heer nehmen seit Ende 1980 ständig zu und veranschaulichen die Unfähigkeit der Militärdiktatur die Guerillabewegung unter Kontrolle zu bekommen. Allein für das 1. Halbjahr 1981 rechnet die Armee (inoffiziell) mit etwa 1.000 Toten und Verletzten, das sind 6% des 17.000 Mann starken Heeres. Offiziere des guatemalteckischen Heeres (aber auch der CIA) schätzen, daß mehr als 6.000 Guerilleros im Land operieren, immer offener und massiver unterstützt von Seiten der Indios. Das es nicht 60.000 sind liegt nach Meinung eines EGP-Kommandanten allein daran, "daß wir einfach noch nicht die Kapazität haben, um alle Leute, die sich organisieren wollen, aufzunehmen."

Trotz einiger propagandistisch ausgeschlachteter Erfolge der Militärs, wie die Aushebung mehrerer "geheimer Unterkünfte" in Guatemala-Stadt und die unter Drogen und Gehirnwäsche erpreßten Geständnisse zweier Persönlichkeiten des Widerstands, beweisen die darauffolgenden Aktionen der politisch-militärischen Organisationen, daß die Militärs den Widerstand des guatemalteckischen Volkes nicht mehr brechen können.

Die Propaganda- und Sabotageaktionen städtischer Volksmilizen und der Guerilla in der Hauptstadt anlässlich des Jahrestages der populistischen Revolution vom 20. Oktober 1944 und die Angriffe von jeweils 100-200 Männern und Frauen umfassenden Guerillaverbänden auf die drei Provinzhauptstädte Solola, Mazatenango und Escuintla am 28. Oktober stellen die bislang umfangreichsten Attacken der Volkskräfte dar.

Gleichzeitig startete die Guerilla mit Beginn der Erntezeit (Okt.-März) ihre Anschläge gegen den Agroexportsektor. Dabei ist der Kaffee aufgrund seiner Bedeutung für die nationale Wirtschaft (1/3 aller Exporteinnahmen) und als Haupteinnahmequelle der Militärdiktatur die Hauptzielscheibe (über die Exportsteuer finanzieren die Militärs ihre Waffeneinkäufe). Schon im letzten Erntejahr hatten Großgrundbesitzer und Staatsapparat durch die Vernichtung von Kaffee- und Baumwollagern merkliche Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Plantagen deren Besitzer nicht wenigstens den gesetzlichen Mindestlohn von ca. 7.-DM an ihre Saisonarbeiter zahlen werden besetzt, und die Finqueros werden hierzu gezwungen.

Aktionen dieses Ausmaßes zeigen, daß der Widerstand in eine fortgeschrittene Phase getreten ist: den revolutionären Volkskrieg.

Während sich die Angriffe der politisch-militärischen Organisationen bislang auf kleinere Orte und vereinzelte Aktionen in größeren Städten konzentrierten, wurden jetzt erstmals Provinzhauptstädte angegriffen, kurzfristig besetzt, sowie Banken, Regierungsgebäude und Kasernen zerstört. Vorgänge, die ohne die intensive Unterstützung durch die Bevölkerung nicht denkbar sind.

„Dieser Krieg wird lang oder kurz sein, aber der Sieg wird denen gehören, die die Unterstützung des Volkes haben.“

Besonders fortgeschritten ist die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Guerilla in einigen Regionen des westlichen Hochlands ('Altiplano'). Die EGP-Fronten "Comandante Ernesto Guevara" im Dep. Huehuetenango und "Ho Chi-Min" im benachbarten El Quiché umfassen heute organisatorisch den größten Teil beider Departamentos und es wird vereinzelt schon damit begonnen neue, revolutionäre Strukturen aufzubauen.

In dieser Phase der 'Generalisierung des Guerillakampfes' zeigen sich die vielfältigen Aufgaben des revolutionären Volkskrieges und die veränderte Struktur der Guerilla besonders anschaulich. Die ganze Bevölkerung nimmt am Krieg und den Bemühungen der Guerilla teil, obwohl aufgrund des Waffenmangels die wenigsten in feste Militäreinheiten integriert sind. Die anderen bilden die irregulären, lokalen Einheiten: die Selbstverteidigung, die Wachposten aufstellt, Hinterhalte legt, Postverkehr und Kommunikation zwischen den indianischen Gemeinden und den Guerillaverbänden garantiert oder Lebensmittel transportiert. Die dritte Form sind Produktionsaufgaben, d.h. die organisierte Bevölkerung bringt einen Teil ihrer Ernte an Mais, Bohnen und Kartoffeln ein, um die kämpfenden Einheiten zu versorgen.

Diese Vorgänge verdeutlichen, daß sich Struktur und Aufgabenbereich der Guerilla verändert - oder besser: entwickelt - haben: aus einer revolutionären, militärischen Gegenmacht sind politisch-militärische Massenorganisationen geworden, die in weiten Teilen des Altiplano in zunehmendem Maße nicht-militärische Aufgaben wahrnehmen. Ein Kommandant des EGP drückte dies so aus: "Das Volk wird Guerilla!" Damit entfällt auch die Trennung in militärische Untergrundorganisation auf der einen und demokratische Volksorganisation oder Partei auf der anderen Seite - zumindest im indianischen Hochland sind beide eins geworden.

Dort, wo die lokale Macht auch schon revolutionäre Macht ist, werden sämtliche Entscheidungen die das kommunale Zusammenleben betreffen, wie juristische Streitereien, Kontrolle und Bestrafung des Verbrechens, Eheschließung, Todesfälle etc. von den Vertretern der neuen Volksmacht getroffen. Obwohl diese Gebiete noch keine vollständig "befreiten Zonen" sind, da die feindliche Armee immernoch mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern Angriffe gegen die revolutionären Dörfer durchführen kann, werden hier die Wurzeln der neuen Gesellschaft gelegt.

Folgen werden weitere Schritte zur Festigung und zum Ausbau der Revolution, wie die Abstellung von Lehrern für Alphabetisierungskampagnen, Ausbildung von ärztlichen Hilfskräften zur Versorgung der Bevölkerung und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Landreform.

Kämpfe und Maßnahmen, die unbedingt unserer Solidarität bedürfen, sei es durch finanzielle und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegung in Guatemala oder durch die Stärkung der Antiinterventionsbewegung hier bei uns!

Darum spendet auf das Konto der Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Guatemala, Postscheckkonto München Nr. 200159-802, Stichwort "Befreiungsbewegung" und beteiligt Euch am "Kongreß gegen die Intervention in Zentralamerika", der mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern und Prominenten vom 18.-21. März in Münster stattfindet.

Quellen: Informationsdienst für Guatemala, Noticias de Guatemala, IDES, Guatemala-Nachrichten, Guatemala:Cristianismo y Revolución (EGP), Companero (EGP), TAZ, NZZ, FAZ.

alhi, Guatemala-Solidaritätsgruppe Münster

NICARAGUA

Über die wirtschaftliche Lage in Nicaragua

Dieser Beitrag stammt vom Direktor des Planungsministeriums Xabier Gorostiaga (Jesuit und Ökonom). Die folgenden Ausführungen sind vor Ausrufung des wirtschaftlichen Notstandes in Nicaragua entstanden und wurden von der Redaktion der LN erheblich gekürzt, weil in den Lateinamerika Nachrichten 94, S. 40-51 ein ausführliches Interview mit X.G. abgedruckt wurde. Die anschließenden Kommentare entstanden unter dem Eindruck des Ausnahmezustandes und wurden von uns vollständig übernommen.

Unser Wirtschaftsplan ist Teil einer globalen Strategie, die 1980 eingeleitet wurde. Diese Strategie definiert drei wirtschaftliche Hauptziele: Deckung der Grundbedürfnisse, wirtschaftliche Unabhängigkeit und ein neues Akkumulationsmodell.

Deckung der Grundbedürfnisse

Unser vorrangigstes Ziel ist die Deckung der Grundbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit, Bildung) unseres ganzen Volkes. Anstatt die Wirtschaft aus der Perspektive einer 5% igen Minderheit der Bevölkerung zu organisieren, wie es vor der Revolution war, versuchen wir dem Interesse der Mehrheit gerecht zu werden. Dies soll die Basis der 4-5jährigen Wiederaufbauphase sein, was aber nur mit einer neuen Umverteilung von Einkommen und Macht erreicht werden kann.

Bei fast 60% Analphabeten hatte die Alphabetisierungskampagne im Interesse der Armen absoluten Vorrang, obwohl — ökonomisch gesehen — die knappen Ressourcen hätten besser eingesetzt werden können. Für Bildung und Gesundheit geben wir heute mehr als das Doppelte aus, als Somoza 1978, dem Jahr seines höchsten Bildungs- und Gesundheits tats. Neue Arten der Bildungsmobilisierung wie die Kampagne der Erwachsenenbildung werden versucht. Die Schüler dieser Kampagne werden die Lehrer der nachfolgenden sein. Das Bildungssystem soll die gesamte Bevölkerung erfassen, denn wir sind uns darüber im Klaren, daß die geringe Zahl technisch und politisch gebildeter Menschen eines der Haupthindernisse im Kampf um die Erreichung unserer Ziele ist.

Im Gesundheitssektor fehlen uns die nötigen Mittel. Mit Aufklärungskampagnen über Krankheiten wie z.B. Malaria versuchen wir die Bevölkerung zu bestimmten Verhaltensweisen (Impfungen) anzuhalten, um mit den geringen Mitteln den größtmöglichen Erfolg zu erreichen. Bildung und Gesundheit sind zu einem Komplex vereint, denn Aufklärung über Krankheiten, gesunde Ernährungsprogramme u.a. sind Inhalte der Alphabetisierungskampagne. Wir wollen zeigen, daß Bildung und Gesundheit eine Frage des politischen Willens und nicht eine Frage der wirtschaftlichen Potenz ist.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit

Unser zweites Ziel des globalen Wirtschaftsplans Nicaraguas soll die Erreichung maximaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit sein. Bisher wurden 60% unserer Ex- und Importe mit den USA abgewickelt. In den letzten zwei Jahren haben wir diese Rate auf 30% reduziert und unsere Wirtschaftsbeziehungen diversifiziert. Nicaragua ist und bleibt abhängig, aber die einzige Möglichkeit, einigermaßen flexibel zu bleiben, liegt in der Verteilung unserer Abhängigkeit und der Multiplizierung unserer Auslandsbeziehungen. Anstatt zweigleisig, 60% für die USA und 40% für den Rest der Welt, wollen wir in Zukunft vielgleisig fahren. Im groben Raster gedenken wir unsere Wirtschaftsbeziehungen zu je 25% auf die USA, die anderen kapitalistischen Länder, die blockfreien Staaten und die sozialistischen Länder zu verteilen. Das ist das, was wir unter Abhängigkeitsverteilung verstehen.

Außerdem planen wir einen neuen Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt. Das alte Modell war ein von den Vereinigten Staaten gesteuertes Entwicklungsmodell mit dem Ziel die mittelamerikanische Region nach ihrem Interesse zu integrieren. Unser Streben ist auf ein unabhängiges Zentralamerika gerichtet, indem Nicaragua gleichberechtigtes Mitglied eines neuen mittelamerikanischen Marktes mit veränderten Voraussetzungen und Zielen wird.

Ein neues Akkumulationsmodell

Nachdem die beiden ersten Ziele erreicht sein werden, wird unser Hauptanliegen die Schaffung eines neuen Akkumulationsmodells sein. Bisher basierte unsere Wirtschaft auf den Interessen transnationaler Unternehmen und der Oligarchie unseres Landes. Da wir die Logik unseres Wirtschaftssystems verändert haben, haben wir auch die Struktur, d.h. das Akkumulationsmodell verändert. Mit unserem neuen Ernährungsprogramm bezwecken wir die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln (Mais, Reis und Bohnen). Wenn Nicaragua die Selbstversorgung erreicht hat, kann man an ausgeklügeltere Entwicklungsformen denken.

Techniker der Revolution

Wir sind bemüht vorrangig die Bedürfnisse der Mehrheit zu berücksichtigen, aber wir müssen sehr aufpassen, das uns unsere Techniker nicht zur Privatwirtschaft abwandern, die doppelt soviel wie die Regierung zahlt. Deshalb bieten wir ihnen besondere Anreize wie z.B. technische Weiterbildung, Mitbestimmung in Entscheidungsgremien, internationale Seminare und Kongresse und wir geben ihnen die Möglichkeit eine wichtige Funktion in der neuen sandinistischen Gesellschaft zu bekleiden.

Kommentare nach Verhängung des Ausnahmezustandes

Für den wirtschaftlichen Notstand, in dem sich Nicaragua z.Zt. befindet, gibt es viele Gründe; einer davon hat äußere Ursachen: die Devisen. 1981 hatten wir Importe in Höhe von 900 Mio. Dollar. Der Preis für Exportgüter wie Kaffee und Zucker nahm rapide ab, während die Preise der Importgüter stiegen. Der mittelamerikanische Markt steckt zur Zeit in einer tiefen Krise, die einen normalen Handel nicht mehr zuläßt. Es gibt keine Einnahmeüberschüsse mehr. 1980/81 gab es eine Kapitalflucht von insgesamt 120-140 Mio. Dollar, und sie geht auf eine Weise vorstatten, die bisher schwer zu kontrollieren ist. Unter anderen ist das einer der Gründe für den wirtschaftlichen Notstand. Es gibt weitere Gründe finanzieller, sozialer und militärischer Art.

Durch den Boykott des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der interamerikanischen Entwicklungsbank und der Zentralamerikanischen Bank (von der wir 60% unserer ausländischen Gelder erhielten), stecken wir in einer ernststen finanziellen Krise. Außerdem werden wir beim Rinder-, Zucker- und Bananenkauf boykottiert. Venezuela zieht sich immer mehr von Nicaragua zurück. Das ist sehr schwerwiegend in bezug auf den Erdölimport. Wir nehmen daher jetzt Beziehungen zu Libyen auf, um der Welt zu zeigen, daß wir daß wir vor keinem Vertragspartner zurückscheuen, um unsere Revolution zu retten. Wir versuchen, uns den Markt offenzuhalten um uns nicht an den sozialistischen Block ketten zu müssen; der Druck, der auf uns ausgeübt wird, treibt uns möglicherweise aber in diese Richtung.

Bevor wir mit der geplanten Mischwirtschaft anfangen, herrschte in Nicaragua das Wirtschaftsprinzip des "trickle down", unter dem die Gewinne der Reichen evtl. auch mal den Armen zugute kamen. Jetzt fördern wir eine Ökonomie des "trickle up", in der die Gewinne direkt der Mehrheit der nicaraguanischen Bevölkerung zugute kommen sollen. Diese Mehrheit sind die Armen des Landes.

In der Produktion gibt es ein großes Problem. Für jeden Dollar, der produziert wird, brauchen wir 60 Cents für importierte Rohstoffe. Die Sektoren, die nationalisiert wurden, haben uns erst einmal finanzielle Verluste gebracht. Die Lösung dieser Probleme brachte Arbeitslosigkeit. Die kritische Situation herrscht in Managua, wo fast 25% der werktätigen Bevölkerung arbeitslos ist, während auf dem Lande Arbeitskräftemangel herrscht. Das erfordert Dezentralisierung und Enturbanisierung.

Unsere Exporte versuchen wir durch Änderung der Ernährungsgewohnheiten aufrechtzuerhalten. So haben wir z.B. den weißen Zucker durch braunen ersetzt, Rindfleisch durch Schweinefleisch, Hühnerfleisch durch Fisch. Solche Veränderungen sind schwer zu realisieren und stoßen auf großen Widerstand der Bevölkerung. Eine gehörige Portion Bewußtseinsarbeit ist da erforderlich.

Eine andere Schwierigkeit ist der prekäre Lebensstandard. 250 Ärzte und 400 Ingenieure haben das Land wegen zu niedriger Gehälter und politischen Befürchtungen verlassen. Das geht zu Lasten der Produktion und der sozialen Dienstleistungen. Wir hatten die Inflation zwar von 80% auf 27% gesenkt; jetzt ist sie aber wieder auf 35% gestiegen. Selbst nichtverderbliche Güter wie Radios und Bügeleisen sind um 300% teurer geworden. Der Wohnungsbau ist ein Problem, das nicht mit herkömmlichen Methoden zu lösen ist. Eine Möglichkeit wäre, die Leute in kontrollierter Weise Brachland besetzen zu lassen und sie mit Hilfe der Regierung in Form von Baumaterial, Wasser- und Stromversorgung und technischer Hilfe ihre eigenen Häuser bauen zu lassen. Auf diese Weise könnten die Mittel des Landes gestreckt und mehr Häuser gebaut werden. Im Moment jedoch haben wir dieses Problem noch nicht gelöst.

Und es gibt ein militärisches Problem, das nicht zu unterschätzen ist. 1000 Ex-Nationalgardisten leben in Trainingslagern in Florida und Texas, 6000 in Honduras. 3000 Misquito-Indianer haben die Grenze nach Honduras überquert. In Honduras und El Salvador halten sich 50 argentinische und 50 chilenische Militärberater auf, von den US-Militärberatern ganz zu schweigen. Es hat eine intensive Rekrutierungskampagne für Chicanos in die US-Armee gegeben und nicht zuletzt die gemeinsamen Manöver von USA und Honduras vor der honduranischen Küste. Viele erwarten eine Intervention in Nicaragua, obwohl wir einen Einmarsch mit amerikanischen Soldaten für unwahrscheinlich halten. Eine logi-

sche Taktik wäre aber die kontinuierliche Bedrohung von Honduras und der Atlantikküste aus, besonders zur Erntezeit. Wir denken daran, die Armee als Erntehilfe einzusetzen, da wir da nicht genügend Arbeitskräfte haben werden. Wenn die Zusammenstöße mit den Ex-Nationalgardisten jedoch zunehmen, versperrt sich uns diese Möglichkeit.

Aufgrund des wirtschaftlichen Notstandes sind eine Reihe von Gesetzen erlassen worden, die im Ausland möglicherweise nicht leicht zu verstehen sind. Eines davon ist z.B. das Gesetz über die Kommunikationsmittel. Kraft dieses Gesetzes ist die Zeitung "La Prensa" wieder für zwei Tage geschlossen worden. Aufgrund der Rolle, die "La Prensa" unter Somoza spielte, hat die Zeitung ein gutes Image und Prestige bewahrt. Vor ca. 1 1/2 Jahr spaltete sie sich jedoch, und die Mitarbeiter der traditionellen Oppositionsrichtung gründeten eine neue Zeitung: El Nuevo Diario. Nur der äußerste rechte Flügel blieb in "La Prensa" und behielt den alten Namen bei. (s. LA-Nachrichten vom Feb. 81) Laut Heritage Foundation und dem Dokumentationszentrum von Santa Clara - zwei der berühmtesten berüchtigten "think tanks" hinter Reagan - gibt es drei wichtige Gruppen der nicaraguensischen Opposition: die Hierarchie der Kath. Kirche, "La Prensa" und die sog. "Freien Gewerkschaften".

Die Aufgabe von "La Prensa" ist es, ein Klima der Konfusion zu erzeugen, und das macht diese auf technischem Niveau beste Zeitung des Landes sehr gut. Sie präsentiert die Situation Nicaraguas täglich als totales Drama. Die Regierung hat keine Möglichkeiten, dagegen etwas zu unternehmen. Ihr einziges Mittel ist, "La Prensa" für ein oder zwei Tage zu schließen. Natürlich kapitalisiert die Zeitung das als Verfolgung der Meinungsfreiheit und gewinnt dadurch internationale Unterstützung und Popularität unter den Gegnern der sandinistischen Regierung. Würde die Regierung "La Prensa" wegen Falschinformationen mit einer Geldstrafe belegen, benutzte sie dieses als Vorwand, Geldsammlungen bei ihren Lesern durch zu führen, und würde dabei möglicherweise noch Gewinne erzielen. "La Prensa" ist ein schwieriges Problem. Die Regierung könnte die Zeitung ganz verbieten, will jedoch auf dieses Mittel möglichst nicht zurückgreifen, da die Zeitung für einen solchen Schritt nur dankbar wäre. "La Prensa" hat die Unterstützung des Kath. Primus von Nicaragua Mons. Ovando y Bravo, einiger einflußreicher internationaler Presseagenturen und nutzt diese politische Macht zu Täuschung und Destabilisierung. Temporäre Schließungen der Zeitung sind keine Lösung des Problems und ein totales Verbot wäre politisch kaum tragbar. Die Regierung wird sich eine bessere Lösung ausdenken müssen, um mit diesem Problem fertig zu werden. Ein anderer Punkt sind die Streiks. Ich war und bin gegen Streikverbot als Notmaßnahme. Die Regierung hätte eine klügere, einfühlsamere und populärere Politik machen müssen, als Streiks und Landbesetzungen zu verbieten. Aber unter dem Druck der Ereignisse ist der Spielraum auch eingegrenzt, und unter starker äußerer Pressure kommen nur selten bedachte und entspannte Maßnahmen zustande.

Was war der Grund für die Erlassung des Anti-Streikgesetzes? Die kommunistische Gewerkschaft CAUS hatte die größte Textilfabrik des Landes, Fabritex, besetzt und blockierte die Produktion. Das war das Problem mit der Linken. Das Problem mit der Rechten ergab sich durch die Busfahrer von Managua, die keine Fahrkarten ausgeben wollten, mit denen die Linien hätten kontrolliert werden können. Ohne Fahrkarten aber können die Busfahrer mit den Linien praktisch machen, was sie wollen. Die Regierung mußte eine Position der Stärke einnehmen, um dieser Probleme Herr zu werden.

Ohne die Disziplinierung der Arbeiter wären Produktionsrückgang und Kapitalflucht ausgeübt und nicht zu bewältigen gewesen. Das neue Gesetz ist unpopulär, aber es ist ein Produkt der schwierigen ökonomischen Situation, in der sich Managua z.Zt. befindet. Es ist auch schwierig, das Gesetz den Solidaritäts- und Volksbewegungen und demokratischen progressiven Kräften zu erklären, weil es nach totalitärer Maßnahme aussieht, was es aber nicht ist. In jenem Moment war es ein Erfordernis, die Disziplin unter den Arbeitern zu dekretieren und gleichzeitig eine nicht maßlose Position der Stärke gegen den Privatsektor ein zu nehmen.

(Quelle: die von Jesuiten herausgegebene venezolanische Monatszeitschrift "sic" vom Jan. 1982)



EL SALVADOR

Aus Salvador geflohen, in Honduras gefangen

600.000 Salvadorianer sind auf der Flucht. 300.000 von Dorf zu Dorf und in den Städten innerhalb El Salvadors, die anderen ziehen in die Nachbarländer Honduras, Guatemala, Costa Rica, Nicaragua und Mexico.

In Honduras befinden sich zur Zeit etwa 70.000 Menschen in Flüchtlingslagern, 40% von ihnen sind Kinder, 40% Frauen und 20% sind alte Menschen.

In La Virtud, einem Lager an der Grenze von Honduras zu El Salvador leben 20-22 Menschen in jedem der 150 Zelte, die auf einem Platz in der Größe eines Fußballfeldes errichtet wurden. Sie bestehen aus Plastikplanen für LKWs, die bei Tag nicht gegen die Hitze und bei Nacht nicht gegen die Kälte des Gebirges schützen.

—Das Essen besteht nur aus Mais und ab und zu ein paar Bohnen oder Reis.

—Es gibt keine Wasserversorgung, das Wasser muß von weit her angeschleppt werden.

—Die hygienischen Verhältnisse sind katastrophal.

Das Leben in diesen abgeschlossenen Lagern kann kaum als Überleben bezeichnet werden.

—Unterernährung

—Infektionskrankheiten und Epidemien

—schwere Mangelkrankheiten breiten sich aus, die Kindersterblichkeit ist erschreckend hoch.

—Die medizinische Versorgung, wenn es sie überhaupt gibt, ist minimal und längst nicht ausreichend.

Zu den existenziellen internen Problemen der Menschen in den Lagern kommt die ständige Bedrohung von außen.

Die salvadorianische Armee, paramilitärische Vereinigungen und das honduranische Heer dringen mit offizieller Genehmigung der honduranischen Regierung, mit Erlaubnis der örtlichen Offiziere in die Lager ein, vergewaltigen Frauen, foltern, entführen Menschen und ermorden sie.

In den Lagern die noch offen sind, kommt die Hilfe von der honduranischen Bevölkerung. Selber bettelarm, teilen die Bauern in den Grenzgebieten ihre Hütten, Lebensmittelvorräte, Äcker kurz alles, was sie besitzen, mit den Flüchtlingen. „Ein Vorgang beispielhafter Solidarität“ (Prof.

N.Greinacher, katholischer Theologe an der Universität Tübingen). Zum anderen kommt Hilfe für die Flüchtlinge von internationalen Hilfsorganisationen (einige sogenannte „Hilfsorganisationen“ wie „World Vision“ arbeiten aber auch mit dem CIA zusammen). Diese Hilfsorganisationen versuchen durch medizinische und Lebensmittelversorgung menschlichere Bedingungen zu schaffen. Sie sind oft die Einzigen, die durch ihre Anwesenheit und internationale Kontakte Übergriffe auf Lager erschweren.

Das stillschweigende Einverständnis der Nachbarregierungen von Honduras und Guatemala sowie der USA, das sich im Schweigen der internationalen Presse widerspiegelt, unterstützt die Politik des salvadorianischen Regimes und vermehrt die Angst und Unsicherheit in den Lagern.

„Ein Arzt, der in einem Flüchtlingslager arbeitet, hat in einem langen Gespräch zwei Sätze gesagt, die ich nicht vergessen kann: „Die Interessen der Flüchtlinge stehen an letzter Stelle... Wer bis zum Kern des Flüchtlingsproblems hier vorgestoßen ist, der wird umgebracht.““ (Greinacher)

Eine neue Eskalation der Unsicherheit und Gewalt in den Lagern findet seit Anfang dieses Jahres statt: die Aktion „Die Grenze reinigen“. Dazu schreibt am 23./24.1.82 der Tübinger Theologe Prof. N. Greinacher in der Süddeutschen Zeitung:

..... Vor allem die Grenzgebiete auf der honduranischen Seite sollen von den Flüchtlingen aus El Salvador, aber auch von honduranischen Campesinos, den Helfern der Hilfsorganisationen und den internationalen Beobachtern „gereinigt“ werden. Warum wohl?

Die Vertreter des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen in Tegucigalpa berichteten uns, daß die honduranische Regierung zuerst für Flüchtlingslager möglichst nahe an der Grenze war, dann aber zu der Zeit, als die nordamerikanischen Militärberater der Reagan-Administration Mitte des Jahres 1981 auftraten, auf einmal für eine Verlagerung mehr ins Landesinnere plädierten... Einem glaubwürdigen Zeugen, mit dem wir sprachen, wurde ein Papier überreicht, das eine angebliche US-Journalistengruppe, in Wirklichkeit waren es nordameri-

kanische Militärberater, in einem Hotel vergessen hatte.... Es enthielt einen strategischen Plan zu Händen der honduranischen Regierung, in dem dieser vorgeschlagen wurde, die salvadorianischen Flüchtlinge ins Landesinnere zu verlegen, damit die vereinten Armeen von Guatemala, Honduras und El Salvador die salvadorianischen Freiheitskämpfer durch eine „Aktion Sandwich“ in die Zange nehmen zu können unter Ausschluß der Öffentlichkeit.... Die Aktion soll Anfang Februar beginnen.“
Die Verlegung der Flüchtlinge ins Landesinnere bedeutet die Verlegung in Konzentrationslager: 20.000 Menschen wie Vieh zusammengepfercht, ohne fließend Wasser, unter unmenschlichen hygienischen Bedingungen von honduranischem Militär strengst bewacht.

Wir werden siegen - FMLN

Interview mit Joaquin Villalobos, einem Mitglied des Generalkommandos der FMLN

Ausschnitte aus einem Interview mit einem Comandante der FMLN, Joaquin Villalobos, das er Ende Dezember kurz nach den brutalen Massakern der Junta-Armee gab.

Die Massaker in Morazan

Kommandant, es gibt Gerüchte, daß eine hohe Zahl an Zivilbevölkerung bei dieser Operation des Heeres gegen Morazan umkam. Können Sie das bestätigen?

Wir verfügen über Informationen, daß das Heer an verschiedenen Orten Massaker in fast unglaublichem Umfang beging. Unsere Genossen von der Frente Nor-Oriental untersuchen dieser Tage die Einzelheiten und werden sie über das Radio bekanntgeben. Aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, daß zwischen 700 und 1000 unbewaffnete Leute der Zivilbevölkerung in El Mozote und anderen Orten umgebracht worden sind (Inzwischen haben sich diese Informationen bestätigt, die Zahl der Toten liegt bei über 1000, s.a. Berichte in Ides 66 und 67, d. Übersetzer)

Was folgt daraus politisch für die FMLN? Befürchten Sie nicht, daß das salvadorianische Volk sagen könnte, daß das revolutionäre Heer nicht fähig ist, der Zivilbevölkerung Schutz zu bieten?

Bevor ich diesen Punkt anspreche, betrachten wir, was das Heer bei dieser Operation erreicht hat: nämlich seine eigene militärische, politische und moralische Zermürbung. Und diese drei Elemente haben genau mit ihrer Frage zu tun, ob die FMLN fähig ist, die Massen zu verteidigen oder nicht.

Ich glaube, von militärischen Gesichtspunkte her ist es unmöglich, die Bevölkerung im physischen Sinne in ihrer Gesamtheit zu verteidigen.

Wenn die FMLN die Verantwortung hat, die Interessen des Volkes zu verteidigen, heißt das: die Pflicht, voranzuschreiten, entweder diesen Krieg

zu gewinnen, oder sich in einen Machtfaktor zu verwandeln, der die Rechte des Volkes garantiert, was nicht unbedingt auf militärischem Wege geschehen muß.

Diese Pflicht erfüllen wir. Das Heer antwortete auf das Nicht-Erreichen seiner Ziele mit der Ermordung von mehr als 700 unbewaffneten Personen bei der Operation.

Für eine Region wie Morazan, wo die Bevölkerung nicht sehr zahlreich ist, sind das ja unheimlich viele Leute...

Es gibt keinen Vorläufer für diesen Typ von Massaker. Das bedeutete eine totale Demoralisierung für sie, da sie ja außerdem nichts erreichten. Wenn das Heer außer der Ermordung dieser etwa 700 Leute erreicht hätte, einen noch so kleinen Teil der Truppen der FMLN zu vernichten, hätten sie von einem relativen Sieg sprechen können.

Aber eine Bevölkerung zu ermorden, die sich nicht einmal mit unseren Einheiten bewegten, während sie den Kräften der FMLN und tausenden von unbewaffneten Leuten, die sich mit ihr bewegten, nicht mehr als acht Verluste bei den Mitkämpfern, und keinen einzigen bei der Bevölkerung zufügen konnten, genau das zementiert noch mehr die Gründe, warum die Leute kämpfen.

Sie sagen also, daß diese Erfahrung die Unterstützung des Volkes, die die FMLN in dieser Zone besitzt, nicht zerbrechen wird, sondern sie sogar noch verstärkt?

HINTERGRUND

Bald werden in Berlin eine Reihe von Informationsplakaten fertiggestellt sein, die für Informationsstände oder als Wandtafeln einen Überblick über die Situation El Salvadors vermitteln.

Ihr könnt diese Plakatreihe bestellen bei dem Berliner El Salvador Komitee

e/o FDCL,
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12

„Waffen für El Salvador“
Postcheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65
Bisher sind
2.563.976,29 DM
eingegangen.

HINTERGRUND

Sie wird sich aus einem Grund erhöhen: die FMLN ist im Begriff, zu einer anderen Phase des Krieges überzugehen, wir akzeptieren keine defensive Phase mehr. Im Gegenteil, als das Heer unsere Positionen in Morazan angriff, ging unsere andere Front im Osten, die südliche, zur Gegenoffensive in den strategischen Zentren des Feindes über. Das ist ein moralisierender Faktor für die Massen. Die Antwort in den Stadtteilen und Außenbezirken San Salvadors war die gleiche... Was der Kampf unser Volk kostet, dessen sind wir uns bewußt. Das alles zeigt mehr die Schwäche des Heeres als sein Stärke und Fähigkeit, da sie nicht dort zuschlagen können, wo sie zuschlagen müssten. Im Gegenteil machen sie Aktionen, die sie notgedrungen auf internationaler Ebene immer mehr isolieren, was beweist, daß unser Volk allen Grund hat zu dem Kampf, den es führt. Sie selbst machen klar, daß die einzige Alternative, die wir haben, um zu garantieren, daß die Interessen des Volkes wahrgenommen werden, der bewaffnete Aufstand ist.

Die Wahlen

Das meistdiskutierte politische Thema im Moment sind die Wahlen. Die FMLN/FDR äußerte über ihre politisch-diplomatische Kommission: „Die Wahlfrage wird durch die revolutionären Kräfte politisch-militärisch zerstört werden.“ Dazu einige Fragen: erstmal grundsätzlich, warum wird das Wahlprojekt als Farce bezeichnet?

Unter den aktuellen Bedingungen ist es unmöglich, anzunehmen, daß die sogenannte „Wahlösung“ wirklich eine politische Lösung ist. Sie ist nur der Mantel für eine militärische Lösung und wird nicht zum Frieden führen. Der entscheidende Faktor, warum es keinen Frieden geben wird, ist, daß die FMLN an diesen Wahlen nicht teilnehmen wird, da sie die Bedingungen für ihre Durchführung nicht akzeptiert.

Wir äußerten das schon in einem Kommuniqué unserer Generalkommandantur: wir werden vor, nach und während der Wahlen kämpfen.

Inwieweit unterstützen Sie die These, daß die Wahlen nur ein Vorwand sind, um den Krieg zu verlängern?

Das ist augenscheinlich. Die Pläne, eine neue schnelle Eingreiftruppe zu formieren - das sind 1000 Soldaten und 500 Offiziere, die die Nordamerikaner in den USA und der Panamakanalzone trainieren werden -, sind bekannt. Außerdem versprochen sie dem salvadorianischen Heer mehr Geräte für die Luftwaffe, von Helikoptern bis zu Flugzeugen. Momentan suchen sie eine Möglichkeit, ihnen Flugzeuge vom Typ A-37 zu liefern, wie die, die sie schon in Morazan einsetzten. Sie

sind Verhandlungen mit mehreren amerikanischen Ländern, die über diese Flugzeuge verfügen, wie z.B. Guatemala, Venezuela, Honduras, Argentinien, Kolumbien und die USA.

Glauben Sie, daß das Heer die Wahlen ausnutzt, um Zeit zu gewinnen, und um seine Truppen zu verstärken, oder werden sie ihre Säuberungsoffensiven fortsetzen?

Tatsächlich müssen sie sie fortsetzen. Gleichzeitig müssen sie durch unsere Aktionen in den wichtigsten Städten Angst bekommen, weil sie genau da ihr Wahlspektakel abziehen wollen.

Der Vulkan Guazapa

Es läßt sich voraussagen, daß der Guazapa-Vulkan jetzt für sie zu einem wichtigen Ziel wird, durch seine Nähe zu San Salvador, das das Hauptzentrum der Wahlaktivitäten sein wird. Die Guerillafront von Guazapa, nur 25 km von der Hauptstadt, ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Junta und für die großen Fähigkeiten, die die revolutionäre Bewegung entwickelte. Möglicherweise wird es das Zentrum ihres militärischen Wahlkampfes sein, zu verhindern, daß diese und die anderen Guerillafronten die Initiative behalten, und zur Offensive übergehen. Sie wollten Radio Venceremos zum Schweigen bringen und erreichten das nicht. Sie werden es aber mit Sicherheit wieder versuchen. Gerade der Charakter ihres Wahlprojektes erlaubt es ihnen nicht, ihre Offensiven einzustellen. Aber wir denken unter keinen Umständen daran, in die Defensive zurückzukehren.

Welches wäre eine politische Lösung?

Eine wirkliche politische Lösung muß mit Verhandlungen zwischen den am bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien beginnen. Auf der anderen Seite beansprucht die FMLN/FDR auch nicht, der einzige und hauptsächlichste Teil einer Lösung zu sein. Wir halten uns für einen Teil eines gemeinsamen Projektes, das zusammen mit allen Kräften, die für den Frieden in diesem Land sind, aufgebaut werden muß.

Welche Kräfte könnten an einem gemeinsamen Projekt mit der FMLN/FDR teilnehmen?

Alle, die bereit sind, mit uns zu verhandeln, und die einverstanden sind, daß die FMLN/FDR Teil einer politischen Verhandlungslösung sein muß. Wir wissen, daß es Kräfte gibt, die die FMLN/FDR nicht als Teil akzeptieren, und die nie aufgehört werden müssen, darauf zu bestehen, daß wir vernichtet werden müssen.

Wir sind überzeugt davon, daß es sie innerhalb des Heeres gibt, möglicherweise im Innern selbst der Christdemokratie und in den neuen politischen Parteien. Innerhalb einiger dieser Gruppen gibt es noch den tatsächlichen Glauben, daß die Wahlen

zum Frieden in diesem Land führen könnten. Wir weisen darauf hin, daß sie nicht dazu führen werden, da der Frieden in diesem Land nur dadurch möglich ist, daß die beiden kriegsführenden Parteien zu einer Lösung kommen: nämlich wir und das momentane Heer, das sich uns entgegenstellt.

Diese politischen und sozialen Gruppen werden natürlich andere Interessen vertreten als die Gruppen, aus denen die FMLN/FDR besteht. Wenn Sie ein gemeinsames Projekt mit diesen Gruppen anvisieren, bedeutet dann nicht die Entscheidung den Krieg fortzuführen, daß sie als militärische Kraft ihr eigenes, schon definiertes Projekt, das als Demokratisch-Revolutionäre Regierung bekannt ist, aufzwingen wollen?

Nein, wir sehen den Krieg nicht als einzigen Weg der Lösung des Konflikts, noch als Weg, allen Kräften unsere Position aufzuzwingen. Wir vertreten nicht die Fortsetzung des Krieges, um auf Biegen und Brechen unser politische und soziales Programm zu verteidigen, sondern weil wir glau-

ben, daß die Wahlösung in dieser Situation nicht die Interessen des Volkes garantiert. Es muß ein politisches Projekt geben, daß außerdem den Frieden in der ganzen Region garantiert, Spannungen abbaut, und das dazu beiträgt, vor den Aggressionsgefahren zu bewahren, die nicht nur gegen unser Land, sondern auch gegen andere zentralamerikanische Länder und die Karibik bestehen.

Auf internationale Ebene werden immer noch beide Projekte für eine Lösung des salvadorianischen Konflikts diskutiert: die Wahlen und die Verhandlungslösung. Wie schätzen Sie die Unterstützung für das Projekt der FMLN/FDR ein?

Wir haben einen ernsthaften und verantwortlichen politischen Vorschlag gemacht und hoffen auf internationaler Ebene von allen Ländern, die uns unterstützen haben, oder die sich bis heute abwartend verhalten haben, ohne feste Position zu El Salvador, auf eine positive Reaktion.

Die Solidaritätskomitees mit El Salvador, Nicaragua und Guatemala, sowie die Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaften in der BRD rufen zu einer Zentralen Demonstration in Frankfurt auf:

Stoppt die US-Intervention in Mittelamerika! Gestern Vietnam — heute El Salvador

- Für den totalen Stopp der US-Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta El Salvadors
- Schluß mit den Drohungen und Destabilisierungsmaßnahmen der USA gegenüber Kuba, Nicaragua, Grenada ...
- Für die Anerkennung des FMLN/FDR durch die Regierung der BRD als einziger legaler Vertreter der Interessen des salvadorianischen Volkes

Zentrale Demonstration in Frankfurt
am 13. März 1982,

11.00 Uni-Campus (Bockenheimer Warte)

Gegen eine Intervention in El Salvador!

In letzter Zeit sind in den bundesdeutschen Medien verstärkt Berichte über die unmenschliche und grausame Völkermordpolitik der Militärjunta in El Salvador aufgetaucht. Sie machen das handfeste Agieren der USA in den Ländern Zentralamerikas und der Karibik deutlich und entlarven die scheinheilige politische Doppelmoral der US-amerikanischen Regierung, die mit ihrem Engagement zur Situation in Polen davon ablenken will, daß sie seit langem, seit dem Amtsantritt Reagans jedoch verstärkt und in unterschiedlicher Weise in den Ländern Mittelamerikas und der Karibik interveniert.

Während in Nicaragua über den CIA und Teile der einheimischen Bourgeoisie versucht wird, den Wiederaufbau nach der Somoza-Diktatur zu destabilisieren und durch Wirtschaftsboykott zu ruinieren, werden in Guatemala und Honduras die Militärregierungen unterstützt und in Honduras ehemalige Somoza-Nationalgardisten von amerikanischen Militärs auf einen Einfall in Nicaragua vorbereitet.

Kuba, das seit 1962 einem Wirtschaftsboykott ausgesetzt ist und andere Staaten der Karibik sind in letzter Zeit verstärkt Sanktionen und militärischen Aktionen durch die USA ausgesetzt.

All diese Aktivitäten sind Bestandteile der sogenannten "counter-insurgency-Strategie", einer Neuaufgabe der um die Erfahrungen der letzten Jahre angereicherten Strategie, die schon bei Vietnam eingesetzt wurde. Sie umfaßt alle politischen, ökonomischen und militärischen Mittel, um die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu zerschlagen.

Leider mußten erst Massaker in großem Stil bekannt werden, damit die Situation in diesem zentralen Brennpunkt der Weltpolitik von den Medien in angemessener Weise aufgegriffen wurde.



Kongress gegen die Intervention in Zentralamerika

Die drei Informationsstellen, Guatemala, Nicaragua und El Salvador veranstalten in der Zeit vom 18. bis zum 21. März in Münster einen Antiinterventionskongress mit folgendem Schwerpunkt veranstalten:

„Die gesellschaftlichen Probleme Zentralamerikas im Zusammenhang mit Ost-West- und Nord-Süd-Problematik

In dem reichhaltigen Programm werden unter anderem diese Themen bearbeitet und diskutiert.

- Globalstrategie der USA
- US-Intervention in Zentralamerika
- Politik der Sozialistischen Internationale und der BRD-Regierung in Zentralamerika
- Rüstungsexport und Arbeitsplatzsicherung
- Frieden und Befreiungskampf

Genauere Informationen und Anmeldungen:

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika e.V.
Herdingstr. 14
4400 Münster
Tel. 0251-79 28 64

Die Interventionshandlungen der USA sind aber schon seit langer Zeit bekannt. Deshalb haben die Solidaritätsbewegungen der betroffenen Länder in der Bundesrepublik (Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Kuba) und in anderen Ländern Europas eine Anti-Interventionsbewegung ins Leben gerufen.

Diese Bewegung will in der Öffentlichkeit die Aktivitäten der USA stärker bewußt machen, das Verhalten der Bundesregierung kritisieren und verhindern, daß die USA aus dieser Region ein zweites Vietnam machen.

Die gemeinsame Plattform dieser Bewegung enthält konkrete Forderungen an die Bundesregierung:

- die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimen in Guatemala und Honduras abzubrechen,
- im Rahmen der internationalen Bemühungen zur politischen Lösung des Konfliktes in El Salvador offiziell beizutragen und das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept einer politischen Lösung unter Beteiligung aller benachteiligten Bevölkerungsgruppen anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie dies bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weitere Staaten der Blockfreien Bewegung getan haben.
- Nicaragua verstärkt, ohne politische Bedingungen, wirtschaftlich zu unterstützen,
- folgenden Forderungen der US-Regierung gegenüber Nachdruck zu verleihen:
 - + den Militärjuntas in El Salvador und Guatemala keine weitere Unterstützung zu gewähren,
 - + sich nicht in den Prozeß des Wiederaufbaus in Nicaragua einzumischen: keine Embargos; Auflösung der Ausbildungscamps von Exil-Somozisten; Aufhebung der Kreditsperren."

Diese Plattform wird u.a. unterstützt von Pfarrer Heinrich Albertz, Karola Bloch, Manfred Coppik, Helmut Gollwitzer, Günter Grass, J.B. Metz, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Rudolf Bahro, Ingeborg Drewitz, Peter-Paul Zahl.

Resolution gegen politisches Urteil

Am 13. Juli '81 wurden 4 Personen vor dem Amtsgericht Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von 4 Monaten verurteilt. Die Strafe wurde auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Den 4 Beschuldigten wird vorgeworfen, gemeinschaftlich Parolen an Hauswände, Telefonkästen etc. gesprüht zu haben. Dabei handelt es sich um Parolen hauptsächlich politischen Inhalts, die sich auf die augenblickliche Lage in El Salvador beziehen (z.B. "Freiheit für El Salvador", "Waffen für El Salvador", "Tod dem US-Imperialismus in El Salvador").

Die hiesige Justiz nahm diese "Sachbeschädigung" zum Anlaß, "ein Exempel zu statuieren", so die Forderung des Staatsanwalts.

So wurden sämtliche nach der Festnahme der 4 Angeklagten in der Stuttgarter Innenstadt auftauchenden Parolen diesen angelastet. darunter waren solche wie "Hallo Lutz, der Kampf geht weiter", "Ficken ist schön" und etliche Anarcho-"A"s. Insgesamt kamen 28 Parolen zur Anklage, obwohl das Delikt der Sachbeschädigung nur auf Strafanzeige des Geschädigten verfolgt wird und "nur" 14 Strafanzeigen vorlagen. Die Polizei bediente sich dabei eines unüblichen Verfahrens, indem sie Geschädigte vor Ort ausfindig machte und diesen die Vordrucke für die Anzeigen aushändigte bzw. übersandte! So etwa nach dem Motto, jetzt haben wir 4 Personen festgenommen und lasten diesen sämtliche aufgetretenen Parolen an.

Der einzige angebliche Tatzeuge Manfred Holm, dessen Aussagen zur Festnahme der 4 Angeklagten geführt haben sollen, war für die Gerichtsverhandlung auf sehr mysteriöse Weise nicht auffindbar. Nach eigenen Angaben bei der Polizei erhielt er eine Woche nach der Festnahme der 4 Angeklagten eine Drohpostkarte (Postkarte mit rotem Anarcho-"A" und der Anschrift "an den Herrn mit dem braunen Cockerspaniel"), die er leider daraufhin vernichtet hatte! Er fühlte sich durch die Angeklagten bedroht und wolle vor Gericht nur aussagen, wenn die Angeklagten nicht anwesend sind. Fraglich bleibt, wie die Angeklagten an die Adresse dieses "Zeugen", dessen angebliche Anschrift bis kurz vor der Verhandlung unbekannt war, gelangen konnten. Auch unter der angegebenen Adresse ist der "Zeuge" den Hausbewohnern unbekannt.

Die Mehrzahl der Parolen wurde erst 4-5 Tage nach der Festnahme von der Polizei festgestellt und ebenfalls den Angeklagten zur Last gelegt.

Die vor Gericht anwesenden Zeugen, ausschließlich Polizisten, konnten nichts darüber aussagen, wer die Parolen gesprüht hatte, da sie niemanden dabei beobachtet hatten. Bei der Festnahme wurden lediglich 2 Farbdosen gefunden und Farbspuren an den Händen festgestellt.

Ein beauftragter Schriftsachverständiger kam zu dem Schluß, daß sein Gutachten für eine Verurteilung nicht herangezogen werden kann.

Aufgrund der mehr als abenteuerlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sowie fehlender Beweise wäre ein Freispruch zwingend gewesen. Dennoch verhängte das Gericht eine Freiheitsstrafe von 4 Monaten auf 3 Jahre Bewährung. Es erfüllte nicht die zynische Forderung des Staatsanwalts nach einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung, ließ aber kaum einen Zweifel daran, daß dieses unerhörte Urteil aufgrund der politischen Motivation gefällt wurde. In der Begründung führte das Gericht aus: " Mit einer Geldstrafe, auch in höherem Ausmaß, konnte der Strafzweck nicht erreicht werden. Die Verhängung einer kurzen Freiheitsstrafe ist zur Verteidigung der Rechtsordnung hier erforderlich. Angesichts des Umfangs der angebrachten Farbschmierereien und der , da politische motivierte Handlungen vorliegen, bestehenden Wiederholungsgefahr, würde die Allgemeinheit die Verhängung einer Geldstrafe als unangebrachte Milde empfinden."

Der Staatsanwalt, der Berufung vor dem Landgericht einlegte, begründete dies folgendermaßen: " Es ist der Bevölkerung völlig unverständlich, wieso bei diesen Angeklagten, die ihre Tat aus politischer Überzeugung begangen haben und von denen insoweit keinerlei Einsicht oder Änderung künftigen Verhaltens zu erwarten ist, ein evtl. "Wohlverhalten" der Angeklagten geprüft werden soll (bezgl. Bewährung). Die Annahme des Gerichts, es sei zu erwarten, daß sich die Angeklagten künftig straffrei führen würden, ist in Anbetracht des ideologischen Hintergrunds der Tat als geradezu naiv zu betrachten." Diese Formulierungen zeigen deutlich, welche Absicht hinter diesem Urteil steht. Das Urteil soll abschrecken. Rechtsstaatliche Kriterien vorschobend wurde das Delikt Sachbeschädigung angeklagt, für deren Begehung allerdings nicht der geringste Beweis erbracht werden konnte, verurteilt wurde der politische Inhalt der Parolen. Es wurde ein politisches Gesinnungsurteil gefällt.

Vergleicht man hierzu die relativ milde Vorgehensweise der Justiz gegenüber dem sogenannten "Sprayer von Zürich" oder, und da wird es besonders deutlich, gegenüber Schmierereien von Neofaschisten, dann wird der politische Charakter des Urteils sowie der Verhandlungsführung offensichtlich.

Deshalb wenden wir uns, gerade auch im Namen der Freiheit des unterdrückten Volkes von El Salvador, gegen dieses Gesinnungsurteil und erklären uns mit den Verurteilten solidarisch. Wir fordern die Aufhebung des Urteils und Freispruch für die Verurteilten Jürgen Bieniek, Sibylle Höckh, Daniele Höckh und Meinrad Koch.

Gnadengesuch für Brigitte Heinrich

Wir drucken an dieser Stelle eine Presseerklärung des KOMITEES FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE ab (entnommen aus iz3w Nr.98)

Sensbachtal, 18.11.1981: Nachdem der "normale" Rechtsweg in Sachen Brigitte Heinrich ausgeschöpft ist, haben der Theologe Prof. Dr. H. Gollwitzer, der Politologe Prof. Dr. W.-D. Narr und der Sekretär des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Klaus Vack bei dem zuständigen Bundesland Baden-Württemberg an die Adresse des Ministerpräsidenten Lothar Späth ein Gnadengesuch gerichtet. Der Ministerpräsident wird ersucht, "das Ergebnis des normalen Rechtsweges durch einen "normalen Rechtsakt zu korrigieren", - d.h. zu veranlassen, daß die gegen Brigitte Heinrich verhängte Freiheitsstrafe nicht vollstreckt wird.

In einem 10-monatigen Prozess und einem Vorverfahren, das das Leben von Brigitte Heinrich nahezu 10 Jahre überschattet hat und nachdem sie bereits mehr als vier Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, während der eine lebensgefährliche Lymphdrüsenentzündung auftrat, wurde Brigitte Heinrichs bereits am 25. Juli 1980 durch das Landgericht Karlsruhe zu 21 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Nach einem Beschluß des Dritten Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 7.10.1981 wurde die Revision gegen das Landgerichtsurteil als "unbegründet verworfen", da die "Nachprüfung des Urteils aufgrund der Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten ergeben hat".

Das gesamte Verfahren gegen Brigitte Heinrich und das extrem harte Urteil - obwohl die Vorwürfe nicht erwiesen und Freispruch bei Haftentschädigung einzig und allein angemessen gewesen wären - werfen die grundsätzliche Frage auf, wie es mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Grundsatz "im Zweifel zugunsten des Angeklagten" in der Bundesrepublik bestellt ist.

Bereits 1971 wurde Brigitte Heinrich drei Wochen in Untersuchungshaft genommen wegen "Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung". Die Anschuldigung mußte fallengelassen werden und Brigitte erhielt später Haftentschädigung. 1974 wurde Brigitte Heinrich bei der "Aktion Winterreise" erneut verhaftet. Ein Verfassungsschutzspitzel hatte Brigitte H. und anderen während dieser Aktion Verhafteten unhaltbare Dinge angedichtet, so daß der Haftbefehl 1976 fallengelassen werden mußte. Da hatte aber Brigitte schon mehrere Monate Untersuchungshaft hinter sich und nur aufgrund der gefährlichen Lymphdrüsenentzündung wurde ihr Haftverschonung gewährt.

Die ursprünglichen Anschuldigungen wurden jedoch nicht fallengelassen, sondern es wurde ein neuer Haftbefehl ausgestellt, mit dem Vorwurf "Waffenschmuggel" und wieder § 129 ("kriminelle Vereinigung").

In dem nun folgenden Verfahren (das von Frankfurt nach Karlsruhe verlegt worden war) kam es zu merkwürdigen Vorkommnissen, die verdeutlichen, auf welchen tönernen Füßen auch die neuerlichen Beschuldigungen gegen Brigitte standen. Nicht nur der Zeuge Egloff hat als einziger direkter Tatzeuge ausgesagt, daß Brigitte H. nicht daran beteiligt war, als aus schweizer Armeebeständen gestohlenen Tretminen über die grüne Grenze in die BRD geschafft wurden. Einer der beiden anderen Zeugen, der als einziger Brigitte Heinrich anhand eines Lichtbildes identifiziert hat, widerrief bei seiner Vernehmung in der Schweiz seine belastende Aussage, weil diese unter Druck zustande gekommen war und er in dieser Situation alles durcheinander geworfen habe. Der andere Zeuge war auch für die Staatsanwaltschaft ohne Belang, da er nicht mal in seinem eigenen Verfahren Brigitte Heinrich erkennen konnte. Die entscheidende Beweisaufnahme fand im Ausland unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die angeblichen Mittäter wurden in Zeugen gegen die Anklage verwandelt; man vertauschte beliebig Angeklagte und Zeugen. Als der Schweizer Zeuge Egloff in Karlsruhe aussagte, daß Brigitte Heinrich als Täterin der ihr vorgeworfenen Straftat nicht in Frage kommt, wurde er - trotz vorher zugesichertem freien Geleit - aus dem Zeugenstuhl heraus ins Gefängnis gesteckt.

Da es der Staatsanwaltschaft nicht gelang, die Brigitte Heinrich vorgeworfenen Straftaten faktisch zu beweisen, mußte eine dem Rechtsstaat geradezu widersprechende Rechtskonstruktion herhalten: Schaut man sich diese Biographie von Bri-

gitte Heinrich an, dann muß sie es gewesen sein. (Brigitte Heinrich beteiligte sich bereits in den 60er Jahren an den Ostermärschen, sie war aktiv im SDS und ist Verfasserin von Büchern und Zeitschriftenartikeln, die die Bundesrepublik des Imperialismus in der Dritten Welt anprangern; sie beteiligte sich auch weiterhin an verschiedenen linken Aktivitäten gegen Terrorregime in der Türkei, Brasilien, Chile oder Iran, am Angela Davis-Kongreß, an einem Kongreß "Freiheit für Angola, Mozambique und Guinea", am Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der BRD u.a.)

Dies war weder ein Tatsachen- noch ein Indizienprozeß, sondern ein Gesinnungsprozeß. So geriet auch die Staatsanwaltschaft so sehr in die Zwickmühle, daß sie im Verlaufe des Prozesses Brigitte Heinrich schlicht aufforderte, sie sollte ihre "Tat" gestehen, was unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nur als der Versuch interpretiert werden kann, Brigitte Heinrich zu einer Falschaussage zu verleiten. Nachdem das Urteil des Landgerichts Karlsruhe durch den Dritten Strafsenat bestätigt wurde (siehe oben), ist es nun rechtskräftig. Somit besteht die große Gefahr, daß Brigitte Heinrich trotz ihres schlechten Gesundheitszustandes - inzwischen hat sie sich ein Gallenleiden zugezogen, das eine Operation erforderlich macht - in einem Gefängnis in Baden-Württemberg in den Vollzug genommen wird.

Brigitte Heinrich wird zwar einen letzten Versuch machen, den Rechtsweg voll auszuschöpfen und vor den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zu gehen. Aber bis Straßburg entschieden haben wird, dürfte Brigitte Heinrich ihre Strafe bereits verbüßt und diese mit großer Sicherheit nur mit neuen schweren gesundheitlichen Schäden überstanden haben. In dieser für Brigitte Heinrich ebenso verzweifelten wie gefährlichen Situation hat sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie (mit Zustimmung von Brigitte Heinrich) für ein Gnadengesuch bei Ministerpräsident Lothar Späth entschlossen, weil dies noch die einzige Möglichkeit ist, die akute Gefahr der Inhaftierung abzuwenden. Nur durch einen Gnadengesuch könnte in letzter Minute ein humanitärer Schlußstrich unter die Affäre gezogen werden. Das Komitee appelliert an Ministerpräsident Späth um der Gesundheit und der Achtung der Menschenwürde von Brigitte Heinrich willen.

Solidarität

„Ich habe mich keines Verbrechens schuldig gemacht“

Noch ein ganzes Jahr lang nach dem grausamen Putsch von García Meza (Juli 1980) arbeitete Genaro Flores in Bolivien im Untergrund weiter. Durch Zufälle entkam er seinen Verfolgern immer wieder. Er wurde zum meistgesuchten Oppositionellen, denn vom Untergrund aus trieb er die Reorganisierung des Gewerkschaftsdachverbandes COB und insbesondere diejenige der Einheits-Bauerngewerkschaft CSUTCB voran. Zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte wurde mit ihm ein Campesino zum obersten Gewerkschaftsführer gewählt. Während sämtliche anderen politischen Führer von seiner Rangordnung bereits gezwungen wurden, das Land zu verlassen, beharrte Genaro Flores darauf, im Land an der Basis weiterzuarbeiten.

Doch dann fiel er seinen Häschern in die Hände. Wie nachträglich bekannt wurde, sollte damals Genaro von den Militärs "auf der Flucht" erschossen werden. Der Plan mißlang, er wurde "nur" angeschossen. Nachdem er noch eine ganze Zeit seinen Folterern ausgeliefert war, wurde durch eine internationale Solidaritätskampagne seine Freilassung nach Frankreich erreicht.

In Paris mußte er aufgrund seiner schweren Verletzungen über ein halbes Jahr in einer Spezialklinik behandelt werden. Erst im Januar dieses Jahres konnte er entlassen werden. Querschnittgelähmt und ohne finanzielle Mittel (u.a. für einen Rollstuhl) ist Genaro F. heute auf den französischen Sozialstaat angewiesen und momentan gezwungen, in einem Pariser Behindertenheim zu leben.

Wie Genaro einer unserer Mitarbeiterinnen mitteilte, ist sein größter Wunsch, "so schnell wie möglich nach Bolivien zurückzukehren". Denn: "Ich habe mich keines Verbrechens schuldig gemacht. Ich habe nur für die Rechte und die Freiheit meines Volkes gekämpft". Die Rückkehr nach Bolivien ist unter den aktuell-herrschenden Verhältnissen ausgeschlossen. Genaro F. aber möchte zumindest nach Lima (Peru) oder Quito (Ecuador), denn dort spricht man seine Sprache, dort wäre er nicht ganz so weit von seinen Landsleuten entfernt. "Ich werde meine Identität nicht verlieren, aber hier in Paris bin ich zu weit von meiner Basis entfernt", so die Worte Genaros während dem bereits zitierten Besuch.

Wir meinen, daß es eine ungeheuer Schande für uns alle ist, daß Genaro F. bis heute keine finanziellen Mittel erhalten hat, um sich seinen schweren Umständen entsprechend, in einem lateinamerikanischen Land seiner Wahl niederzulassen. Geld wird benötigt für einen Rollstuhl, für Flugticket, für Lebensunterhalt und für einen Helfer seiner Wahl.

Wir rufen daher alle, insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder, dazu auf, für Genaro Flores zu spenden. Das Geld wird von uns direkt an ihn weitergeleitet.

Diese Kampagne wird auch von der AI-Zentrale in London unterstützt.



Spenden erbitten wir auf das Konto: Elfriede Kohut, PSA Berlin-West, Kto-Nr. 380087-108, Bolivienhilfe: Genaro Flores

Zeitschriftenschau

Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr.2/1982, Liebigstr.46, 355 Marburg 1

AIB-Aktuell: Vorwand Polen - Naher Osten: Begins Golan-Coup, der 8-Punkte-Plan des saudischen Prinzen Fahd und die Palästinafrage (Schwerpunkt) - Guatemala: Staatsterrorismus wie zu Zeiten der Inquisition - El Salvador: Die Märzahlen und das "My Lai" El Salvadors - Westsahara: Die USA verlängern den Westsahara-Krieg - Namibia: Verhandlungslösung durch Erpressung? - Thailand: Störbasis gegen Indochina - Laos: Interview mit Phoumi Vongvichit und Prinz Souvanna Phouma - BRD/3. Welt: Stimmen zum Rüstungsexport - Rückblick: Vor 55 Jahren: Gründung der Liga gegen den Imperialismus - Rezesnsionen, Infodienst, Kurzinformationen - Aufruf von Oliver Tambo zum 70. Jahrestag des ANC - Register 1981

Brasilien Nachrichten Nr.7-8 / 1981, CON-Vertrieb Westerdeich 38, 28 Bremen

Don Helder Câmara 50 Jahre Priester / Brasilianische Gewerkschafter wegen Streiks verurteilt: Insgesamt 29 Jahre und fünf Monate Gefängnis / SPD-MdBs zum Urteil / Hildegard Stahlkamp, Ronda Alta - Geschichte einer permanenten Vertreibung / INDIANER, FUNAI-Chef zurückgetreten u.a. / VW do Brasil contra katholische Kirche/ Ausweisung von Priestern wegen Einsatz für Recht? / Neues zu Itaparica / Einsatz für Kleinbauern unerwünscht / Neue Bücher und Zeitschriftenschau

Blätter des IZ3W Nr.99/82, Februar, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Multis: Multis erobern das Amazonastiefland / Internationales Netzwerk gegen Agrarmultis - Bangladesch: Verborgener Krieg in Bangladesch - Die armen primitiven - Schüler schreiben über Afrika: Der Kontinent der exotischen Wilden/ Der Kontinent der Armut und Unterentwicklung/ Die heile Dritte Welt/ Der Kontinent der Rassen-diskriminierung / Traumland Europa-Problemland Europa / Warum sind Vorurteile so hartnäckig? / Konsequenzen für Dritte Welt-Arbeit? - Philippinen: Zwischen Repression und Widerstand - Brasilien: "Unser Land für Land am Ufer des Sees" - Frauen: Prostitution in Bangkok / Aufruf zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe in Südkorea/ Zur Lage der iranischen Frauen - Tagungshinweise - Zeitschriftenübersicht

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr.5 /81, Postfach 2846, 2000Hamburg 50

Sexplotation: das Geschäft mit Asiens Frauen
US-Militärbasen und Prostitution / Prostitutionstourismus / Frauenhandel und Heiratsvermittlungsgenturen, Frauen in einer "freien Produktionszone" / Frauen in Südkorea / Portraits asiatischer Frauen

Forum 49, Magazinverlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Ent-Wicklung: Brief an unsere "Partner" aus Indien - Reaktionen FREIRE-BRIEF: Seminar-Berichte - Kinder - Buchbesprechung - Interview mit Große-Oetringhaus BUKO: Briefwechsel mit dem BMZ - KAFFEE : Indio-Kaffee - Nicaragua-Kaffee - INDIEN - BRASILIEN - FLASCHENPOST: Nestle-Boycott - ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

Nicaragua Aktuell 15, Magazin-Verlag, Königsweg 7,23 Kiel1

Nicaragua: Opposition nutzt wirtschaftliche Lage / Einige Aspekte zur Wirtschaft Nicaraguas / Ausreiseverbot für Robelo? - El Salvador: Ein Beitrag zum Frieden der Salvadorenos / FMLN gut ein Jahr alt / Zur Lage in El Salvador - Honduras: Ein Schritt zur "Demokratie" - Guatemala: Priester vom Militär "umgedreht" / Guerillaaktionen und Anti-Guerilla-Offensive / Generale verfolgen eigene Interessen / Interview mit einem Campesino aus dem Widerstand - Intervention: US-Agressionen gegen Zentralamerika / Material - Solidaritätsarbeit: Antiinterventionskampagne/ Mittelamerika: Für ein Recht der Völker auf Selbstbestimmung / Aufrufe: Waffen, Stundenlohn oder Brot? / Zeitschriftenübersicht / Offener Brief an die Organisatoren der Friedensdemo

Forum 50, Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300Kiel 1

Protokoll des 5.Bundeskongresses: "Multinationale Konzerne bedrohen den Frieden Pharma-Brief

Paraguay Rundbrief Nr.33, Dez.'81, PAG e.V.c/o I.Gräfe,Sandbergstr.45, 61 Darmstadt

' Familien von "Valle Ybate" wünschen angemessene Umsiedlung' - 16 Familien eines Asunciöner Vorortes werden von der Ortsverwaltung mit einer Ausweisungsaktion konfrontiert - Presse-Echo - Versch. Kurzberichte - 'Meinen Vater töteten sie, als er schlief' Augenzeugenbericht eines paraguayischen Jungen - Bericht über das Paraguay-Seminar u.a.

Sago informationsblatt Bolivien Nr.34 Jan/Feb '82, Friedrich-Ebert-Anlage 51e 69 Heidelberg

Das Regime ist geschwächt- der Widerstand ungebrochen, Wer bestimmt die Politik oder: Der Preis der Anerkennung / Bergarbeiterstreik: Generalprobe - Kurznachrichten - Zum 200.Todestag von Tupaj Katari, Bauernaufstände, Bauerngewerkschaften - Hintergrund: Kokain und Politik - Koka-Politik des State Department - Die Kokain-Mafias in Bolivien. - In Memoriam: Das Massaker von Sopocachi, 15.1.81-Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen, Buchtipp

Solidaritätskomitee für Afrika,Asien und Lateinamerika ,SKAAL Nr.64/65 1982 Postfach 2009, 4001 Basel, Schweiz

Mexiko: Schwarzer Reichtum-grüne Armut - Die sanfte Repression des PRI - Eine Mestitio-Familie auf dem Land - Ciudad de México -die Grausame - Karibik: Rauher Wind im Reggae-Schlaraffenland - Was Reggae bewirken kann - USA: Let's get Reagan - RSA: 70 Jahre afrikanischer Nationalkongress - Schweiz: ... verdient mehr als die Ölländer, eine SKAAL-Stellungnahme - Dossier Schweiz-Trikont - Bericht an die SKAAL-Generalsversammlung - Bücher,Inhaltsverzeichnis 1981, Blick über den Zaun

Informationsdienst Südliches Afrika Nr.11/12 Dez.81, Blücherstr.14, 53 Bonn 1

Namibia: Wessen Lösung in Namibia - Angola:"Produzieren heißt Widerstand leisten" - Zimbabwe: Erwartungskrise? - Südafrika: Gemeinsame Positionen - Repressionen-Unterwerfung oder Kampf - Diskussion: Die Partei erzieht das Volk - Befreiungsbegehungen an der Macht - Aktionen: DTA besuch in Mainz - EKD gegen Bankboykott - ICOSA Workshop - Hermes Bürgschaften für SA - AAB Prozesse

Termine

SEMINARE:

"Die gesunden Geschäfte der Pharmaindustrie in der Dritten Welt"
Praktiken der Pharmamultis in der Dritte Welt/ Pharmakampagne
26.3.- 28.3.82 in 4973 Espelkamp

"Entwicklung und Unterentwicklung in Zambia"
Seminarreihe

16.-18-4.82 in 4542 Tecklenburg

07.-09.5.82 in 4426 Vreden

17.-20.6.82 in (ort wird noch bekannt gegeben)

Teilnehmer an dieser Seminarreihe können u.U. im Sommer '82 an einer Studienreise nach Zambia teilnehmen. Bedingungen beim AKE erfragen.

"15 Jahre nach Arusha - Was ist aus Tanzanias Sozialismus geworden"

21.23.5.82 in 4803 Steinhagen

Teilnehmer an diesem Seminar können u.U. eine tanzanianische Gruppe von Sozialarbeitern im Sptember '82 durch die BRD begleiten (keine finanzielle Eigenbeteiligung)

Für alle diese Seminare gilt:

Anmeldungen an den AKE (Arbeitskreis Entwicklungspolitik), Postfach 1109, 4973 Vlotho

Kosten für die Wochenendseminare 40,-DM (für Nichtverdienende 30,-DM)

Ausführlichere Informationen auf Anfrage

KONGRESS GEGEN DIE INTERVENTION IN ZENTRALAMERIKA

18.-21.3.82 in Münster

Veranstalter sind die Informationsstellen El Salvador/Guatemala und Nicaragua

LATEINAMERIKA TAGE '82 VOM 2. BIS 23. MAI

Drei Wochen Lateinamerika in über 50 Veranstaltungen: Information, Diskussion, Musik, Theater, Lesungen, Gottesdienste und Feste - dazu über 10 Ausstellungen (Fotos, Malerei, Graphik, Kunsthandwerk) und im Sonderprogramm vom 2. bis 7. Mai sechs Tage lang lateinamerikanische Filme.

Warum machen wir das?

Alle die mitgewirkt haben an der Vorbereitung und Durchführung der LATEINAMERIKA TAGE '82, haben in irgendeiner Weise etwas mit Solidaritätsarbeit zu tun. Manche betreiben diese mühsame Arbeit nun schon seit acht Jahren, andere haben als politisch exilierte Lateinamerikaner immer noch nicht resigniert. Viele junge Menschen haben mitgeholfen, die Lateinamerika kaum kennen, aber dennoch genug Motivation hatten, in nächstelangen Sitzungen die LATEINAMERIKA TAGE '82 mitzugestalten. Viele neue Initiativen, viel Kreativität konnten wir wecken. Dies allein war schon der Mühe wert.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 sollen Verständnis schaffen für die Menschen in Lateinamerika, die in ihrer Mehrheit in ungeheurer Armut lebend dennoch ihre Menschlichkeit behalten, die inmitten von Repression und Ausbeutung ihre Hoffnung auf Befreiung nicht verlieren, die mit unzähligen Opfern um ihre politischen und sozialen Menschenrechte kämpfen.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 versuchen, soziale Situationen zu schildern, politische Zusammenhänge aufzuzeigen, Hintergründe weltpolitischer Einflußnahme aufzuhehlen.

Auf den LATEINAMERIKA TAGEN '82 sollen die vielfältigen widersprüchlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika zur Sprache kommen.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 werden die nicht-offiziellen Seiten der lateinamerikanischen Kultur aufschlagen: Die Kultur der Unterdrückten, die Kultur der Exilierten.

Als wir im Juni 1980 nach einer kritischen Bestandsaufnahme der LATEINAMERIKA TAGE '80 beschlossen hatten, im Mai 1982 erneut LATEINAMERIKA TAGE durchzuführen, wußten wir noch nicht, daß auch der Berliner Senat sein HORIZONTE-FESTIVAL zu Lateinamerika veranstalten würde. Erst im Sommer 1981 kam es zu Vorgesprächen mit dem Horizonte-Vertreter, die aber zu keinen konkreten Ergebnissen führten. Horizonte zeigte kein Interesse an ergänzenden Aktivitäten innerhalb des Festivals, bei denen die politische und soziale Wirklichkeit Lateinamerikas zur Diskussion stehen würde.

Damit gerieten wir ungewollt in Konkurrenz zum finanzstarken Horizonte-Vorhaben, bei dem lateinamerikanische Kultur "eingekauft" wird. Wir hoffen aber, daß es dennoch zur "Begegnung" mit Lateinamerika kommen wird.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 haben bisher noch keine offizielle Unterstützung von seiten des Senats erhalten. Wir hegen da auch keine Illusionen.

Unsere Stärke liegt in unserer eigenen Motivation, in unserem Engagement, in unserer eigenen Arbeitskraft - und den vielen hundert Bürgern unserer Stadt und im Bundesgebiet, die unser Vorhaben für so sinnvoll und wichtig halten, daß sie es finanziell unterstützen.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 werden uns rund 150 000 DM kosten. Eine finanzielle Unterstützung erhalten sie bisher nur von der Evangelischen Kirche, und zwar der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED). Ihr gilt unser besonderer Dank. Ebenso dem Netzwerk Selbsthilfe, das uns ein zinsloses Darlehen von 20 000 DM zur Verfügung stellte. Viele Unkosten hoff en wir durch Eintrittspreise der Kulturveranstaltungen (Musik, Theater, Feste) decken zu können. Dennoch benötigen wir viele, viele Spenden (sie sind von der Steuer absetzbar).

Wir bitten außerdem jeden Besucher aller Eintritts-freien Veranstaltungen der LATEINAMERIKA TAGE '82, mindestens 1 DM als Finanzierungs-spende in unsere Spendeneimer zu werfen.

Sollten die LATEINAMERIKA TAGE '82 mit einem finanziellen Plus abschließen, dann werden wir die Gelder je zur Hälfte der MENSCHEN-RECHTSKOMMISSION IN EL SALVADOR und dem Ausbau unserer eigenen Solidaritätsarbeit zugute kommen lassen. Nach den LATEINAMERIKA TAGEN '80 konnten wir immerhin 12 000 DM gemeinnützigen Zwecken in El Salvador - vor allem für Flüchtlingshilfe - zuleiten.

Spendenkonto: FDCL, PschA Berlin W, 17 69 66 - 104 oder
Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin W, 1617647300
Stichwort: LATEINAMERIKA TAGE

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 werden veranstaltet vom FDCL (FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE - LATEINAMERIKA) und den in der LATEINAMERIKA KOORDINATION zusammengeschlossenen Gruppen und Organisationen (Lateinamerika-Kreis der KSG, IC, MIR, CODESH, Chile-Gesundheitsgruppe, Lateinamerikanische Frauengruppe, Dritte-Welt-Bereich der AL, Chile AG "Salvador Allende", Lateinamerika Nachrichten, Nicaragua- Initiative der GEW).

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 stehen unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, des Netzwerk Selbsthilfe e.V., des Ausländerzentrums der ESG, der "Kirche in der Verantwortung", der Alternativen Liste, der illustrierten Stadtzeitung ZITTY und der Wochenzeitung DIE NEUE.

Außerdem erscheinen viele weitere Organisationen als Verantwortliche einzelner Veranstaltungen. Inhaltlich sind nur die als "Veranstalter" im Programmheft aufgeführten Organisationen für das jeweilige Vorhaben verantwortlich.

Abschließend möchten wir uns besonders bedanken bei:
Rainer Hachfeld für das Emblem der LATEINAMERIKA TAGE, LA BATEA für die Einrichtung des Presse- und Informationszentrums LATEINAMERIKA TAGE '82, der WERBEPALETTE für die kostenlose Werbehilfe.

PRESSE- UND INFORMATIONSZENTRUM LATEINAMERIKA TAGE '82

Den LATEINAMERIKA TAGEN '80 fehlte ein Zentrum, in dem rechtzeitig vorher und während der LATEINAMERIKA TAGE alle notwendigen Informationen, insbesondere für Bundesdeutsche Besucher, zu erhalten sind.

Die LATEINAMERIKA TAGE '82 haben diesen Mangel behoben.

Ab dem 1. April befindet sich das
PRESSE- UND INFORMATIONSZENTRUM LATEINAMERIKA TAGE '82
im wieder eröffneten chilenischen Restaurant
LA BATEA, Krumme Straße 42, Berlin 12.

Verkehrsverbindungen: U-Bhf. Wilmersdorfer Straße und Deutsche Oper
Busse 66, 92, 94 und 1

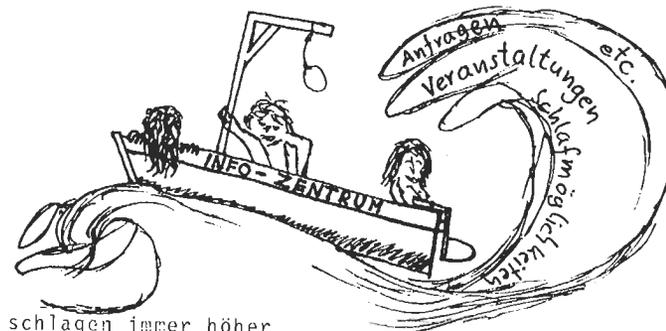
Im Untergeschoß befindet sich das Büro (Tel. 313 65 66)
Öffnungszeiten: MO - FR: 10 - 18 Uhr

In der Café-Ecke von LA BATEA ist ausreichend gemütlicher Platz für Treffs, Begegnungen und Gespräche.

Unsere Mitarbeiterinnen GISELA FREISINGER, BRUNI RÖHM und BEATE SIEGLER werden Ihnen gern bei organisatorischen und inhaltlichen Fragen behilflich sein (insbesondere Probleme der Unterbringung, Verkehrstips, Veranstaltungs-Programm, Kontakte - ANLAUFSTELLE FÜR DIE PRESSE - EINTRITTSKARTEN). Sie sprechen Spanisch und Englisch.

Auch das FDCL-Büro, Savignyplatz 5, Berlin 12, Tel. 313 50 65 steht den Besuchern und Interessenten gern zur Verfügung.

Noch ein Hinweis für alle, die BÜCHERTISCHE machen wollen: Die BÜCHERTISCHE sollen nur Lateinamerika-bezogene Literatur vertreiben. Bevorzugt werden die Organisationen der LATEINAMERIKA-KOORDINATION und die übrigen Veranstalter der LATEINAMERIKA TAGE '82. Die anderen Interessenten möchten sich bis zum 23. April im FDCL melden.



Die Wellen schlagen immer höher

TERMINKALENDER

MAI	VERANSTALTUNGEN	ORT	ZEIT	SEITE
2.-7.	LATEINAMERIKA FILMTAGE	Kant, Off, Bali, Colonna		58
8.	Eröffnungsveranstaltung	Henry-Ford-Bau	19 Uhr	7
9.	Theater: "Die letzte Welt"	Grips Theater	19 Uhr	8
10.	Theater: "Die letzte Welt" Zentralamerika und die SPD Christen in Lateinamerika	Grips Theater	19 Uhr	8
		Haus der Kirche	19 Uhr 30	24
		Nostitzstr. 6	20 Uhr	39
11.	Theater: "Proletenpassion" Indianer Studenten in Lateinamerika	Grips Theater	19 Uhr	9
		Haus der Kirche	19 Uhr 30	26
		Freie Universität	20 Uhr	43
12.	Theater: "Proletenpassion" Bombas Dias, Argentina Bauern in Bolivien	Grips Theater	19 Uhr	9
		Haus der Kirche	19 Uhr 30	28
		Galerie 70	20 Uhr	51
13.	Alternative Liste und Lateinamerika	Igel-Keller	19 Uhr 30	30
14.	Kabarett: Juanita Banana Konzert: Alerce Gewerkschaften in Chile	Nostitzstr. 6	20 Uhr	11
		noch unbekannt	19 Uhr 30	20
		Carl v. Ossietzky Oberschule	19 Uhr	44
15.	Theater: Die merkwürdige Entdeckung FIESTA LATINA	UFA-Gelände	19 Uhr	12
		UFA-Gelände	11 Uhr	18
16.	Theater: Die merkwürdige Entdeckung El Salvador Wo die Coca wächst Kolumbien-Dias	TIK/Casaleon	19 Uhr	12
		UFA-Gelände	19 Uhr	46
		Apokalypso	15 Uhr	51
		Luna-Park	20 Uhr	51

MAI	VERANSTALTUNGEN	ORT	ZEIT	SEITE
17.	Theater: Revolution auf Südamerikanisch Waffen für Lateinamerika Entwicklungshilfe im Kreuzfeuer	Henry-Ford-Bau	20 Uhr	14
		Öko-Dorf - Workshop	10 Uhr	32
		Haus der Kirche	19 Uhr 30 Workshop ESG/TU 10 Uhr	34
18.	Deutsche Medikamente Kuba und die USA Theater: Revolution auf	Haus der Kirche	19 Uhr 30 Workshop Mehringhof 10 Uhr	36
		Caballero de Casa	20 Uhr	47
		Henry-Ford-Bau	19 Uhr 30	14
19.	Konzert: Patricio Manns Gewerkschaften in Brasilien Verschwundene Theater: Revolution auf	Alte Mensa	20 Uhr	21
		Haus der Kirche	19 Uhr 30	48
		Badener Ring 13	19 Uhr	51
		Henry-Ford-Bau	19 Uhr 30	14
20.	Nicaragua Buch- und Zeitschriftenbörse Lesung: Dichtung und Widerstand Kulturdiskussion Theater: Revolution auf	Igel-Keller	20 Uhr	50
		Alte Mensa	11 Uhr	52
		Alte Mensa	11 Uhr	53
		Alte Mensa	19 Uhr	54
		Henry-Ford-Bau	19 Uhr 30	14
21.	SOLIDARITATSKONZERT Lesung: Antonio Skármeta	Tempodrom	19 Uhr	17
		Alte Mensa	11 Uhr	55
22.	PRESSEFEST der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN	Alte Mensa	19 Uhr	22
23.	Abschlussgottesdienst Journalisten-Frühschoppen	Jesus-Christus-Kirche Dahlem	10 Uhr	57
		Haus der Kirche	11 Uhr 30	38

SOLIDARITÄTSKONZERT IM TEMPODROM AM 21. MAI

Solidarität mit dem Volk von El Salvador. Das wird das Motto des Konzerts am 21. Mai im Tempodrom sein.

Noch immer ist kein Ende abzusehen im Kampf des salvadoreanischen Volkes um Leben, Freiheit und Zukunft. Von US-Beratern ausgebildete Sondereinheiten der Militärjunta morden weiterhin hunderte von Menschen in der Hoffnung, das Regime gegen den Widerstand des Volkes an der Macht zu halten.

Die "Menschenrechtskommission von El Salvador" (CDHES) ist eine der wenigen Institutionen, die die Weltöffentlichkeit über diese Vorgänge aufzurütteln versucht. In der Kommission arbeiten vor allem Priester und Rechtsanwälte, die wie das gesamte Volk täglicher Verfolgung ausgesetzt sind.

Der Erlös aus dem Solidaritätskonzert wird je zur Hälfte der "Menschenrechtskommission von El Salvador" und dem Ausbau unserer Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika zugute kommen.

Wir haben diesmal die Musikgruppen ILLAPU aus Chile und GUAICAN aus Kuba gewonnen sowie den deutschen Liedermacher Wolf Biermann.

Die kubanische Gruppe GUAICAN (6 Kubaner, 2 Exilchilenen) gehört zur Bewegung des Neuen Kubanischen Liedes (Nueva Trova). Neben Eigenkompositionen im kubanischen Son- und Rumba-Stil haben sie auch südamerikanische Musikelemente des Candombe, Joropo und Huaino aufgenommen. Bisher traten sie nur im kubanischen Rundfunk und Fernsehen, auf den Festivals der Nueva Trova und mit Konzerten in Mexiko und Peru auf. In Europa werden sie zum ersten Mal singen.

Die chilenische Musikgruppe ILLAPU zählt zur Bewegung des Neuen Chilenischen Liedes (Nueva Canción Chilena). 1975 und 1980 auf Tournee durch Europa, sind sie im Oktober 1981 beim Versuch nach Chile einzureisen auf dem Flughafen von Santiago des Landes verwiesen worden. Seitdem leben sie in Paris. Zuletzt traten sie zusammen mit Mercedes Sosa auf.

Wolf Biermann, Liedermacher und Schriftsteller, ist dem deutschen Publikum hinreichend bekannt. Berühmt wurde sein 1973 geschriebenes Lied zum Putsch in Chile: "Das Lied vom Kameramann".

ORT: Tempodrom, Potsdamer Platz, Berlin 30
Busse 24, 29, 48, 75 . S-Bhf. Anhalter Bahnhof

ZEIT: Freitag, 21. Mai, 19 Uhr 30
Einlaß / Abendkasse ab 18 Uhr 30

VORVERKAUF DM 15,- ABENDKASSE DM 18,-

VERANSTALTER: FDCL / LATEINAMERIKA KOORDINATION

Rezension

Kurzbeschreibung der Absichten mit 'Erwachsene lernen'

In einer offenen Erwachsenenbildung werden Möglichkeiten erschlossen, selbstbestimmt zu lernen und zu leben. Da die Lebenspraxis der Beteiligten zugleich Ausgangspunkt, Antriebskraft, Lerninhalt und Bezugspunkt des Erkennens und Handelns ist, können Einsichten und Erkenntnisse, Gefühle, Wissen und Wollen ein Stück weit das Handeln und damit die Lebenspraxis bestimmen.

Diese 'Didaktik von unten' richtet sich an j e d e n, der Herr und nicht Knecht der verwirrenden und widersprüchlichen privaten und gesellschaftlichen Alltags-Situationen sein will und sich zur Selbstvergewisserung, Stärkung und Praxis-Beratung in eine Gruppe von Lernenden Erwachsenen begibt oder diese selbst organisiert.

In offenen Lerngelegenheiten arbeiten alle Beteiligten gemeinsam ihre Arbeitsbedingungen aus und beschließen, welchen Zielen und Themen ihre Bemühungen gelten und wie sie methodisch vorstatten gehen soll.

Diese Beschreibung einer selbstbestimmten Erwachsenenbildung, die als Begleitung zur allgemeinen Lebenspraxis in Anspruch genommen wird, zeigt, wie Alltagserfahrungen mit wissenschaftlich hergestelltem und systematisiertem Wissen so ins Spiel gebracht werden können, daß sich die Innen- und Außensicht der verhandelten Gegenstände spiralig ergänzen.

Derjenige, der als haupt- oder nebenamtlicher Pädagoge mit Erwachsenen aller Altersstufen arbeitet, wird angeregt, als Lehrender wieder zum Lernenden zu werden. Dies mit dem Ziel, Subjekt seiner eigenen Geschichte mit der Freiheit zu Urteil, Kritik und selbstverantwortetem Handeln zu sein.

Zielgruppe:

Alle diejenigen, die in institutionellen oder frei organisierten Formen der Erwachsenenbildung als Teilnehmer oder Pädagogen mitarbeiten; Studenten der Erziehungswissenschaft oder Sozialarbeit; kirchliche Mitarbeiter; Hochschullehrer.



Rosalynde Ainslie (Text)
Lisa Kopper (Illustrationen)

Kinder von Soweto
32 Seiten, DM 6,50
ISBN 3-921614-465
Bonn, Neuauflage 1981

Das Leben einer Familie in Südafrika dargestellt am Beispiel der Familie Silinga

Alles geht gut, bis der Vater wegen undiszipliniertem Verhalten seinen Arbeitsplatz und damit seine Aufenthaltsgenehmigung verliert. Da bricht die große Familie auseinander in kleine Gruppen, die an den unmenschlichen Gesetzen der Apartheid scheitern.

Ein Lehrbuch, ein Lernbuch. Material zur Gesundheitsversorgung, Erziehung, Arbeitsgesetzgebung etc. ergänzt den kurzen, eindringlich erzählenden Text, der jede Sentimentalität vermeidet, eindrucksvolle Linolschnitte malen die Stimmung der Betroffenen. Ein Buch für große Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die keine Angst haben, das Schicksal der Unterdrückten kennenzulernen.

Zu beziehen über:
ISSA Informationsstelle
Südliches Afrika
5300 Bonn 1, Blücherstraße 14
Tel. (0228) 21 32 88
Vertrieb für den Buchhandel:
con, Postfach 106545, 2800 Bremen

Gewerkschaften in Argentinien Vom Anarchismus zum Peronismus



Walter Bittner

Schelzky & Jeep

Die argentinische Gewerkschaftsbewegung besitzt eine lange Tradition; für ein Land der 'Dritten Welt' ein eher ungewöhnlicher Tatbestand. Der Autor beschreibt die Geschichte der argentinischen Gewerkschaften von den anarchistisch dominierten Anfängen um die Jahrhundertwende bis zur institutionalisierten CGT unter Peron. Dabei wird der Schwerpunkt der Untersuchung auf das Verhältnis von Gewerkschaften und Peronismus zwischen 1943 und 1955 gelegt, da in diesem Zeitraum die argentinischen Gewerkschaften ihre Stärke und ihre ideologische Orientierung errangen, die ihnen auch heute noch politisches Gewicht verleihen. Mit diesem Band liegt erstmals in deutscher Sprache eine umfassende Darstellung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung vor.

ISBN
3-923024-
00-3

34,- DM

Pb. 516 S.

Weltmarkt und soziale Not

Über die Unsicherheit
sozialer Sicherheit in der Dritten Welt

Von Hejo Heussen

Herausgegeben
vom Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika (FDCL), Berlin und
von der Arbeitsgemeinschaft
Sozialpolitischer
Arbeitskeise (AG SPAK)

28,- Sozialpolitischer Verlag SPV

Soziale Sicherheit bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit ist in Ländern der Dritten Welt für den größten Teil der Bevölkerung soziale Unsicherheit - trotz oft ausgeklügelter Gesetzgebung.

Sozialpolitik ist mehr als hierzulande abhängig von weltwirtschaftlichen Konjunkturen, Strategien multinationaler Konzerne, Kämpfen zwischen Unternehmerklassen, Gewerkschaften und Parteien, ausgeliefert staatlichen Steuerungsversuchen im System nationaler Auseinandersetzungen und internationaler Ansprüche.

Heussen stellt Fragen nach dem Netz sozialer Sicherheit in der Dritten Welt: Wie bestimmen die polit-ökonomischen Abhängigkeiten Sozialpolitik? Welche Funktionen hat Sozialpolitik? Wer sind die Träger und was sind deren Interessen? Hier wird der Versuch gemacht, mit einem materialistischen Ansatz die Einflußfaktoren auf das System sozialer Sicherheit in ihrem historischen Wandel, ihre Vielschichtigkeit und wechselseitigen Verzahnung empirisch und theoretisch zu fassen.

Am Beispiel Argentinien erhält der Leser einen Einblick in die Schaltstellen und Eingriffsmöglichkeiten ins System sozialer Sicherheit. Sozialpolitik in einem Land der Dritten Welt wird lebendig und konkret. So kann dieses Buch als Orientierungshilfe dienen, will man Sozialpolitik in Entwicklungsländern einschätzen, dort Sozialarbeit machen, gewerkschaftliche Strategien mitbestimmen oder Entwicklungshilfeprojekte unterstützen - oder von ihnen abraten.

IKA Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität

Inhalt Nr. 19

Friede den Höhlen ... zur Friedensdemonstration in Bonn ● Haiti: Liberalisierung und Staatsterrorismus ● Kultur und soziale Struktur in Haiti ● Die Diktatur der großen Zehe Geschichte von A. Phelps ● El Salvador '81 ein Fotobericht ● Über die Arbeit des nationalen Filminstituts in Nicaragua ● Comic zur Gesundheitskampagne in Nicaragua ● Mayas in Guatemala für eine indianische Autonomie ● Exil Kurzgeschichte ● IKA-Interview mit dem chilenischen Sänger Domingo Zamorra ● IKA-Interview mit dem türkischen Sänger Cem Karaca ● Filmwesen in Mosambik ● Nationalbewegung und Zensur in Indonesien



IKA 18 (August 1981)

Karagiosis - Schattentheater aus Griechenland ● Südwind - Gastarbeiterdeutsch ● Tansania/BRD: "Mbogo's Ernte" - zu einem Film von Peter Heller ● "Und danach, was dann?" über den indischen Schriftsteller Anantha Murthy ● Palästina: Zur Bildungssituation der Araber in Israel ● Brasilien: über die Musikgruppe Vissungo ● Romanzausg. "Der Gelegenheitsarbeiter"

IKA 17 (April 1981)

Frauen in Palästina: Interview mit der Schriftstellerin Sahar Khalifa ● Berichte über eine Frauenorganisation in den besetzten Gebieten, über eine Stickereigenossenschaft und eine Frauenfachschule ● Gespräch mit dem palastinensischen Grafiker Mansour ● Peru: Comics in der Volkserziehung ● Indonesien: Gedichte von Rendra ● Gastarbeiterliteratur: Literatur der Betroffenheit ●

Die IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität - wird von Journalisten und Mitgliedern der westdeutschen Solidaritätsbewegung getragen. Der Herausgeberverein steht allen offen, die in der Redaktion oder als Förderer das Projekt einer kulturpolitischen 3. Welt-Zeitschrift unterstützen möchten. Satzung und Beitragsklärung bei der Redaktion.

Einzelheft DM 4,00 (+ Porto)
Abo (4 Hefte) DM 16,00 Förderabo DM 25,00

Vertrieb:
CON, Westerdeich 38, 28 Bremen

Redaktion:
IKA, Lerchenstr. 84, 7 Stuttgart